Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1925

19.11.1925 (No. 319)

Visual Library

Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2.60 Mk. frei ins Haus, 2.50 Mk. bei der Geschäftsstelle abgeholt, Mk. 2.60 durch die Post ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 10 Pfg., Samstags und Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen nur bis 20. auf den Monatsschluß. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei

Erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenzeitung

Beilagen: Kunst und Wissen, Frauenrundschau, Blätter für den Familientisch, Aus der kathol. Welt, Illustrierte Tiefdruckbeilage „Sterne und Blumen". Geschäftsstelle, Redaktion und Verlag: Adlerstr. 42. Fernsprecher: Geschäftsstelle 6235, Redaktion 6236, Verlag 6237. Drahtadresse: Beobachter. Postscheckkonto: Amt Karlsruhe Nr. 4844

Anzeigenpreis: Die 9 gespaltene 30 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Pfg., für Familien- und Gelegenheits-Anzeigen 6 Pfg., die 4 gespaltene 65 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 30 Pfg. Rabatt nach Tarif. — Bei zwangsweiser Eintreibung oder Konkurs kommt der Rabatt in Wegfall. Schluß der Anzeigenannahme 5½ Uhr

Nummer 319 — Karlsruhe, Donnerstag, den 19. November 1925 — 63. Jahrgang

Der Reichsparteitag in Kassel

Harmonischer Ausklang des Zentrums-Parteitages

Zweiter Verhandlungstag

(Ausführlicher Bericht.)

Vormittagssitzung

Kassel, 17. November.

Kurz nach 9 Uhr eröffnete Reichskanzler a. D. Marx die Vollsitzung, die auch heute, ebenso wie gestern, außerordentlich stark besucht war. Besonders herzliche Begrüßungsworte richtete Dr. Marx an den früheren Reichstagsabgeordneten Müller-Fulda, der trotz seines hohen Alters den Verhandlungen des Parteitages mit großem Interesse beiwohnt. Der Beifall, der aus der Versammlung dem alten verdienten Zentrumskämpfer entgegenschallte, zeigte, daß man die Verdienste Müllers auch heute noch nicht in der Zentrumsanhängerschaft vergessen hat.

Mit besonderem Nachdruck wies dann Reichskanzler Marx die Versuche einiger gegnerischer Blätter zurück, die auch diesmal wieder „Dynamitpatronen" in das Zentrumslager glaubten werfen zu sollen. So hatte das „Berliner Tageblatt" in der Ausgabe vom 16. November unter der Ueberschrift „Angriff Fehrenbachs auf Spiecker" behauptet, Reichskanzler a. D. Fehrenbach habe den früheren Ministerialdirektor Spiecker wegen einer Rede vor den Berliner Vertrauensleuten der Zentrumspartei scharf angegriffen. Marx stellte fest, daß diese Behauptung des Berliner Tageblattes, die zudem, wenn sie wahr wäre, eine große Indiskretion dar ellte, den Tatsachen keineswegs entspricht. Fehrenbach hat in der fraglichen Sitzung lediglich die von der Berliner Zentrumsorganisation aufgeworfenen Fragen in aller Ruhe und Sachlichkeit beantwortet. Der Name Spiecker ist dabei garnicht gefallen, von einem Angriff kann gar keine Rede sein. Auch wies Marx die Behauptung des „Kasseler Tageblatts" zurück, wonach in der Montagssitzung des Parteitags der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns in „versteckter, sehr vorsichtiger Weise" Angriffe gegen den Standpunkt von Dr. Wirth gerichtet habe. In seiner bekannten humorvollen Art wies Marx in allem Ernst diese alten Versuche der Zentrumsgegner, Zwiespalt in unsere Reihen zu tragen, zurück. Man möge die Maulwurfsarbeit, die ja doch fruchtlos sei und an dem „klugen Zentrum" ergebnislos zurückprallen müssen, doch endlich aufgeben. Die Versammlung begleitete diese Worte des Vorsitzenden mit stürmischem Beifall.

Vor Beginn der Fortsetzung der Diskussion erhielt sodann Senator Fuchs-Danzig, vom Parteitag mit lebhaftem Beifall begrüßt, das Wort. Die Danziger betrachteten die Einladung zur Teilnahme am Parteitag vor allem als ein Zeichen dafür, daß das Zentrum mit den Freunden in Danzig zusammenbleiben will. Wir blicken mit besonderem Stolz auf die Deutsche Zentrumspartei, die Locarno ermöglicht hat durch die Politik des Kanzlers Marx. Wenn Deutschland im Völkerbundsrat vertreten ist, dann hoffen wir doch wenigstens eine Stimme zu haben, die uns in Danzig zur Seite steht. Bleiben Sie uns treu!

Vorsitzender Marx verspricht, daß die Zentrumspartei festhält am Deutschtum, und daß wir unseren Freunden in Danzig nach besten Kräften beistehen.

Sanitätsrat Dr. Jordans-Saarbrücken dankt gleichfalls für die Einladung und Begrüßung. Wir sind Deutsche, nicht abgetrennt. (Lebhafter Beifall.) Die Zentrumspartei des Saargebiets ist ein lebendiges Glied der Deutschen Zentrumspartei. Wir waren, sind und bleiben Deutsche!

Marx nimmt diesen Ruf auf und bittet, den Sprecher, unsere besten Grüße und Sympathiekundgebungen den Freunden des Saargebiets zu überbringen. Wir stehen treu zum Vaterlande und erst recht, wenn es uns schlecht geht.

Es wird sodann in die

Fortsetzung der Aussprache

eingetreten.

Rechtsanwalt Henry-Bonn regt besondere Schritte der Zentrumsfraktion an, um der drohenden Verelendung der Beamtenschaft entgegenzuwirken.

Zur Sache bemerkt der Redner: Wir in der ersten Zone, die wir am 1. Dezember unsere Befreiung erleben, haben vor sechs Jahren nicht im Traume daran gedacht, daß wir wieder frei würden. (Lebhafte Zustimmung.) Sie können versichert sein, daß den besetzten Gebieten in diesen Tagen manche, auch aus solchen Kreisen, die nicht auf unserem Boden stehen, in Dankbarkeit derjenigen Männer gedenken, deren Politik zu unserer Befreiung geführt hat, vor allem der Kanzler Fehrenbach, Wirth und Marx! (Stürmischer Beifall.) Sie konnten das leisten, weil sie hinter sich hatten eine starke Zentrumsfraktion als politische Macht. (Lebhafte Zustimmung.) Der Redner fordert Zusammenfassung aller Kräfte in der sozialen Republik, im Volksstaat. Er hat die ehrliche Ueberzeugung, daß die gesamte Reichstagsfraktion auf diesem Boden steht und sieht keine sachlichen Unterschiede. Die Zentrumspartei hat immer das Vaterland über die Partei gestellt. Gerade des Vaterlandes wegen muß die Zentrumspartei einig bleiben.

Mit Händeklatschen und Bravo begrüßt, betritt der Abgeordnete Stegerwald das Rednerpult: Die Beziehungen der Zentrumspartei zum Kabinett Luther sind auch nach der Reichspräsidentenwahl grundsätzlich nicht engere geworden als vorher. Wegen der großen bevorstehenden Aufgabe war die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien der Regierung gerade deshalb notwendig, um die Deutschnationalen von Extratouren abzuhalten, und die sozialen Grundsätze des Zentrums am besten zur Geltung bringen zu können.

Am allerwenigsten hat das Zentrum daran gedacht, durch die Besetzung des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete sich fester an das Kabinett Luther zu ketten. Es war und blieb auch in den Tagen, da die Frage zur Beratung stand, auf dem Standpunkt, daß die Besetzung dieses Ministeriums nur durch einen Nichtparlamentarier erfolgen könne, um eine weitere Bindung an das Kabinett Luther zu vermeiden. (Fehrenbach stellt in einem Zuruf hierzu ausdrücklich fest, daß seine Mission nach Köln in dieser Angelegenheit keinen Zentrumsparlamentarier im Auge gehabt habe. Sie ging nur dahin, zu erforschen, welche Persönlichkeit man im Rheinland für die Geeignetste hielt.) Stegerwald befaßt sich dann mit der Frage der Steuer- und Zollpolitik. Er ist der Meinung, daß, wenn die Steuergesetze mit links hätten erledigt werden müssen, für die arbeitenden Schichten nach der sozialen Seite hin viel weniger herausgeholt worden wäre, als es so geschehen ist. Mit Demokraten und Deutscher Volkspartei seien am schwersten Steuergesetze zu machen. Auch die Angriffe in der Zollpolitik seien nicht berechtigt, man habe beispielsweise, die von der Regierung vorgelegte Zolltarifnovelle den „aristokratischen" Zolltarif genannt, den dann tatsächlich angenommenen Zolltarif den „demokratischen". Stegerwald hebt dann in kurzen Zügen die positiven Vorteile hervor, die durch Arbeit des Zentrums in den Zolltarif hineingekommen sind und stellt fest, daß das Zentrum bei der Erledigung der Gesetze keine Aschenbrödelrolle gespielt habe. Dann wendet sich Stegerwald der Außenpolitik des letzten Jahres zu. Er meint, es sei selbstverständlich, daß die Zentrumsfraktion außenpolitisch viel aktiver hätte sein können in einer Regierung, in der das Zentrum den Kanzler oder den Außenminister gestellt habe, als in einer Regierung, in der es lediglich durch einen Verbindungsmann vertreten sei. Das Februar-Memorandum sei ohne Wissen der Zentrumsfraktion hinausgegangen, wir mußten dann aber herausholen, was noch herauszuholen war. Das Juli-Memorandum ist vom ganzen Kabinett einstimmig gebilligt worden, auch von den deutschnationalen Ministern. Ebenso haben im Auswärtigen Ausschuß die Deutschnationalen dem Juli-Memorandum ihre Zustimmung gegeben. Wir hatten uns also hinsichtlich der Haltung der Deutschnationalen die nötigen Sicherungen geschaffen. Wenn Dr. Wirth darauf hinwies, daß wir hinsichtlich des Schulgesetzentwurfes nicht genügende Abmachungen mit den Koalitionsparteien getroffen hätten, so bin ich der Meinung, daß solche Abmachungen für die endgültige Haltung garnicht entscheidend sind. Das hat sich im Weimarer Schulkompromiß gezeigt, das zwischen Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten festgelegt war, und das unstreitig besser war, als der letzte Schulgesetzentwurf der Regierung Luther. Aber, auch das Weimarer Schulkompromiß scheiterte, weil schließlich die Demokraten die Sozialdemokratie dagegen aufpeitschten.

Wenn Dr. Wirth feststellte, daß er allen Angriffen in der Linkspresse gegen mich fernstehe, so habe ich dazu zu sagen: Ich habe das auch nie angenommen. Aber ich glaube doch, daß Wirth starke Beziehungen mit links hat (Zwischenruf Dr. Wirths: Nicht so, wie Sie nach rechts). Stegerwald fortfahrend: Es ist ausgeschlossen, daß ich im Reichstag bessere Beziehungen mit rechts habe, wie Dr. Wirth mit links. Ich erkläre meinerseits, daß ich den Angriffen in der Rechtspresse gegen Wirth ebenfalls fernstehe und sage hier vor der ganzen Oeffentlichkeit: In meinem ganzen Leben habe ich noch nie eine Zeile gegen Dr. Wirth lanziert, geschrieben oder inspiriert. Was ich Wirth zu sagen habe, das sage ich ihm selbst oder höchstens durch seine Freunde, immer aber mit meinem vollen Namen. Wenn heute in dem Organ Stresemanns, der „Täglichen Rundschau", behauptet wird, Dr. Wirth habe Erfüllungspolitik getrieben, Stresemann aber Befreiungspolitik, so finde ich das einmal sehr komisch, es ist aber auch politisch unklug. Genau so unklug, wie wenn man etwa behaupten wollte: Stresemann sei ein schlechter Deutscher und ein schlechter Staatsmann, weil er 1923 den passiven Widerstand abgebrochen habe, ohne dabei irgendeinen Erfolg zu haben. Der fundamentale Unterschied zwischen der Politik Wirths im Jahre 1921 und der Politik Stresemanns vom Jahre 1923 besteht darin, daß in der Zwischenzeit die Macht Poincarés gebrochen war. Ich sage Stresemann und der „Täglichen Rundschau" in aller Freundschaft: Das Februar-Memorandum würde Dr. Wirth, wenn er Außenminister gewesen wäre, nicht in der Fassung abgeschickt haben, wie es tatsächlich abgegangen ist. (Lebhafter Beifall.) Man kann nicht behaupten, daß die deutschen Interessen in dem Februar-Memorandum und in allen Fällen besonders national behandelt und gewahrt worden sind. (Prälat Schofer ruft dazwischen: Man kann das auch positiv ausdrücken! Lebhafte Zustimmung und große Heiterkeit.)

In dem Zentralproblem der Gegenwart bin ich mit Wirth einig, daß Locarno angenommen werden muß. Wir haben eine ganze Reihe von Bedenken, aber entscheidend ist heute: Deutschland hat mit dem Stresemann'schen Memorandum den Sicherheitspakt angeregt. Drei viertel Jahr lang ist darüber in der ganzen Welt verhandelt worden. Luther und Stresemann haben in Locarno die Paraphierung vorgenommen. Und in einer solchen Situation gibt es kein Zurück mehr, wenn nicht die letzten Dinge schlimmer werden sollen als die ersten. (Lebhafte Zustimmung.) Entweder dieser Sicherheitspakt wird angenommen mit Deutschland, oder er wird angenommen gegen Deutschland. Darum muß der Pakt angenommen werden.

Mit Wirth bin ich auch darüber einig, daß von derselben Stunde an, von welcher wir dem Völkerbund angehören, in dem deutschen Befreiungskampf nur das eine geändert wird, nämlich daß dieser Kampf mit anderen Methoden geführt werden muß, und daß diese veränderten Methoden nur dann zum Ziele führen können, wenn die deutsche Außenpolitik für längere Zeit konstant geführt wird.

Die künftigen politischen Koalitionen mögen aussehen wie sie wollen: Die deutsche Außenpolitik muß künftig wie in anderen Staaten dem Streit der Parteien entzogen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn das nicht geschieht, und wenn wir nicht eine Politik führen, die konstant ist, dann geben wir uns als Volk auf, und letzten Endes muß zuerst das Volk leben. Im Völkerbunde haben wir Sieger und Besiegte, gesättigte Staaten und solche, die in der Weltgeltung zurückgedrängt sind, und unter den Siegerstaaten befinden sich meistens Völker mit ausgeprägtem Nationalgefühl, die Engländer, Franzosen, Italiener. Deutschland befindet sich aber erst auf dem Wege zur Nation. Einstweilen besteht das deutsche Volk aus Preußen, Bayern, Sachsen usw., aus Katholiken und Evangelischen, aus Arbeitern, Beamten, aus Mietern und Vermietern. (Große Heiterkeit.) Wenn der Völkerbund einen Sinn haben soll, und wenn Locarno einen Sinn haben soll, dann muß Europa in vielfacher Hinsicht zu einem Zweckverband umgebildet werden. Deutschland muß dazu gebracht werden, daß es deutsch, aber auch gleichzeitig europäisch denkt. In dieser Beziehung sind uns andere Staaten voraus. Zur Lösung dieser Aufgabe müssen die besten Kräfte herangezogen werden.

Auch darüber sind wir einig, daß die Kräfte, die sich hinter Locarno stellen, in den nächsten Jahren auch Locarno durchführen müssen.

Die Zentrumspartei muß mit allem Nachdruck auf die große Koalition hindrängen.

Auch vor einer Reichstagsauflösung, wenn sie Erfolg verspricht, darf nicht zurückgeschreckt werden. Dafür sind die Dinge, die auf dem Spiele stehen, zu groß.

Ich bin mit Wirth restlos einig, daß die deutsche Politik eingestellt werden muß auf Locarno. Wir stehen jetzt vor einer neuen europäischen Situation, der deutsche Befreiungskampf muß geführt werden im Völkerbund.

Die Rede Wirths war keine Linksrede. Wenn die Sozialdemokratie so dächte, wie am Montag Wirth geredet hat, so wären viele Schwierigkeiten in den letzten Jahren vermieden worden. Ich selbst wehre mich dagegen, als Rechtspolitiker gekennzeichnet zu werden. Ein Unterschied zwischen Wirth und mir läßt sich nicht durch die Worte links und rechts kennzeichnen. Wir schätzen die realen Kräfte der Politik in Deutschland anders ein, und bewerten die Kräfte, die im Volkstum liegen, verschieden. Im Ziel sind wir einig.

Wir müssen im Zentrum eine andere Demokratie herausarbeiten als die formalistische Form, in der die Demokraten und Sozialdemokraten sie wollen. (Bravo und Händeklatschen.) In Sachen der Republik stehe ich auf dem Boden und stand immer darauf, daß alle Bestrebungen, die die gegenwärtige Staatsform mit Gewalt stürzen wollen, mit allen Mitteln niederzuschlagen sind. Nur in der Wärme des Eintretens für die Republik gibt es für uns Unterschiede in der Nuance. Bedenken Sie aber hierzu auch, daß ich nicht nur Politiker, sondern auch Gewerkschaftler bin, und in unseren christlichen Gewerkschaften stehen auch Leute, die sich nicht ohne weiteres zur Republik bekennen, sondern zur Monarchie. Ich wehre mich dagegen, wegen dieser Streitfrage die christliche Arbeiterbewegung zerschlagen zu lassen, denn das würde einen schweren Schlag gegen das gesamte christliche deutsche Volkstum bedeuten.

Ich bedaure den Rücktritt Wirths aus der Fraktion, denn Deutschland besitzt nicht übermäßig viele politische Intelligenzen, und Wirth zählt zweifellos zu diesen wenigen. Das müßte ein ganz engstirniger Mensch sein, der dahin strebt, solche Intelligenzen abzustoßen, anstatt sie mit allen Mitteln zu binden und festzuhalten. (Donnernder Beifall, minutenlanges Bravorufen und Händeklatschen.)

Die Zentrumspartei muß ausgleichen und mäßigen. Zieht sie die Kräfte von links zur Mitarbeit heran, liegt ihre Aufgabe darin, gegen rechts zu mäßigen, arbeitet sie mit der Rechten, muß sie auf Mäßigung der Linken hinstreben. Die außen- und innenpolitische

Beruhigung ist auf dem Marsche. Wir wollen alle den Weg gemeinschaftlich suchen, der zum Aufstieg des deutschen Volkes führt. (Lang anhaltendes, lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)

Auf Stegerwald folgt noch einmal

Dr. Wirth: Was die außenpolitische Entwicklung angeht, so sagt er, so haben Stegerwald und ich weder jetzt noch jemals vorher darüber verschiedene auseinandergehende Ansichten gehabt. Für uns beide ist das außenpolitische Ziel die nationale Befreiung Deutschlands. Diese Linie stelle ich allem anderen voran und sie ist ja uns allen im Zentrum Lebensarbeit. Wenn das Zentrum einmal, woran keiner von uns denkt, diese Linie verlassen würde, dann wäre ich nicht mehr Zentrumsmann. Zu Locarno: Für mich wäre Locarno bedeutungsvoller, wenn wir heute nicht um die erste, sondern um die zweite Zone kämpfen müßten. (Bravo! und Beifall.) Also außenpolitisch sind wir einig. Aber trotzdem hat Herr Stegerwald mir eine Enttäuschung bereitet. An Hand eines Zitates aus einem früheren Artikel Stegerwalds setzt Dr. Wirth dann den Unterschied in der Auffassung zwischen Stegerwald und Wirth auseinander. Sie (zu Stegerwald) setzen ihre Realpolitik auf Kräfte, die zur Lösung der Realpolitik gar nicht in Frage kommen. Ich spreche von den Kräften, wie sie sind, und Sie von den Kräften, die gezwungen werden sollen, auf Ihre realpolitische Linie zu treten. Zum Beweis des letzteren führt Wirth einen Satz aus der deutschnationalen Entschließung auf dem Berliner Parteitag an und sagt: Das sind Zerstörer der deutschen Politik, und die Kräfte bändigen Sie nicht, Herr Stegerwald. Es wäre sinnlos, der sozialistischen Bewegung nicht auch eine große Bedeutung für den Wiederaufbau zuzusprechen. Zeigen Sie mir in den nächsten Wochen das Dutzend von Männern von rechts aus Ihren Gewerkschaften, die mit Ihnen gehen. Wenn Sie sich aber in Ihrer Hoffnung darauf, daß die Rechte zu einer klaren außenpolitischen Linie zu bringen sei, getäuscht haben, dann war mein Schritt eine sittliche Pflicht. Sie waren in starkem Maße der Exponent des Zentrums im letzten Sommer, und nicht Marx war der Führer. Die neue Zeit verlangt, daß in der Partei, die politisch auftritt, ein Führer da ist, der die Verantwortung politisch und in Wirklichkeit hat. Man hat mir vorgeworfen, daß ich zu gute Beziehungen nach links unterhalte. Ich verstehe diesen Vorwurf nicht. Wer hat uns denn geholfen in den letzten Jahren? Ich verstehe nicht, daß man mir den Vorwurf macht, daß ich Beziehungen mit links unterhalte, wo doch die Sehnsucht bei manchen Leuten nach rechts viel stärker ist, als es für uns gut ist. Auf die Bemerkung Stegerwalds, daß er den Austritt Wirths aus der Fraktion tief bedauert habe, erwidert Wirth: Ihr habt mich ja geschnitten und besonders Sie, Herr Stegerwald. Ja, ich habe mit dem Sozialdemokraten Hilferding im Sommer wiederholt ernsthaft über das Problem der Zölle gesprochen. Aber Ihr habt ja die Sozialdemokratie von vornherein nicht gehört. Auf einen Zwischenruf von Joos, daß die Sozialdemokraten in der Kommission doch rechtlich zu Worte gekommen seien, sagt Wirth: Ihr habt die Leute auch in der Kommission genau so geschnitten wie im Plenum. Was ich kritisiere, ist das: Ihr habt den großen Augenblick versäumt, die positiven Kräfte der Sozialdemokratie, die gewiß vorhanden waren, anläßlich der Behandlung der Zollgesetze einmal praktisch für die Landwirtschaft und ihre Fragen heranzuziehen. Noch einmal kam Dr. Wirth dann auf die außenpolitische Lage zu sprechen: Locarno ist jetzt der Ausgangspunkt. Es gilt, die Kräfte zu sammeln, die hinter Locarno stehen und mit ihnen politisch zusammenarbeiten. Wir müssen das auch als Christen tun, wenn wir nicht als hinterhältig gelten sollen. Dann befaßte sich Dr. Wirth mit der Rede des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns. Diese, so sagt Wirth, hat mir nach der republikanischen Seite hin nicht genügt. Es ist nicht ausreichend, wenn wir uns nur als Verfassungspartei bezeichnen, ohne eine klare und wahre Stellung zur Frage der republikanischen Staatsform einzunehmen. Es ist nicht so, daß das Zentrum heute noch als eine rein katholische Partei bezeichnet werden kann. Weite Kreise von Katholiken haben sich dem Nationalismus längst zugewandt, ich erinnere nur daran, daß katholische Studenten vielfach nicht mehr den Mut haben, das Duell abzulehnen. Reichskanzler Marx hat am Montag abend herzliche Worte des Werbens für das Reichsbanner gesprochen, aber während der Führer für das Reichsbanner eintritt, fassen die Parteiinstanzen im Lande Entschließungen gegen das Reichsbanner. Hier muß Klarheit und Wahrheit geschaffen werden. Ich sage es offen und laut: Ihr Zentrumsleute, die Ihr Euch berufen fühlt, geht hinein ins Reichsbanner und sichert den Bestand der deutschen Republik! Ich drohe nicht, ich will nur Klarheit und Wahrheit, ich will nicht dadurch, daß ich dem Zentrum angehöre — und ich gehöre ihm innerlich an —, anders scheinen als ich tatsächlich bin. In den nächsten Monaten klopfen die christlichen und katholischen Republikaner an die Tore der Partei. (Abgeordneter Joos: Sie sind ja drin.) Das ist richtig, aber nicht dahin, wo sie am wichtigsten wären, nicht in der Fraktion und in jener politischen Kammer, wo die Entscheidungen tatsächlich fallen. Ich führe keinen aus dem Zentrumslager heraus. Sorgen Sie dafür, daß Sie nicht durch falsche Taktik Millionen dem Radikalismus oder der Lethargie in die Arme treiben. Das ist mein Wunsch und mein Wille in diesem Willen werden wir lebendig sein, das möchte ich auf diesem Parteitag gesagt haben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Marx bedauert, daß Wirth wegen seiner angegriffenen Gesundheit und seiner Amerikareise so lange Zeit schon ohne enge Fühlung mit der Fraktion geblieben sei, und daß er nicht an der Sitzung des Reichsparteivorstandes und des Reichsparteiausschusses teilgenommen habe. Im Interesse des besetzten Gebietes müsse er zu den Ausführungen Wirths feststellen, daß es sich bei der Räumung der ersten Zone nicht um eine Rückwirkung handele, daß man vielmehr weitergehende Rückwirkungen auch durch Anbahnung von Verhandlungen über die Räumung der zweiten und dritten Zone, sowohl in der ganzen Zentrumspartei, als seines Wissens auch im Reichskabinett erwartet. Es liege auch nicht irgend ein Rechtsverzicht auf irgend einen Teil deutschen Gebietes in dem Vertrage von Locarno. Das stelle er ausdrücklich fest.

Zu der Behauptung Wirths, ich sei nicht als Führer hervorgetreten, stelle ich fest, daß ich meine Ueberzeugung bei jeder Gelegenheit fest vertreten habe. Aber man muß Geduld haben und Zeit gewinnen und jetzt sind wir ja wieder zur Einmütigkeit gelangt in der Entschließung über die Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen.

Es trifft nicht zu, daß der prozentuale Anteil der Katholiken, die ihre parlamentarische Vertretung in der Zentrumspartei sehen, gesunken ist. Wir haben im Reichsparteiausschuß eine Statistik vorliegen gehabt, durch die festgestellt wird, daß dieser Anteil heute noch derselbe ist, wie vor zwanzig Jahren.

Marx kommt dann auf die Aeußerungen Wirths zu sprechen, derzufolge es katholische Studentenkreise gäbe, die nicht mehr vollkommen auf dem Boden der Abwehr des Duells ständen. Allerdings sei an ihn persönlich ein Schreiben aus katholischen Studentenkreisen gekommen, in dem gesagt wurde, die Fraktion möge zu gewissen, im Rechtsausschuß vorliegenden, von unserem Standpunkt aus scharf formulierten Anträgen eine vorsichtige taktische Haltung einnehmen. Es hat sich aber herausgestellt, daß es sich um einen leichtfertigen Schritt unberufener junger Leute handelte, die absolut nicht dazu beauftragt waren. Die Alt-Herren-Verbände hatten überhaupt von diesem Schritt nichts gewußt. Es kann also niemand sagen, daß große Teile unserer katholischen Studenten nicht mehr auf dem Boden der Verwerfung des Duells ständen.

Justizrat Mönnig-Köln, legt Wert auf die Darlegung der Stellung des Westens gegenüber Locarno. In der Regierung sowohl wie im ganzen Westen stehe man auf dem Standpunkt, daß die Räumung der Kölner Zone mit dem Locarno-Vertrag überhaupt nichts zu tun hat. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Räumung hat zwangsläufig zu erfolgen, wenn die Entwaffnung vollzogen ist. Wir stehen weiter auf dem Standpunkt, daß durch den Vertrag eine Befriedung Europas eingeleitet wird. Wir stehen ferner auf dem Standpunkt, daß, wenn Frankreich gegenüber die Sicherungen vergrößert werden, dann auch gewisse militär-technische Maßnahmen Frankreichs fortfallen müssen. (Sehr richtig.) Unsere Forderung geht dahin, daß die militärische Besatzung auf ein Minimum herabgesetzt wird. Die Delegierten müssen zurückgezogen, die Ordonnanzen aufgehoben werden. Das sind ganz selbstverständliche Forderungen zum Locarno-Vertrag. (Allseitige lebhafte Zustimmung.) Wir haben die berechtigte Hoffnung, daß in den allernächsten Tagen bestimmte Antworten nach dieser Richtung hin abgegeben werden.

Kaiser-Köln, mahnt zur Ruhe und Besonnenheit bei der weiteren Aussprache. Der Austritt Wirths war sachlich nicht nötig. Doch ist die positive Wirkung dieses Schrittes erkennbar und greifbar. Wir haben noch nie auf einem Parteitag eine so klare, freie und fruchtbringende Aussprache gehabt, als diesmal, und das bedeutet einen Gewinn für die Partei. Das Verhältnis des Zentrums zum Staate ist in der Vergangenheit noch nicht einheitlich hervorgetretenn. Es gibt verschiedene Gruppen innerhalb des Zentrums; einerseits Leute, die schon früher in der Kaiserzeit bewußte Republikaner waren, ihnen ist das Betreten des neuen Bodens naturgemäß leichter geworden als den anderen, die durch die Revolution die Autorität der Monarchie, zu der sie gläubig aufblickten, erschüttert sahen. Aber auch von den letzteren haben große Teile nicht nur eine positive Stellung zum neuen Staate gefunden, nicht nur politisches Handeln auch im neuen Staate als ihre Pflicht kennen gelernt, sondern viele sind bis zur lebendigen Erfassung des heutigen Staates vorgedrungen. Pflicht des Zentrums ist es, dazu beizutragen, daß alle Staatsbürger zu einem freien offenen Bekenntnis zum deutschen Volksstaat gelangen. Was Locarno betrifft, so ist es nur der Anfang, und wir können nur auf den Boden von Locarno treten, wenn wir die Gewißheit haben, daß am Ende der Locarno-Politik das Ziel nationaler Freiheit steht.

Reichsminister Dr. Brauns gibt als Mitglied des Reichskabinetts zunächst Aufklärung über das Telegramm, das am Tage der Paraphierung nach Locarno gesandt wurde und Hinausschiebung dieser Paraphierung verlangte. Ein solches Telegramm sei tatsächlich abgeschickt worden. Ursprünglich habe man gedacht, daß es sich in Locarno nur um eine einfache ungekünstelte Aussprache der beteiligten Außenminister handele. Auch als die Delegation nach Locarno ging, glaubte man, daß die Besprechung zunächst unverbindlich sein würde. In dem zurückgebliebenen Kabinett erfuhren die Minister von der beabsichtigten Paraphierung erst am Tage, da sie stattfinden sollte. Eine Sitzung, die Minister Brauns als ältester Minister leitete, kam zu dem Beschluß, ein Telegramm nach Locarno zu schicken, in dem um Hinausschiebung der Paraphierung gebeten wurde. Obwohl Dr. Brauns selbst auf dem Standpunkt stand, daß an der tatsächlichen Lage durch die Paraphierung nichts geändert werde, wurde das Telegramm von den beamteten Stellen mit seiner Unterschrift versehen, weil er eben den Auftrag zur Absendung des Telegramms gegeben hatte. Doch das sei an sich nicht wesentlich. Das Telegramm kam in Locarno erst an, als die Paraphierung schon vollzogen war. Von einem nachträglichen Widerspruch gegen die Paraphierung kann also dabei nicht die Rede sein.

Nicht bloß die Zentrumspartei, sondern auch die Reichsregierung habe in keinem Fall eine Verquickung der Räumung der ersten Zone mit Locarno zugelassen. Die Zentrumsfraktion sei sich immer einig darüber gewesen, daß zunächst die großen politischen Fragen zu erledigen seien, sie habe aber auch der Gegenseite keinen Zweifel darüber gelassen, daß man erst unterschreiben könne, wenn wir wissen, daß die Gegenseite den gleichen Geist nicht bloß mit schönen Reden bekräftigt, sondern mit Taten.

Brauns kommt dann zu der Frage Wirths: Wie kann man abseits stehende Kräfte zum Staate und seinen Notwendigkeiten zwingen! Wird das gefragt unter Hinweis auf das Bestreben der Zentrumsfraktion, auch die Rechte zur Verantwortung heranzuziehen. Ich meine, wir müssen diese Frage bejahen und nicht verneinen. Ich kann mir auch nicht denken, daß Kollege Wirth dieses Prinzip verneinen wollte, denn er hat es gegenüber links angewandt und tut es heute. Wir tun es auch noch heute. Wir müssen aber das Prinzip nach rechts und links gleichermeise anwenden. Wenn wir wirklich eine Volksgemeinschaft haben wollen, dann geht es nur auf dem Wege, daß alle Kräfte, Stände und Parteien, die auf dem Boden der Verfassung legal die Verantwortung übernehmen wollen, je nach den Verhältnissen, auch zur Verantwortung heranzuziehen sind. Das geschah durch die Zusammenarbeit in der letzten Regierung und ich bin überzeugt, daß sie ihre Früchte getragen hat. (Zustimmung.) Man kann eine gegenteilige Meinung nicht dadurch bekehren, daß man sie nur bekennt. Es gibt keinen anderen Weg, um die Gesamtheit des Volkes zu positiver Aufbauarbeit zu bringen, als den Weg der politischen Verantwortung. Wenn Wirth sagt, man hätte falsch spekuliert, so kann ihm dieser Gedankengang zurückgegeben werden. Er hat mit der Linken zusammengearbeitet, wir alle haben das getan. Aber als im November 1922 von den Sozialdemokraten bis zu der Deutschen Volkspartei die Vorbereitung für die Stabilisierung und für andere Dinge, die einen großen politischen Wendepunkt bedeuteten, getroffen wurden, als es sich also schon um die Zusammenarbeit der Großen Koalition handelte, und Wirth damals auch die Regierungskonsequenzen ziehen wollte, ist er im letzten Augenblick durch die Sozialdemokraten und nur durch die Sozialdemokraten verlassen worden. (Sehr richtig.) Alles andere, was darüber geredet wird, ist unwahr. Wirth hat damals nicht den Schluß gezogen, der blamierte Europäer zu sein, wie das jetzt, Stegerwald und andere sein sollen. Mit den Reichstagsauflösungen sind wir auch nicht um die Notwendigkeit der Zusammenarbeit herumgekommen. Wie es Zentrumsgeist ist, mit der Linken zusammenzuarbeiten, so ist es ebenso der Zentrumsgeist, auch mit der Rechten zusammenzuarbeiten. (Lebhafte Zustimmung.) Auch ein Volkskörper muß mehrere Male eine Kur durchmachen, wenn er gesunden soll. Brauns stellt dann ausdrücklich fest, daß seine Ministerkollegen von der Rechten mit der ehrlichen Absicht gearbeitet hätten, zu einer Verständigung zu kommen. Die Parteidelegierten-Versammlungen hätten ihnen aber diese Politik zerschlagen. Daraus ergäbe sich, daß man auch in der Demokratie nicht so Demokratie machen kann, daß man die schwierigsten Fragen leidenschaftlich vor Volksversammlungen erledigt, die darauf nicht vorbereitet sind. (Sehr richtig.) Brauns beantragt am Schluß seiner Rede, von der weiteren Debatte den Fall Wirth im Plenum auszuscheiden und die weitere Behandlung den Parteiinstanzen zu überlassen, die dazu geschaffen sind. (Parteiausschuß etc.) Die Debatte des Parteitags selbst soll dadurch nicht abgeschnitten werden. Marx ist der Meinung, daß der Antrag Dr. Brauns so zu verstehen sei, daß selbstverständlich die Debatte, die ja auch auf den Fall Wirth Bezug zu nehmen habe, weiter geführt würde. Nur soll die Entscheidung auf dem Parteitag nicht gefällt werden. Brauns stimmt dem zu.

Reichskanzler a. D. Fehrenbach beruft eine Sitzung der Reichstagsfraktion, soweit die Mitglieder anwesend sind, nach Schluß der Vormittagssitzung des Parteitages ein. Dann erhält das Wort Prälat Dr. Schofer, der Vorsitzende der badischen Zentrumspartei: Schwierigkeiten sind dazu da, um überwunden zu werden. Wir werden auch diese Schwierigkeiten überwinden, kraft der Grundsätze, die uns beleben. Den verschiedenen Verführungstendenzen nach rechts und links muß ein entschiedenes Nein entgegengebracht werden und zwar auch in der Presse. Parlamentarier und Presse sollen auf verständnisvollem Fuß miteinander stehen und Hand in Hand arbeiten

Die Partei verfolgt große politische, kulturelle und soziale Ziele. Die Politiker, die die Kleinigkeiten zur Hauptsache machen und die großen Dinge zur Nebensache, sind auf dem falschen Wege. Aus dem Verlauf der bisherigen Debatte zieht der Redner den Schluß, daß in den großen Zielen und Fragen die einmütige Geschlossenheit besteht. Nicht rechtes Zentrum, nicht linkes Zentrum, sondern das rechte Zentrum, so stelle ich die politische Forderung, und in diesem Zentrum muß auch der entschiedene Republikaner völlige Lebensfreiheit haben.

Man hat wegen übermäßiger Regie meine Haltung auf dem Offenburger Parteitag angegriffen. Gewiß, zu viel Regie ist nicht gut, aber ich möchte einmal einen regielosen Parteitag sehen. Der Redner macht in seiner humorvollen, gemütlichen, süddeutschen Art weitere Ausführungen zu diesen Fragen und verlangt, man müsse dem Wählerpublikum die Möglichkeit schaffen, daß es öfter das Ohr der Parteileitung habe. Die Möglichkeit der Aussprache müsse in noch größerem Maße als bisher in allen Parteiinstanzen zur Wirkung kommen. Dr. Schofer wünscht, daß man auch bei den Wahlschlachten diejenigen in der vordersten Linie sieht, die dazu berufen sind. (Sehr richtig!) Wenn wieder Kandidatenaufstellungen erfolgen, werde auch dieses Moment eine Rolle spielen. (Heiterkeit.) Jede Partei hat auch eine Jugend, und die Jugend hat natürlich lauter gescheite Gedanken (Große Heiterkeit), die die Alten nicht immer verstehen. Das war immer so. Aber wir sind dem kommenden Geschlecht im politischen Leben verpflichtet, die größte Aufmerksamkeit zu widmen (Sehr richtig!) und mit großem Verständnis, mit Nachsicht dieser Jugend entgegenzubringen und namentlich dann, wenn sie glaubt, nicht verstanden worden zu sein. (Lebhafte Zustimmung.) Ich nehme an, daß ich mir damit das Wohlgefallen der jungen Welt erobert habe. (Heiterkeit.) Zwischen Windthorst und Mallinckrodt, zwischen Lieber und Hertling hat es auch nicht immer sonnige friedliche Tage gegeben. Auch sie haben sich ausgesprochen. Es ist ganz gut, diese Dinge einmal offen zu debattieren. Man muß nur volles Verständnis für alle Temperamente, Intelligenzen und Persönlichkeiten haben, und man muß ihnen um so mehr Rechnung tragen, je weniger es davon gibt. Wir müssen Vertrauen zu der Führung und Korpsgeist im Zusammenhalte, Respektierung der anderen üben, aber auch von oben muß Verständnis für die Mannschaft vorhanden sein, die draußen im Leben die politischen Sorgen auskämpfen muß. Die Schwierigkeiten im Kleinen können an unseren großen Grundsätzen und Zielen nichts ändern. Wir dienen dem großen Gott und wir dienen dem irdischen Vaterlande um unseres Gewissens willen. Und wir haben das immer getan, auch wenn man uns nicht gern sah. Damit folgen wir den Fahnen unserer Väter. Die Armen und Aermsten sind die Nächsten unserem Herzen! Wir wollen auch wieder Vertrauen in die Führung der Fraktion gewinnen und auf diesem Boden mit Weitherzigkeit und mit dem Willen, sich zu verständigen, unserer gemeinsamen Sache dienen, damit man auch von uns einmal sagen kann, was auf dem Grabe des badischen Führers Wacker steht: Treu gestanden auf seinem Posten, in Ehren ihn verlassen! (Minutenlanger, stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Professor Dessauer meint, die Erregung, die vorhin vielfach während der letzten Ausführungen Dr. Wirths entstanden sei, solle man nicht so tragisch nehmen, eine so offene Aussprache, wie die heutige, sei nötig und könne die Zentrumspartei nur läutern. Er ist weiter der Meinung, daß man die Frage Wirth nicht überstürzen dürfe. Es hätte keinen Zweck, heute vielleicht eine Entschließung über sofortiges Wiedereintreten Wirths in die Reichstagsfraktion zu fassen. Wir brauchten Zeit und Geduld. Wenn Wirth auch eine zeitlang neben uns marschiert, am Schlachttag wird er doch die Schlacht mit uns kämpfen.

Stegerwald stellt einige Ausführungen Wirths im Rahmen persönlicher Bemerkungen richtig. Er, Stegerwald, stehe auch heute noch auf dem Boden, daß das

Zentrum sich positiv zum Staate einzustellen habe. Eine gradlinige Politik nach außen und nach innen sei in Deutschland deshalb nicht möglich, weil das deutsche Volk noch nicht genug politisch geschult sei.

Der Parteitag schreitet vor Eintritt der Mittagspause zur

Neuwahl des Parteivorstandes.

Auf Vorschlag des Abgeordneten Herold wird unter allseitigem Beifall der bisherige Vorsitzende der Gesamtpartei, Reichskanzler a. D. Marx, einmütig wiedergewählt.

Die neue Zusammensetzung des Reichsparteivorstandes wird nach kurzer Diskussion auf Grund der Vorschläge der betreffenden Kommissionen vorgenommen. Danach setzt sich der Vorstand in Zukunft wie folgt zusammen:

Vorsitzender:

Marx, Dr. Wilhelm, Reichskanzler a. D., Berlin, M. d. R.

Ehrenvorsitzende:

Fehrenbach, Reichskanzler a. D., M. d. R., Freiburg in Baden,
Herold, Landesökonomierat, M. d. R. und M. d. L., Haus Lövelinkloe, Westf.,
Porsch, Dr., Geh. Justizrat, Vizepräsident des Preuß. Landtags, Breslau.

Stellvertretende Vorsitzende:

Klöckner, Dr., Fabrikant, M. d. R., Löttringhausen, Westf.,
Mönnig, Justizrat, Köln,
Schofer, Prälat, Dr., Freiburg in Baden,
Stegerwald, Dr., Ministerpräsident a. D., M. d. R., Berlin,
Weber, Frau Ministerialrat, M. d. R., Berlin.

Beisitzer:

Astor, Kaufmann, Bernkastel-Cues (Rhld.), Beyerle, Justizminister, Stuttgart, Brand, Generalsekretär, Münster, Brauns, Dr., Reichsarbeitsminister, M. d. R., Berlin, Cremer, Dr., Industrieller, M. d. L., Dortmund, Crone-Münzebrock, Dr., geschäftsführender Vorstand der Vereinigung der christlichen Bauernvereine, Berlin, Dessauer, Universitätsprofessor, Dr., M. d. R., Frankfurt a. M., Elfes, Redakteur, M.-Gladbach, Esser, Genossenschaftsleiter, M. d. R., Euskirchen, Giesberts, Reichspostminister a. D., M. d. R., Berlin, Graw, Landesökonomierat, M. d. R., Wormditt, Grebe, Professor, M. d. L., Osnabrück, Hofmann, Oberlehrer, Ludwigshafen, M. d. R., Hohn, Dr., Generaldirektor des Volksvereins, M.-Gladbach, Itschert, Senatspräsident, Berlin, Joos, Schriftleiter, M. d. R., M.-Gladbach, Kaas, Dr., Prälat, M. d. R., Trier, Kaiser, Gewerkschaftssekretär, Köln, Kloft, Beigeordneter, M. d. L., Essen-Rüruр, Lammers, Rechtsanwalt, M. d. R., Berlin, Lensing, Verleger, Mitglied des Reichsrats, Dortmund, Linskens, Fabrikant, Hamburg, Fürst Löwenstein-Wertheim-Rosenberg, Dr., Kleinheubach, Nuß, Rechtsanwalt, Worms, Orth, Chefredakteur, Berlin, Otte, Dr., Pfarrer, Liegnitz, Philipp, Frau Landesforstmeister, Karlsruhe, Schreiber, Dr., Prälat, Universitätsprofessor, M. d. R., Schulte, Oberstaatsanwalt, M. d. R., Breslau, Teusch, Frau Christine, M. d. R., Köln, Ulitzka, Kanonikus, M. d. R., Ratibor, Wessel, Fräulein Helene, Jugendsekretärin, Dortmund, Wirth, Dr., Reichskanzler a. D., M. d. R., Berlin.

Es werden dann folgende

Entschließungen

angenommen:

I. Zur Frage der Wahlrechtsreform:

Der vierte Reichsparteitag der Zentrumsfraktion hält eine baldige und zeitgemäße Ausgestaltung des geltenden Wahlrechts für dringend geboten. Insbesondere spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß durch das neue Wahlrecht eine engere Verbindung des Abgeordneten mit seinen Wählern wiederhergestellt wird. Der Parteitag setzt zur Ausarbeitung eines Entwurfes einen Ausschuß ein, der im Einvernehmen mit der Reichstagsfraktion die Vorarbeiten zu leisten hat.

Für den Ausschuß werden bestimmt:

Dr. Klöckner,, Dr. Horster-Krefeld, von Guérard, Professor Grebe, Frau Ministerialrat Weber.

2. Die Frage der Beiräte:

1. Beiräte können je nach Bedürfnis in Reich, Ländern und Provinzen gebildet werden.

2. Das Reichsgeneralsekretariat arbeitet in Verbindung mit einem vom Reichsparteitag zu wählenden Ausschuß Richtlinien für diese Beiräte aus, die nach Zustimmung durch den Parteivorstand den Landes- und Provinzialverbänden zugeleitet werden.

3. Für diesen Ausschuß werden vorgeschlagen:

Abgeordneter Groß, Frl. Schmitz-Aachen, Brand-Münster, Hamacher-Köln.

III. Zur Frage der Stellung des Zentrums zur Verfassung wird einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Die Zentrumspartei ist ihrem Wesen nach eine Verfassungspartei. Ihre grundsätzliche Einstellung zum Staats- und Autoritätsbegriff ermöglicht ihr die Bejahung jeder Staatsform, in welcher dieser Begriff seine Verwirklichung finden kann. Diese Bejahung darf sich nicht nur auf Abwehr verfassungsfeindlicher Bestrebungen beschränken, sondern muß sich in positiver Mitarbeit auswirken. Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist eine klare, entschlossene, positive Einstellung zur Staatsform umsomehr geboten, je abhängiger die Staatsform vom Willen des Volkes ist. Darum bekennt sich die Zentrumspartei zur deutschen Republik, die in der Weimarer Verfassung festgelegt ist und deren Schutz und Durchdringung mit christlichem Geiste sie als ihre Aufgabe und Pflicht betrachtet."

Zur Frage der Stellung des Zentrums zu den Kampf- und Abwehrorganisationen (Reichsbanner) wird auf Antrag des Bezirks Breslau nach den programmatischen Ausführungen Fehrenbachs auf eine eigene Entschließung verzichtet.

Mit besonderem Beifall und lebhafter Teilnahme wird sodann einstimmig folgender Antrag angenommen, der einen Gruß an die Auslandsdeutschen in Südtirol darstellt:

Den deutschen Brüdern und Schwestern in Südtirol, die um ihr Deutschtum heldenmütig ringen, entsendet der Reichsparteitag des Zentrums wärmsten Gruß. Die deutsche Zentrumspartei fühlt sich einig mit den bedrängten deutschen Brüdern und Schwestern im Kampf um die Erhaltung ihres Deutschtums und weiß ihnen Dank für die große Treue, mit der sie in den letzten Jahren das über sie hereingebrochene unendlich schwere Leid kraftvoll getragen haben. Wir reichen den Südtirolern, wie allen im Grenz- und Auslandsdeutschtum um ihre Stammeszugehörigkeit ringenden Volksgenossen in innerer Verbundenheit die deutsche Bruderhand."

Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Entschließungen:

a) **Preisabbau.**

„Getragen von einem hohen Gefühl der Verantwortung gegenüber Volkswirtschaft und Allgemeinwohl, ist der Einzelhandelsbeirat der Deutschen Zentrumspartei sich bewußt, daß der durch ihn vertretene Berufsstand mit allen Mitteln unter Verzicht auf jedes Einzelinteresse an der von der Reichsregierung durchgeführten Preissenkungsaktion mitarbeiten muß. Aus dieser Einstellung heraus hat er deshalb seine Mitglieder aufgefordert, durch Rationalisierung ihrer Betriebe und Herabsetzung der Gewinnspanne, soweit es nur irgend möglich ist, zu ihrem Teil an der notwendigen Verbilligung der Waren beizutragen.

Entschieden aber muß er sich gegen die Auffassung wenden, als ob er für das hohe Preisniveau an sich verantwortlich wäre. Ein Preisabbau ist vielmehr nur möglich, wenn auch seitens der gesamten übrigen Wirtschaftsgruppen in dem gleichen Sinne, wie der Einzelhandel fordert, vorgegangen wird. Nicht am wenigsten ist aber das Preisniveau geboten und bedingt durch die überaus drückenden öffentlichen Lasten, die einen Hauptanteil an den Betriebsunkosten ausmachen. Hier fordern wir eine energische Initiative der Reichsregierung und der Parlamente, größtmöglichste Sparsamkeit in den Etats der Länder und Kommunen, weitgehendste Schonung der Steuerpflichtigen, damit die Wirtschaft über die ungeheuere Krise und Not hinüberkommt."

b) **Erwerbslosenfürsorge.**

Der Reichsparteitag möge beschließen, die Reichstagsfraktion zu ersuchen: in der Erwerbslosenfürsorge den großen Umfang der Erwerbslosigkeit und der schweren Not des bevorstehenden Winters Rechnung zu tragen

1. durch eine angemessene Erhöhung der Unterstützungssätze für die Hauptunterstützungsempfänger,

2. durch Bereitstellung erheblicher Reichsmittel für Notstandsarbeiten in den Schwerindustrie- und Bergbaubezirken.

c) **Beamtenrecht.**

„Die Zentrumsfraktion des Reichstages möge sich dafür einsetzen, daß Reichsbeamte bei der Ausübung kommunaler Ehrenämter dieselben Rechte genießen, wie die Länderbeamten."

d) **Internationale Arbeitsgesetzgebung.**

„Die Zentrumspartei setzt sich, getreu ihrer sozialpolitischen Vergangenheit, für eine stetige Fortentwicklung der sozialen Gesetzgebung ein. Bei den wechselseitigen Beziehungen der Länder untereinander ist eine weitere fortschrittliche Entwicklung der deutschen Sozialpolitik wesentlich erleichtert, wenn sie Hand in Hand geht mit einer fortschrittlichen internationalen Sozialpolitik. Die Zentrumspartei ist deshalb entschlossen, ebenfalls tatkräftig an der Ausgestaltung der internationalen Arbeitsgesetzgebung mitzuarbeiten. Sie sieht es dabei als eine besondere Aufgabe der Partei an, mit allen Kräften daran zu arbeiten, daß auch in der internationalen Sozialpolitik die Grundsätze der christlichen Sozialreform richtunggebend zur Geltung kommen. In diesem Sinne begrüßt und fördert sie die Forderungen und Bestrebungen, die darauf abzielen, der christlichen Arbeiterschaft eine angemessene Vertretung in den Organen der internationalen Arbeitsorganisation zu sichern. Der Parteitag ersucht die Fraktion, auch ihrerseits mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln diese Forderungen und Bestrebungen zu unterstützen, darüber hinaus jedoch auf die baldige parlamentarische Erledigung der bereits vorliegenden internationalen Arbeiterschutzübereinkommen hinzuwirken."

e) **Invalidenversicherung.**

„Der Reichsparteitag wolle beschließen, daß die Reichstagsfraktion in Erwägung darüber eintritt, wie sich der Gedanke einer Erweiterung der Invalidenversicherung nach Art der Angestelltenversicherung (Arbeiterpensionsversicherung) verwirklichen läßt."

Dazu folgende Anträge:

Der vierte Reichsparteitag des Zentrums verlangt:

1. daß das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten baldigst verabschiedet wird.

2. daß in der zu erwartenden Novelle zur Reichsversicherungsordnung den kaufmännischen Ersatzkassen endlich die ihnen gebührende Beachtung finden. Wir verlangen, daß sie mit den Zwangskrankenkassen gleichgestellt werden und daß sie als Berufskrankenkassen ihre gesetzliche Verankerung in der R.V.O. finden.

3. daß das Gesetz der Gemeinlast außer Kraft gesetzt wird.

4. Daß die Bestimmung in der R.V.O. betr. dreimonatlicher Versicherungspflicht nach Ueberschreitung der Versicherungspflichtgrenze, die noch als gesetzliches Inflationsprodukt vorhanden ist, schnellstens beseitigt wird.

f) Der Reichsparteitag tritt dem Vorschlag des Landesvorstandes der Zentrumspartei in Bayern r. d. Rh., wonach anstelle des Wochenblattes, „Bayerische Volksstimme" ab Januar 1926 zwanglos erscheinende „Mitteilungen" treten sollen, welche nur für eingeschriebene Mitglieder der Partei in Bayern r. d. Rh. bestimmt sind.

Kulturpolitische Anträge:

1. Reichsschulgesetz:

„Der in den letzten Monaten mit ungewöhnlicher Schärfe geführte Kampf um die Gestaltung des Reichsschulgesetzes zur Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 der Reichsverfassung hat aufs neue den Beweis erbracht, daß starke Kräfte in unserem Volksstaat nicht gewillt sind, bei der Einrichtung des Volksschulwesens der Gewissensfreiheit der Erziehungsberechtigten, überhaupt den auf Naturrecht und religiöses Bekenntnis sich gründenden Schulforderungen des christlichen Volksteils Rechnung zu tragen. Demgegenüber fordert der Reichsparteitag des Zentrums volle Auswirkung des in der Verfassung ausgesprochenen Elternrechts, ungehinderte Mitwirkung der Kirche in der religiös-sittlichen Erziehung und Unterweisung der Schuljugend, frei Bahn für die Entwicklung der Bekenntnisschule. Indem er der Reichstagsfraktion für ihre mühevolle kulturpolitische Arbeit Dank und Anerkennung ausspricht, erwartet er von ihr, energische Weiterarbeit auf der bisherigen Linie, damit bald auf dem Boden der Gleichberechtigung ein Reichsschulgesetz geschaffen wird, das auch den Forderungen des katholischen Volkes in vollem Umfange gerecht wird."

2. Lehrerbildung:

„Unterricht und Erziehung des deutschen Kindes sowie die Hebung der Bildung des deutschen Volkes verlangen eine zeitgemäße Weiterentwicklung der Vorbildung unserer Volksschullehrer. Wir fordern, daß diese neue Lehrerbildung das deutsche Volkstum als Grundlage beibehält, in allen Ländern möglichst gleiche wissenschaftliche Höhe erreicht und die gegenseitige Anerkennung findet; daß sie in ihrer Einrichtung die konfessionelle Bildung gewährleistet, und der Verschiedenheit der Geschlechter gebührend Rechnung trägt."

3. Berufsschule:

„Das Berufsschulwesen — auch das für Mädchen — muß stärker als bisher entwickelt werden. Mit besonderem Nachdruck fordern wir den Ausbau der ländlichen Fortbildungsschule. In allen diesen Schulen ist das Bekenntnis der Schüler und ihre religiöse Erziehung gebührend zu berücksichtigen."

4. Kirchenpolitik:

„Der Reichsparteitag erwartet von den Zentrumsvertretern des Reichstages und der einzelstaatlichen Parlamente, eine tatkräftige Förderung der noch ausstehenden Fragen kirchenpolitischer Art und verlangt ihre beschleunigte Erledigung auf dem Wege der Vereinbarung mit den zuständigen kirchlichen Behörden."

5. Wissenschaft und Auslandsdeutschtum.

„Die ernste Notlage der deutschen Wirtschaftskultur und Forschung dauert an; unsere Volks-

---

Gift im Blut

Roman von Heinrich Tiaden.

96)

„Wir werden erfahren, ob du die Wahrheit gesprochen oder gelogen hat, Weib!" drohte der Fremde. „Hast du gelogen, dann ist es dein Tod."

„Die Götter werden mir gnädig sein," murmelte die Frau, „denn ich sprach die Wahrheit."

Da kehrte die Gesellschaft zu ihrem Fahrzeug zurück und das Boot ratterte in schnellster Fahrt davon.

Einige Stunden später hielt eine Reitergruppe vor der Hütte des Hirten Tawan. Höchst erschrocken von der Strenge, mit der die fremden Sahibs mit ihm sprachen, bestätigte er alles, was bereits das Weib des Guraja gesagt hatte. Auch ihm wurde mit dem Tode gedroht, wenn sich seine Angaben nicht bewahrheiten sollten, und ehe er sich von seinem Schrecken ganz erholt hatte, war der Reitertrupp, drei Sahibs und drei Diener, wie ein Spuck in der Ferne verschwunden.

— — — — — — — —

Ponks wunderte sich über sich selbst. Er, der sonst den Dingen mit eiserner Kaltblütigkeit ins Auge geblickt, und auch in der größten Gefahr nie die Selbstbeherrschung verloren hatte, fühlte sich auf einmal unsicher. Vor allen Dingen hatte er keinen klaren Blick mehr für die Zweckmäßigkeit seiner eigenen Maßnahmen. Seine Flucht kam ihm auf einmal unüberlegt, überstürzt vor. Die seltsamen Erscheinungen auf der Insel Elephanta gingen ihm nicht aus dem Kopf. Immer wieder versuchte er sich selbst einzureden, daß das alles nur Zufall gewesen sei. Bettelnde Yogins waren in Bombay wie in ganz Indien so alltägliche Erscheinungen wie Handwerksburschen in Deutschland, Zigeuner in Böhmen und bettelnde Indianer in den Grenzstädten der Kultur in Amerika. Was also war daran ungewöhnlich?

So suchte er sich selbst von allerlei Besorgnissen loszusprechen. Aber es gelang ihm nicht. Es war bei dem allen so ein gewisses Unerklärliches, ein undefinierbares Etwas, das ihm, dem Gewitzten, dem hellhörigen und feinfühligen Spitzbuben, seltsam und verdächtig vorkam und das ihm gar zu deutlich sagte, es sei Gefahr im Verzuge. War aber sein Verdacht begründet, dann war diese Flucht zu Lande eine Torheit. Nichts leichteres, als seine Spur zu verfolgen.

Er änderte also seinen Plan und forderte Guraja auf, einen Paß durch die West-Ghats einzuschlagen, um jenseits des langgestreckten Hügelrückens die Flucht südwärts fortzusetzen.

Guraja Siwa war durchaus kein dummer Teufel. Er hatte längst herausgefunden, daß dieser Reisende, der eine so auffällig offene Hand hatte, nicht zu seinem Vergnügen reiste, sondern eine Macht fürchtete, die ihm auf den Fersen war. Das konnte ihm natürlich gleichgültig sein. Aber verdienen wollte er an diesem fremden Sahib, der mit den englischen Pfunden umherwarf wie in Bombay die Leute, die er hin und wieder zu fahren hatte, mit den Kupferannas. Ohne die geringste Widerrede suchte er einen Gebirgspaß auf. Und nun ritten die beiden auf einem schmalen gewundenen Pfade, erst durch Ackerland, dann durch Wald und Dschungel, dann über kahles Felsgestein allmählich aufwärts.

Nach vier Tagen sahen sie von der Höhe aus die Stadt Puna tief zu ihren Füßen in einer Hochebene liegen. Ponks, der sich nun sicher fühlte, glaubte es wagen zu dürfen, die Stadt zu betreten, dort seine etwas mangelhafte Ausrüstung zu vervollständigen und wieder einmal in einem richtigen Bett schlafen zu können. Guraja Siwa riet erst ab, als aber der Sahib auf seinem Willen bestand und ärgerlich wurde, zuckte er ergeben die Achseln. Sie ritten nach Puna.

Die klare Gebirgsluft aber hatte die beiden Reisenden über die Entfernung getäuscht. Erst am nächsten Tage erreichten sie die alte, schlecht gebaute, in einer weiten kahlen Ebene liegende Stadt. Guraja Siwa hatte Ponks von der Lebendigkeit und Betriebsamkeit der Stadt mit ihren fünfzigtausend Einwohnern manches erzählt. Als sie aber ankamen, da fanden sie alles anders. Die Stadt lag still und ausgestorben. Das englische Militär hatte Lager weit außerhalb der Stadt bezogen. In den Straßen herrschte Totenstille. Die wenigen Menschen, die sich sehen ließen, schlichen scheu und schüchtern einher. Jeder schien Mißtrauen vor Jedem zu haben.

Bald hatten die beiden Reisenden des Rätsels Lösung entdeckt. Hier und da und dort sahen sie neben den Haustüren den verhängnisvollen roten Ring. Und fast in jeder Minute begegneten ihnen Träger, die eilfertig und mit Hast Tote aus der Stadt heraustrugen.

Dem alten Guraja lief ein Schauder nach dem anderen über den Rücken.

„Sahib laß uns fliehen," raunte er ängstlich seinem Herrn zu. „Hier wohnt der schwarze Tod."

„Wenn du dich fürchtest, so geh deiner Wege," brummte Ponks und trat, ohne sich um seinen Führer zu kümmern, in ein Gasthaus, das von außen einen einigermaßen vertrauenerweckenden Eindruck machte. Eine alte Frau, die, wie man auf den ersten Blick erkannte, keine Eingeborene des Landes war, kam ihm entgegen und fragte erst auf portugiesisch, dann auf englisch nach seinen Wünschen. Sie erstarrte fast vor Erstaunen, als sie hörte, daß der Fremde Essen, Trinken und Unterkunft für die Nacht begehrte. Als aber Ponks grob wurde und fragte, ob denn dieses Haus kein Gasthaus sei, wo man derartige Dinge beanspruchen könne, lächelte sie auf herzzerreißende Weise, nickte schweigend und ging hinaus.

Ponks ließ sich darauf als einziger Gast an einem wackeligen Tisch unter der blakenden Oellampe nieder und aß, was die alte Frau ihm nach einiger Zeit herausbrachte. Dazu trank er eine Flasche spanischen Wein. Dann ließ er sich sein Zimmer zeigen und warf sich todmüde auf sein Lager.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

gesundheit und Volksbildung, unsere Wirtschaft und Technik, die Entwicklung von Recht und Verwaltung, die Kultur des deutschen Geistes und der deutschen Seele benötigen die Erhaltung und den Ausbau der deutschen Wissenschaftsleistung; ebenso ist sie unentbehrlich für eine großzügige Auslandskulturpolitik und für die Pflege des Auslandsdeutschtums. Hierfür erwachsen dem Reich und den Ländern nach wie vor die ernstesten Aufgaben, die mit aller Kraft gefördert werden müssen."

6. Körperliche Ertüchtigung:

„Der Wert einer planmäßigen Stärkung und Stählung körperlicher Leistung und Widerstandsfähigkeit durch Turnen, Sport, Spiel und Wandern zur Hebung der Volksgesundheit und zur Festigung der Willenskraft tritt immer bedeutsamer hervor. Die deutsche Zentrumspartei empfiehlt ihren Vertretern in Gemeinde, Land und Reich diesem zeitgemäßen Volksbestreben nachhaltige Unterstützung und Förderung angedeihen zu lassen. Dies jedoch nur unter den Voraussetzungen, daß eine geordnete Körperkultur unter dem Primat der Seele in Formen christlicher deutscher Sitte ohne gewinnbringende Absicht und nicht nur zur Befriedigung der Schaulust gepflegt wird. Auswüchse und Entartungen sind aufs Schärfste zu bekämpfen."

7. Ehe und Familie:

„Wir erblicken in der Ehe und Familie die Grundlage der menschlichen Gesellschaft. Der Kampf um ihre Reinheit und Heiligkeit gehört schon wegen der Erziehung der Kinder zu den wichtigsten Aufgaben unserer Weltanschauung. Deshalb treten wir allen Bestrebungen auf Erleichterung der Ehescheidungen entgegen. Der strafrechtliche Schutz des keimenden Lebens darf nicht beseitigt werden. Seine Vernichtung ist Tötung, eine Herabwürdigung des Weibes, eine Verneinung des Mutterbegriffes; Straffreiheit wäre eine ernste Gefährdung der Zukunft unseres Volkes."

8. Jugend:

„Wir erwarten einen starken Schutz unserer Jugend gegenüber der gewissenlosen Verführung durch Schmutz- und Schundliteratur und gegenüber anderen entsittlichenden Einflüssen des öffentlichen Lebens."

9. Duell:

„Wir verurteilen den Zweikampf in jeder Form, er ist auf eine verwerfliche Auffassung des Ehrbegriffes zurückzuführen, er ist Tötung oder Körperverletzung. Wir verlangen energische Fortsetzung der Bestrebungen, eine schärfere Bestrafung zu erreichen, insbesondere aber, ihn bei den in der Reichswehr und im öffentlichen Dienst stehenden Personen unmöglich zu machen."

Nachmittagssitzung

In der Eröffnung der Nachmittagssitzung gibt Reichskanzler Marx folgende Erklärung ab: Im „Berliner Tageblatt" sei über die Sitzung des Reichsparteiausschusses u. a. gesagt, daß Dr. Krone über die Jugendbewegung gesprochen und sich sehr stark für Wirth eingesetzt habe. Marx hätte erwidert, die Jugend hätte allerdings mehr Ideale als die alten Leute. Eine Debatte über das Referat sei aber nicht zugelassen, sondern auf den nächsten Parteiausschuß verschoben, der wahrscheinlich erst im Januar stattfindet. Demgegenüber ist festzustellen, daß Marx vielmehr das Referat Dr. Krones nachdrücklich unterstrichen und dazu aufgefordert habe, der Jugendbewegung die ganze Aufmerksamkeit zu schenken. Weil aber gerade diese Frage so ungeheuer wichtig und bedeutsam für die Partei sowohl wie für das ganze deutsche Volk ist, soll sie zum Gegenstand einer besonderen, ausgiebigen Beratung gemacht werden. Es ist also genau das Gegenteil dessen von Marx ausgeführt worden, was ihm im Bericht des „Berliner Tageblatts" unterstellt wird.

Marx kommt dann weiter noch auf Aeußerungen in der Debatte über seine Stellung zum Reichsbanner zurück. Solange die rechtsgerichteten Organisationen ihre Verbände zum Ansturm gegen die Staatsform benutzen, solange kann das Reichsbanner nicht von uns abgelehnt werden. Diese Organisation ist leider noch eine Notwendigkeit in unserem Staat. Wir können in manchen Gegenden überhaupt keine Versammlungen abhalten, wenn wir nicht das Reichsbanner haben. (Hört, hört!) Auch in der politischen Diaspora legt man den größten Wert auf die Erhaltung dieser Organisation. Von Parteiwegen muß es selbstverständlich den örtlichen Instanzen überlassen werden, in welcher Form sie zu dieser Frage Stellung nehmen. Eine möglichst starke Vertretung der Zentrumspartei innerhalb dieser Organisation ist dringend notwendig.

Die Diskussion wird fortgesetzt.

Ecke-Schammendorf bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß wir trotz allem in friedlicher Einigung auseinandergehen. Der Redner vertritt dann die Notwendigkeit eines verstärkten Schutzes für die von harter Not bedrängte Landwirtschaft.

Pfarrer Burkardt wünscht mehr Parteidisziplin bei Wählern und Gewählten. Er fordert weiter Wahlrechtsänderung mit dem Ziel, die Abgeordneten in engere Verbindung mit ihren Wählern zu bringen. An die Abgeordneten richtet er den dringenden Wunsch, sich öfter bei der Wählerschaft zu zeigen und auch in Versammlungen den Zentrumsanhängern die großen Ideen des Zentrums zu vermitteln.

Delegierter Denhaeff-Straelen begrüßt es, daß das Zentrum sich an der Bildung des Kabinetts Luther beteiligt und damit bewiesen hat, daß das Zentrum nicht nur mit links, sondern auch mit rechts politisch zusammenarbeiten wolle. In seinem Wahlkreis habe man für die Politik des letzten Jahres mehr Verständnis gehabt, als für die Politik der Kabinette, in denen das Zentrum mit den Linksparteien gegangen sei. (Widerspruch und Heiterkeit.)

Reichstagsabgeordneter Lammers bedauert, daß ihm infolge der beschränkten Redezeit nicht die Möglichkeit gegeben ist, seine von der Parteileitung gewünschten Ausführungen ausführlicher zu machen. Es ist auf dem Parteitag wiederholt die Forderung erhoben worden, das Zentrum dürfe keine politische Zusammenfassung von Standesinteressenten sein. In der Presse, auch in der Zentrumspresse, ist in der letzten Zeit wiederholt behauptet worden, daß sich tatsächlich im Zentrum Standesinteressen zu breit machten, daß der Einfluß der Wirtschaft zu stark sei. Wir müssen uns aber klar darüber sein, daß gerade die Wirtschaftspolitik in der letzten Reichstagssitzung eine bedeutende Rolle spielen mußte, weil die Aufwertungs-, Steuer- und Zollpolitik zu entscheiden waren und entschieden werden mußten, um mit der ganzen Welt wieder zu handelspolitischen Beziehungen zu kommen, die in weitestem Umfange Schrittmacher für die Befriedung der Welt sein müssen.

Ein hervorragender Sozialdemokrat hat mir gegenüber kürzlich geäußert, daß es für sie durchaus nicht angenehm sei, jetzt die Verantwortung zu übernehmen. Die Bewilligungsfreudigkeit des Reichstages in seiner letzten Tagung werfe die Frage auf, ob die so geschaffenen sozialen Maßnahmen auf die Dauer mit den wirtschaftlichen Verhältnissen sich in Uebereinstimmung halten ließen.

Der Redner stellt sodann fest, daß im zollpolitischen Ausschuß mit der Sozialdemokratie in völligem Frieden verhandelt worden wäre, daß es dort nie zu einer Vergewaltigung gekommen sei, und daß er persönlich als Vorsitzender dieses Ausschusses auch im Plenum gegen die vorgenommene Erledigung der Zollgesetze gestimmt habe. Er wendet sich dann gegen die Auswüchse des Kapitalismus, den Mammonismus, und weist der Zentrumspartei die große Aufgabe zu, immer wieder auf diese Schäden hinzuweisen und sie zu bekämpfen.

Bezüglich der Stellung der Wirtschaft zu Locarno erklärt Abg. Lammers, daß die Ablehnung der Deutschnationalen in den Kreisen der gesamten Wirtschaft einschließlich der Deutschnationalen nicht nur Befremdung, sondern tiefe Erbitterung hervorgerufen hat. Er weist auf die Bedeutung des Hamburger Aufrufs der Wirtschaftler hin und stellt in Aussicht, daß in den nächsten Tagen sich in Berlin die Wirtschaftler zusammenfinden werden, um das zu tun, was bezüglich Locarnos die Wirtschaft für notwendig hält.

Redakteur Horndasch-Köln richtet einen letzten mahnenden Appell zur Einigkeit an den Parteitag. Hier im Saale sagt er, sind überhaupt keine Gegner von Wirth. Wir alle sind Wirth zu tiefstem Dank verpflichtet für das, was er dem Zentrum und dem Vaterlande geleistet hat. Wenn wir in den nächsten Tagen in Köln in den Vollbesitz unserer politischen Freiheit kommen werden, so wissen wir, daß der Grundstein zu dieser Freiheit auch von Dr. Wirth gelegt wurde. Das Zentrum steht treu zur Verfassung der deutschen Republik, die dem deutschen Volke die Einheit gerettet und dem Katholizismus die Freiheit gegeben hat. Aber wir müssen auch tolerant sein gegen die in unseren Reihen, die heute noch um die Erkenntnis ringen, welche Form die bessere Staatsform sei. Wenn die Republikaner Duldung und Mäßigung aufbringen werden, dann werden die Monarchisten in Deutschland sehr bald aussterben. Wenn Dr. Wirth noch einige Zeit außerhalb der Fraktion bleiben wird, was ja möglich wäre, so bedeutet das eine große Gefahr für das Zentrum. Was Wirth heute recht ist, kann morgen einem andern billig sein. Ich habe den Schritt Wirths als Signal aufgefaßt, so wurde er vielfach gedeutet. Nun, ich bin der Meinung, man könnte das Signal jetzt herunterziehen und ein neues Signal aufrichten, das Signal, auf dem geschrieben steht, das Vaterland erwartet, daß jedermann in der Zentrumspartei seine Pflicht und Schuldigkeit tut.

Prälat Linneborn-Paderborn bittet um Liebe für unsere Jugend. Sie muß ferngehalten werden von denjenigen Verbänden, vor denen der deutsche Episkopat warnte. (Zustimmung.) Unsere Jugend wollen wir erziehen zur politischen Pflicht und zur Autorität nach den Grundsätzen unserer Kirche in denjenigen Organisationen, die wir seit 50 Jahren mühevoll aufgebaut haben. Diese Worte spreche ich am Namen aller Diaspora-Katholiken.

Generalsekretär Otte-Berlin: Herr Lammers hat Fragen berührt, die tief eingreifen in das Gemeinschaftsleben unseres Volkes, und die auch ungemein wichtig sind für unsere Partei. Die sozialen Gegensätze sind heute schärfer, wie in den Jahren 1919, 1920, 1921 und 1922. Das ist eine unbestreitbare Tatsache. Sozialdemokraten müssen mit herangezogen werden zur Verantwortung für die Große Koalition, zur Verantwortung auch gerade für die sozialen Belange. Aber wir kommen nicht darum herum, daß der Sozialismus auch eine Weltanschauung ist, obwohl wir nicht verkennen, daß auch in diesen Kreisen gerungen wird um eine neue Einstellung zur Religion. Daß dieses Ringen bisher noch nicht zu einer größeren Religionsfreundlichkeit geführt habe, weist der Redner aus dem Kulturellen Teil des neuen Heidelberger Programms der sozialdemokratischen Partei nach.

Unter größter Spannung ergreift dann das Wort noch einmal Reichskanzler a. D. Dr. Wirth. Unsere Blicke richten sich jetzt noch einmal dahin, wo tatsächlich unsere politischen Gegner stehen. Wir haben die Genugtuung gehabt, daß die Kreise der Rechten und der Wirtschaft sich der Politik der Mitte genähert haben. Wenn wir aber die Nachrichten mustern, die von einem anderen Parteitage kommen, dann ist man auf das Tiefste besorgt um das Schicksal unseres Volkes.

Es müssen manche Leute mehr als bisher berücksichtigen, daß ich bei meinen Besorgnissen der letzten Jahre auch nicht immer mit Glace-Handschuhen angefaßt worden bin, wenn ich schon einmal einen Ausdruck gebrauchte, der vielleicht verletzend wirkte ohne es zu sollen. Ich bin immer mit dem Herzen dabei gewesen, das Wesen einer sozial gerichteten Republik als Staatsform zu verteidigen. Dr. Wirth zitiert dann einen Teil der Ausführungen, die Graf Westarp am Montag auf dem Deutschnationalen Parteitag gemacht hat, und in denen die Rückkehr zu der „Staatsform, die allein der Eigenart und dem Bedürfnis des deutschen Volkes gerecht werde", gefordert wird.

Das ist eine Kriegserklärung gegen die Demokratie. Wenn wir das früher sahen und erkannten, ehe unsere Parteifreunde unsere innere Sorge kaum verstanden haben, verstehen sie aber jetzt diese unsere Sorge! Dann gibt es in Deutschland eine erfreuliche Tatsache, ein einiges Zentrum, dem ich von ganzem Herzen anhange. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Seien Sie sich klar darüber, was das bedeutet, was die Kampfansage der Rechten in der deutschen Arbeiterschaft auslösen kann. Diese Einstellung unserer Koalitionsfreunde von gestern ist eine Enttäuschung für das gesamte Zentrum. Wirth verweist weiter darauf, daß Graf Westarp bereits wenige Tage nach dem Tode Eberts im März dieses Jahres in ähnlicher Weise sich gegen die demokratische Republik ausgesprochen habe. Er nehme Westarp persönlich das nicht übel und sei auch kein persönlicher Feind Westarps, der eben das Bekenntnis zum privilegierten Preußenstaate so offen ablege, wie es seine Ueberzeugung sei. Aber wir wollen nicht mehr den privilegierten Staat, verstehen Sie, nach alledem die großen Sorgen, die uns als christliche Republikaner bewegen. Ich spreche Stegerwald und seinen Freunden den guten Willen nicht ab — dann sind wir keine guten Christen mehr, wenn wir das tun — aber der Auffassung Stegerwalds und seiner Freunde stehen die direkten Aussagen der deutschnationalen Führer gegenüber, und wenn es für mich noch eines Beweises bedurft hätte für die Notwendigkeit des Vorstoßes der christlichen Republikaner, so wäre es der augenblickliche Parteitag der Deutschnationalen in Berlin gewesen. Durch die Mitarbeit der Republikaner, durch unsere Mitarbeit ist das deutsche Volk vor der sozialen Revolution gerettet worden, die in Rußland die Massen der Arbeiterschaft dem Staat entfremdet hat. Ueber Rußland weht die rote Fahne der sozialen Revolution. Ueber unserem Staate weht die Fahne der Freiheit, und daß dies möglich ist, das ist das große historische Verdienst gerade der Zentrumspartei. (Stürmischer Beifall.) Bleiben wir leidenschaftlich bei diesem Werke stehen. Deshalb ringen wir ja in unseren Reihen um diese große politische und soziale Freiheitslinie.

Es ist ganz klar, daß ich, wenn ich Ihnen diene, ich den Weg suchen muß, mit allen unseren Freunden zusammen auch formal vereint die Fahne voran zu tragen. (Stürmischer, minutenlanger Beifall und Händeklatschen.) Die draußen aber im Lande, die auf das Bekenntnis zur sozialen Tat warten, sollen erkennen, daß der große Freiheitsgeist im ganzen Zentrum lebendig ist. (Wiederholter stürmischer Beifall und Bravorufe.)

Eine tiefe Bewegung geht durch die Reihen der Delegierten, denn in diesem Augenblick ist die große Aufgabe, die sich dieser Parteitag gestellt hat, erfüllt. Vorsitzender Marx erklärt darum auch, daß die Worte von Dr. Wirth den schönsten Schluß des Parteitages bilden. Wir sind zu Ende mit den Auseinandersetzungen mit ihm. Gerade jetzt angesichts der Vorgänge auf dem Deutschnationalen Parteitag in Berlin sind wir der Ueberzeugung, daß die Deutsche Zentrumspartei als Partei des Ausgleichs für die Wohlfahrt des ganzen deutschen Vaterlandes durchaus notwendig ist. Ich schlage in die Hände ein, die Wirth uns entgegengestreckt hat. (Stürmischer Beifall.) Wir werden die Auseinandersetzungen untereinander in dem Geiste der Versöhnlichkeit und der friedlichen Verständigung fortsetzen und über die Mittel und Wege uns weiterhin in brüderlicher Liebe aussprechen.

Jedenfalls ist nunmehr die Einheit der Partei und der Fraktion durch den Ausgang des Parteitags gewährleistet. (Lebhafte Zustimmungskundgebungen.)

Es wird sodann noch folgende Entschließung bez. der Presse eingebracht und angenommen:

„Eine leistungsfähige, ihrer Verantwortung bewußte Presse muß grundsätzlich frei und unabhängig sein. Das gilt selbstverständlich auch für die Zentrumspresse.

Um als Parteipresse wirken zu können, muß die Presse das ernste Streben haben, möglichst in Einklang zu bleiben mit der Parteileitung und den verschiedenen Fraktionen. Diese kann dadurch erreicht werden, daß möglichst häufige und regelmäßige Aussprachen zwischen den Vertretern der Presse und der Leitung der Partei und den Fraktionen stattfinden. Die offiziöse Parteikorrespondenz muß weiter ausgebaut werden, namentlich in Bezug auf die parlamentarische Berichterstattung. Beiträge der Abgeordneten müssen unter Berücksichtigung der Eigenart der einzelnen Blätter mehr wie bisher in der Presse erscheinen. — Es ist wünschenswert, daß die Vertreter der Provinzpresse in Berlin sich wenigstens soweit zusammenschließen, daß sie ihre Büros in einem einzigen Hause einrichten. — Endlich sollen regelmäßige Kurse zur Weiterbildung und Instruktion besonders der jüngeren Redakteure abgehalten werden."

Des weiteren wird ein Antrag der Zentrumspartei Berlin angenommen:

Der Reichsparteitag der Deutschen Zentrumspartei anerkennt die mühevolle von starkem Pflichtgefühl getragene parlamentarische Arbeit, die die Zentrumsfraktion des Reichstages geleistet hat und spricht ihr dafür seinen Dank aus.

Ebenso einmütig wie die vorangegangenen Entschließungen werden dann

diese Entschließungen im Fall Wirth und die Entschließung zur Außenpolitik (Locarno)

angenommen.

1. Entschließung.

Der Reichsparteitag stellt fest, daß in allen grundlegenden politischen Fragen Uebereinstimmung in der gesamten Partei besteht. Umso mehr bedauert er, daß die Aussprache über die praktische Behandlung dieser Fragen nicht in allen Punkten zu einer vollen Einigung geführt hat. Er beauftragt den Parteivorstand mit der Fortführung der diesbezüglichen Verhandlungen.

Ein stiller Herbst

Von Fritz Walter.

Auch die siebzig Jahre hatten die zierliche, schneeweißhaarige Dame mit dem blassen Gesicht, aus dem ein Paar kluge, dunkle, herzensgütige Augen hervorleuchteten, nicht mehr gebeugt, als ein im hohen Alter erst in Sorgen geratenes Leben mit sich brachte. Ihre Not, die durch den Verlust des Vermögens, von dessen Zinsen sie als die einzige Tochter eines wohlhabenden Apothekers gelebt hatte, entstanden war, ertrug sie in der ihrer Natur eigenen sanften Gelassenheit. Nur wenige Bekannte aus den Zeiten, als ihre Eltern noch gelebt und in ihrem gastlichen Haus viel geselligen Verkehr gepflegt hatten, waren noch am Leben. Bis auf eine einzige Jugendfreundin starben in den Notjahren nach dem Krieg alle dahin.

Trotz der Unterstützungen, die ihnen zuteil wurden, nagte der Kummer an ihrem feinen, blumenhaft zarten Herzen, die im Alter Ruhe und Frieden brauchten, und fraß der Gram über den jähen Untergang einer fast traumhaft erlebten, glücklichen Zeit an ihren tränenlosen, in verborgener Sehnsucht hinsiechenden Augen.

Dann kam immer mehr die Einsamkeit. Selbst der Besuch der letzten Freundin, die etwas zu kränkeln begann und viel ihr einziges Zimmer im nahen Heim für alte Damen hüten mußte, wurde seltener. Wenn sie aber gekommen war, dann hatte man rasch die blütenbemalten Porzellantassen aus der Kommode mit den kostbaren Schnitzereien aus Urgroßvaters eigener Werkstatt hervorgeholt. Bald dampfte ein duftiger Kaffee in der großen Familienkanne und erwärmte die alten Damen zur Unterhaltung über die kleinen Dinge ihres kargen Daseins.

Sie erzählten sich, wer ihnen da und dort noch etwas an Lebensmitteln oder gar etwas zum Naschen zugeschickt hatte und wie der Hauswirt so gütig war, die Miete zu erlassen; denn die konnten sie nicht mehr bezahlen und hatten dem Manne die Möbel als Eigentum verschrieben, wenn sie sterben würden. Das würde nicht mehr lange dauern.

So war auch das letzte Jahr vergangen. Der Kastanienbaum vorm Haus hatte seine roten Kerzen aufgesteckt, die bald im Wind verwehten. Auf der Straße war der Verkehr vorübergezogen. Das waren immer dieselben Vorgänge ohne Abwechslung. Manchmal schmückte ein Strauß Blumen das traute Stübchen der alten Dame. Wenn dann die Sonne durch die hellen Fenster hereinstrahlte und die ehrwürdigen Möbel in einen Dunst von blinkendem Goldstaub hüllte, war ein stiller Feierabend geworden, wie man ihn nicht schöner denken konnte. Dann tauchte das Leben wie in einem wundersamen Märchenspiegel, verklärt und umgaukelt von den Klängen einer silberhellen Melodie, vor der alten Dame noch einmal auf und nickte ihr zu wie ein seltsames Zauberbild.

Mit einmal kam die Freundin nicht wieder. Das stille Stübchen wurde von keinem freundlichen Menschen mehr betreten. Das Alleinsein machte die alte Dame ganz wirr im Kopfe. Sie ging nicht mehr aus dem Zimmer, als fürchtete sie sich. Sie aß auch nichts mehr. Die Schalheit des Lebens zehrte an ihr wie ein inneres Fieber. Sie lebte nur noch in sich hinein, in ihre sanfte Vergangenheit. Das ertrug das schwache Herz nicht lange. Eines Morgens stand es still. —

Nun liegt die alte Dame draußen bei den andern Toten, auch so den Lebenden unsichtbar; doch mit den einstigen Freunden in lautlosem Gespräch.

Jean Paul-Feier in Bayreuth

Vom Jahre 1804 ab bis zu seinem Tode am 14. November 1825 lebte Jean Paul Friedrich Richter in Bayreuth; dort wurde er begraben, dort auf den Plätzen im markgräflichen Barock, in den liebevollen Gassen ist heute noch sein Geist heimisch; und bei Bayreuth steht noch heute die „Rollwenzelei", in der er gedichtet und gezecht hat. Dorthin pilgerten am Nachmittag des 15. November die zahlreichen Festteilnehmer der Erinnerungsfeier, die an diesem und dem Vortag in Bayreuth stattgefunden hatte. Sicherlich die größte Gedenkfeier zu Ehren von Jean Paul 100. Geburtstag. Stand doch an ihrem Anfang die Gründung der „Deutschen Jean Paul-Gesellschaft", die ihren Sitz in Bayreuth haben wird und alle die umfassen soll, denen Jean Pauls Leben und Schreiben heute noch von Bedeutung ist. Dieser denkwürdigen Gründungssitzung, die von dem Regierungspräsidenten von Oberfranken, Seiner Exzellenz von Ströbenreuther, geleitet wurde, wohnten die Jean Paul-Forscher Dr. Berend-Berlin und Dr. Harig-Königsberg bei, Geheimrat Dr. von Gruber, der Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaft, Prof. Dr. Zahn, der Vorstand des Bayerischen statistischen Landesamtes München, der geistige Vater der Deutschen Jean-Paul-Gesellschaft, Prof. Wirth-Leipzig, Prof. Dr. Franz Muncker-München, die Bürgermeister von Wunsiedel und Hof, Oberbürgermeister Preu-Bayreuth und der in Bayreuth lebende hochbetagte Nachkomme Jean Pauls, der Schriftsteller Karlenberg.

Der ernsten Gründungsfeier folgte ein Fackelzug der Bayreuther Schuljugend zum Denkmal des Dichters vor dem Gymnasium, an dem fast die gesamte Bevölkerung der Stadt im Schein von Hunderten von Fackeln und Tausenden von Kerzen dem genius loci begeisterte Ehrung darbrachte. Zu vorgerückter Abendstunde fand dann im Sonnensaal eine Begrüßungsfeier statt. Für die Stadt Bayreuth ergriff Rechtsrat Keller das Wort, um in warmen Worten alle die Ehrengäste zu begrüßen, die großen Teils schon am Nachmittag der Gründungsversammlung angewohnt hatten; es war inzwischen noch eingetroffen der Rektor magnificus der Universität Erlangen, Prof. Dr. Gradmann; das Staatsministerium des Innern und das Kultusministerium hatten Grüße und Wünsche übersandt. Ebenso der bayerische Staatspräsident. Besonders feierte Rechtsrat Keller Herrn Prof. Dr. Zahn; sodann ergriff Geheimrat Dr. Gruber das Wort, um Jean Paul als den „Lebenden" zu feiern, der uns lehrt, die Welt mit den Augen der Güte zu schauen. Geheimrat Prof. Dr. Muncker-München — ein geborener Bayreuther — überbrachte die Grüße der Universität und ihrer philosophischen Fakultät, wie auch die Wünsche der neugegründeten „Deutschen Akademie". Die Reihe dieser Begrüßungsansprachen beschloß ein allzu breit geratener Vortrag von Prof. Wirth-Leipzig, dem Nachfolger auf dem Lehrstuhl Wilhelm Wundts, der mit unfreiwilliger Komik von Jean Paul auf Eckener und Amundsen zu sprechen kam und gar noch für die Schaffung einer Jean Paul-Stiftung für unbemittelte Studierende sich einsetzt. Eine Prachtleistung akademischer Weltfremdheit!

Spät am Abend kam dann endlich der Dichter selbst zu Wort, dessen Interpret der überaus beliebte Münchener Spielleiter und Hofschauspieler Fritz Basil war, der mit gelabtem Pathos freilich die glaszarte Prosa Jean Pauls, die seinen Stimmitteln so sehr konträr ist, zerschmetterte. Aber: Jean Paul-Rezitationen werden ja wohl immer ein ungelöstes Problem bleiben.

Ein Fest ganz besonderer Art war sodann die Sonntag-Morgenfeier im Opernhaus, wohl dem schönsten Barocktheater Deutschlands. In diesem Raum mit seiner verwirrenden Fülle von

2. Entschließung.

Die tatsächliche Entwicklung der deutschen Politik stellt die Zentrumspartei vor die Aufgabe, die politische Linie in Locarno initiativ weiterzuführen. Im Vertragswerk von Locarno erblicken wir den Anfang einer friedlichen Zusammenarbeit der Nationen. Der Eintritt in den Völkerbund stellt Deutschland vor die schwere Aufgabe, seine nationale Freiheit, seine Selbstbestimmung, die endgültige Lösung deutscher Lebensfragen am Rhein wie im Osten inmitten der Solidarität der im Bunde zusammengeschlossenen Völker zu erstreben und sicherzustellen.

Diese Politik vermag die Deutsche Zentrumspartei nur an der Seite derjenigen Parteien durchzuführen, die gleich ihr entschlossen sind, diesen Weg aufrichtig und ohne Schwanken zu gehen.

In diesem Sinne billigt der Reichsparteitag die klare und einmütige Stellungnahme der Reichstagsfraktion vom 4. November d. J. und erwartet von ihr, daß sie alle Kraft für die Durchführung der oben bezeichneten politischen Aufgabe einsetzen wird.

Der Reichsparteitag beschließt, daß der Reichsparteiausschuß in seiner bisherigen Zusammensetzung bis zum nächsten Reichsparteitag bestehen bleibt.

Der Vorsitzende Marx ergreift hierauf das Wort zu einer

Schlußansprache,

die die Delegierten mit sichtlicher Ergriffenheit anhören. Wir stehen am Schlusse, so führt Marx aus. Wohl selten hat es einen Parteitag von der Bedeutung dessen gegeben, wie der, der jetzt hinter uns liegt. Das trifft sowohl in außenpolitischer wie in innenpolitischer Beziehung zu.

Ich glaube, daß wir innerpolitisch zu einem außerordentlich befriedigenden Resultat gekommen sind. Wir dürfen mit Befriedigung darauf zurückblicken, was sich hier in den letzten Stunden vor unseren Augen abgespielt hat. Wir können guten Mutes in die Heimat zurückkehren.

Bezüglich Locarno hat der Parteitag zu einer entschiedenen und klaren Einstellung in Uebereinstimmung mit der Haltung der Zentrumspartei geführt.

Backe mit „Backin"

dann bist du sicher! Das ist der erste und beste Rat erfahrener Hausfrauen, die auf ihr Backen stolz sind. Dr. Oetkers's Backpulver „Backin" hat sich seit über 30 Jahren in Millionen von Haushaltungen glänzend bewährt. Der Verbrauch ist von diesem Zeitpunkt an ständig gestiegen und steigt auch heute noch. Einen besseren Zuverlässigkeitsbeweis gibt es nicht.

Versuchen Sie bitte:

Käse-Kuchen

Zutaten:

Teig: 65 g Butter, 60 g Zucker, 150 g Weizenmehl, 1 Ei, 2 Teelöffel von Dr. Oetker's Backpulver „Backin"

Belag: 1½ Pfd. Quark, 200 g Zucker, 1 P. Dr. Oetker's Vanillin-Zucker, 2 Eier, d. Weiße. Schnee gesch., 75 g Dr. Oetkers's Gustin, 150 g Korinthen, Etwas sauren Rahm

Zubereitung: Zuerst bereitet man den Mürbeteig. Ei und Zucker werden mit einem Teil des mit dem Backin gemischten Mehles verrührt. Dann arbeitet man die kaltgestellte und in Stückchen zerpflückte Butter mit dem Rest des Mehles unter die Masse und fügt nötigenfalls soviel Mehl hinzu, daß sich der Teig ausrollen läßt. Mit dem fertigem Teig belegt man den Boden einer Springform. Den Quark hat man währenddessen auf einem Sieb gut ablaufen lassen, reibt ihn durch ein feines Sieb und verrührt ihn sorgfältig mit etwas saurem Rahm zu einer glatten Masse. Dann gibt man nach und nach Zucker, Vanillinzucker, Eidotter, Gustin und Korinthen hinzu und verrührt nochmals gut. Zuletzt hebt man vorsichtig, den Eiweißschnee unter die steife Quarkmasse, streicht diese auf den Teig und backt den Kuchen bei guter Mittelhitze ca. 50 Minuten. 1249

Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher kostenlos in den Geschäften, wenn vergriffen, umsonst und portofrei von:

Dr. A. Oetker, Bielefeld

Unsere klare Stellung zur Verfassung herauszuarbeiten, war Bedürfnis. Wenn Wirth die Aeußerungen von Westarp und die Verhandlungen des deutschnationalen Parteitages als verderblich und gefahrdrohend hingestellt hat, so ist es auf der anderen Seite gut, daß diese Herren sich decouvriert haben in vollkommenster Weise. Nun werden auch diejenigen Kreise, die vielleicht geglaubt haben, sich aus nationalen Gründen von uns trennen zu müssen, sich darüber klar werden, wohin dieser Weg führt. Nicht echte Vaterlandsliebe, sondern einseitiger Fanatismus und die Unfähigkeit, ein Volk aus tiefer Not emporzuführen, sowie eine völlige Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse und dessen, daß die Idee des Friedens in der ganzen Welt Fortschritte gemacht hat, sind das Motiv solcher Stellungnahme. Hoffentlich hat das seine gute Reaktion auf den vernünftigeren Teil unserer Bevölkerung.

Wir stellen uns bewußt auf den Boden der Verfassung, und sie ist bedroht von weiten Kreisen. Wir wollen diese Gefahr nicht unterschätzen und uns umso fester scharen um die Verfassung von Weimar. Rückblickend auf die große Vergangenheit der Zentrumspartei wollen wir unserem Volk Ruhe schaffen, sichere Zeiten und darauf vor allem unser Bestreben richten, in der schweren wirtschaftlichen und finanziellen Krise, in der unser Volk augenblicklich steht.

Wir wollen nicht, daß jene die monarchistische Gesinnung haben, sich von uns wenden, aber wir halten zur Republik als der gegenwärtigen Staatsform. Wenn wir jetzt wieder hinausgehen, wollen wir Beruhigung hineintragen in die Wählerschaft, mit Kraft und Mut eintreten für die Grundsätze der Zentrumspartei, den Kreisen entgegentreten, die Besorgnisse hegen, als wichen wir von unseren christlichen Grundsätzen ab. Die nächsten Monate werden uns reichlich Gelegenheit geben, zu zeigen, daß leider allein die Zentrumspartei (die bayerische Volkspartei rechne ich hierbei immer dazu) der Fels ist, auf den man sich verlassen kann. Wir stehen vor der Entscheidung über die Schulgesetzgebung vor einer wichtigen Entscheidung der sonstigen Kulturpolitik. Als vor einigen Jahren der Versuch gemacht worden ist, einen Gesetzentwurf über die Erleichterung der Ehescheidung vor den Reichstag zu bringen, da hat die Zentrumspartei erklärt, daß sie in diesem Falle ihre Mitglieder aus dem Kabinett ziehen würde. Alle anderen Parteien haben keinen Widerstand entgegengestellt. Noch einmal forderte Marx auf, einig und treu zur Fahne des Zentrums zu stehen, unverzagt weiterzuarbeiten zum Wohle der Partei und des ganzen deutschen Vaterlandes. Nach den Schlußworten von Marx forderte Rechtsanwalt Henry-Bonn die Versammlung auf, dem bewährten hochverdienten Vorsitzenden der Partei, dem Reichskanzler a. D. Marx den Dank abzustatten für die opfervolle Arbeit der Leitung des Parteitages, für die unerschütterliche Ruhe und Objektivität, mit der Marx die schwierigen Verhandlungen geleitet habe. Er knüpfte daran den Wunsch, daß die Partei noch lange Jahre den erfolgreichen Führer an ihrer Spitze sehen möge. Ein dreifaches donnerndes Hoch auf den Parteichef Marx tönte durch den Saal, dem alsbald ein weiteres dreifaches Hoch auf das deutsche Vaterland folgte. Dann stimmte die Versammlung spontan das Deutschlandlied an, mit dem der Parteitag seinen erhebenden Ausklang fand.

*

Der Parteitag von Kassel

Karlsruhe, 18. November 1925.

Die Kasseler Tagung der deutschen Zentrumspartei ist gestern abend um 6 Uhr zu Ende gegangen und wir können sagen — trotz aller Kritik und trotz freiester Diskussion — harmonisch zu Ende gegangen. Als wir gestern abend die prächtige Stadthalle verließen, die sich die Kasseler in den Jahren 1912—1914 vor dem Kriege erbaut haben, und die von der Wilhelmshöhe nach dem Stadtinnern führende lange, lange Hohenzollernstraße hinunter gingen, um in die Elektrische einzusteigen, da hatten wir ein Gefühl der Erleichterung, denn es waren Besorgnisse ausgeräumt, die zu Anfang und im Verlauf der Tagung nicht unbegründet erschienen.

Wir lieben die Schönfärberei nicht, denn sie nützt gar nichts, sondern schadet, weil sie die Augen künstlich verkleistert. Wir gestehen ruhig zu, daß die Tagung Momente aufwies, die den Ernst der Lage für das Zentrum unmittelbar vor aller Augen stellten. Kein früherer Parteitag brachte so dramatische Augenblicke, wie dieser, auf dem zum ersten Male die weiteste Oeffentlichkeit insofern beteiligt war, als die Presse aller Parteien zu den Verhandlungen der Delegierten im Plenum Zutritt hatte und Zeuge oft höchst kritischer und persönlicher Ausführungen sein konnte. Um so befriedigter aber waren wir vom Ausgang der Tagung, der den Ruf des Zentrums, daß es sich immer wieder in Einigkeit und Geschlossenheit zusammenfinde, erneut bestätigte.

Was zunächst ungemein anregend wirkte, das war die — man kann ruhig sagen — rücksichtslose Offenheit, mit der gesprochen wurde und zwar hinter den Kulissen in den Beratungen des Ausschusses und der Kommissionen, wie vor den Kulissen im Plenum in dem dunkel-violetten-schwarzen Saal mit der Bühne und den mächtigen jonischen Säulen, die eine mit vergoldeten Rosetten geschmückte Renaissancedecke mit herabhängenden gläsernen Kronleuchtern tragen. Dann und wann blitzte es, und ein Scherz, der auch einmal mit satyrischer Sprengladung versehen war, schlug ein. Aber zu einer wirklich gefährlichen Explosion kam es nicht. Wir sahen: auch ein Zentrumsparteitag kann die volle Oeffentlichkeit ertragen. Und das war gut so: hatte doch ein anderer „Augustinus vom Grund" in der Frankfurter Zeitung allerlei Märchen erzählt von der Regie der Parteileitung, die alles so einzurichten bemüht gewesen sei, daß nichts passieren könne. Von dieser Regie haben wir weder in den Ausschußsitzungen, noch in den Plenarsitzungen irgend etwas bemerkt. Und wenn die Verhandlungen in Ordnung, wenn auch öfters mit scharfem Temperament geführt wurden, so war das nicht Regie, sondern geistige Höhe und Verantwortungsgefühl der Teilnehmer. Wir hatten uns allerdings schon vor der Tagung gesagt: so dumm wird doch niemand sein, die offene Aussprache durch künstliche Anordnungen beschneiden und dirigieren zu wollen. Eine Partei, die so etwas machen würde, trüge den Todeskeim in sich, gegen den alle Regiekünste nichts nützten.

Das hohe geistige Niveau, das gerade den Kasseler Parteitag auszeichnete, war nicht weniger bei den Referaten als bei der Diskussion zu bemerken. Die Darlegungen des 1. Vorsitzenden Marx über die Zentrumspolitik in grundsätzlicher Hinsicht sind eine Musterleistung, die ihren Wert für alle Folgezeit behält und die Beachtung aller verdient, die Zentrumsgrundsätze und Zentrumsgeist kennen lernen wollen. Mit Fehrenbach trat der erste Redner auf, der in der stürmischen Zeit nach dem Austritt Dr. Wirths aus der Zentrumsfraktion mit im Mittelpunkt der Diskussion stand. Fehrenbach hat die Presse, auch die Zentrumspresse, nicht geschont; wir möchten hier nicht entscheiden, ob die Kritik in allem hieb- und stichfest war; aber sein Referat war im übrigen so eindrucksvoll und überzeugend, daß der stürmische Beifall, den es fand, sehr wohl verständlich war. Jedenfalls hat er den Nachweis, daß das Vorgehen der Fraktion in dem Wandel zwischen links und rechts vor den Grundsätzen und der alten Tradition der Partei sehr wohl bestehen kann, erbracht. Und das ist die Hauptsache. Und wir dürfen hinzusetzen, daß Fehrenbach das mit einer Frische und Lebendigkeit vorbrachte, die vergessen ließ, daß er über die Siebzig hinaus ist. Wir hätten gewünscht, daß alle die Ausführungen Fehrenbachs hätten hören können, die ohne Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse so manches an dem Verhalten der Fraktion zu kritisieren hatten. Und wir haben in der ganzen nachfolgenden Diskussion, die ebenso hoch stand, wie die Referate selber und Männer aus den verschiedensten Berufsschichten zu Worte kommen ließ, nichts gehört, was imstande gewesen wäre, die Darlegungen Fehrenbachs im wesentlichen irgendwie zu erschüttern.

Im Zusammenhang damit muß festgestellt werden, daß die Erwartung derer, die auf einen bösartigen Krach in der Zentrumspartei warteten und auf eine die Zentrumspartei spaltende Uneinigkeit Hoffnungen setzten, in keiner Weise erfüllt wurden. Im Gegenteil: Niemals wurden die Grundsätze und Richtlinien, nach denen im Zentrum zu verfahren ist, klarer herausgearbeitet als auf der Kasseler Tagung. Und immer wieder zeigte sich eine geradezu überwältigende Einmütigkeit im Grundsätzlichen, sodaß es ganz klar zu Tage trat, daß das Gerede vom rechten und linken Flügel, das aus der gegnerischen Presse leider auch in die Zentrumskreise gedrungen ist, in der Tat nur Gerede sei. Wir alle in Kassel wollten und wollen nur die Politik der Mitte, die alte bewährte Zentrumspolitik, die auf die christliche Glaubensüberzeugung und auf die christliche Sittenlehre aufgebaut ist. Da ist kein Unterchied zwichen Wirth und Fehrenbach, oder den Angehörigen der verschiedenen Stände, die sich zum Zentrum bekennen. Die außenpolitische Linie, die zum Vertrag von Locarno führte, hat im Zentrum keine Zweifler und keine Kritiker. Höchstens über die Art und Weise, wie es zu dem Vertrag von Locarno kam, hörte man kritische Aeußerungen. Daß aber die Außenpolitik den Primat über die Innenpolitik hat, daß die Verständigungspolitik weitergeführt werden muß, daß Locarno in dieser Richtung liegt, darüber ist sich bei uns alles so einig, daß für einen deutschnationalen Zick-Zack-Politiker nicht die geringste Hoffnung auf das Zentrum bleibt. Und ebenso klar und unwidersprochen, ja selbstverständlich erschien es daher, daß unsere Politik innenpolitisch nur mit jenen Parteien durchzuführen sei, die sich ohne Schwanken auf den Boden dieser Politik stellen. Die Wendung der „Täglichen Rundschau", daß Luther und Stresemann zwar Erfüllungspolitik trieben, Dr. Wirth aber „Auslieferungspolitik getrieben habe, fand nur Hohn und Spott oder entrüstetes Pfui. Und weiter wurde kein Widerspruch laut gegen die Forderung, daß unsere Innenpolitik christlich und sozial sein müsse, daß sie sich jenen im besonderen Maß hilfreich zuwenden müsse, die zu den Armen und durch die wirtschaftliche Not Gedrückten gehören. Das sind für die Zentrumsangehörigen solche Selbstverständlichkeiten geworden, daß es Aufsehen erregen würde, wenn jemand etwas anderes äußerte. In diesen Fragen macht sich beherrschend bemerkbar, daß die Zentrumspartei eine Weltanschauungspartei ist, die den Boden des positiven Christentums zur festen, unbedingt Richtung gebenden Grundlage hat.

Ganz ruhig können wir auch von der Frage und ihrer Behandlung auf dem Parteitag reden, die die Sensation des Kasseler Parteitages war und bleiben wird. Man war gespannt, wie der Kasseler Tag zu der Wirthfrage Stellung nehmen und wie Dr. Wirth selber sich verhalten werde. Die Beschäftigung mit dieser Angelegenheit führte zu den spannendsten Augenblicken. Allgemein sei gesagt, daß ein grundsätzlicher Unterschied zwischen dem, was die Zentrumspartei und -fraktion will und wollte und dem, was Dr. Wirth vertritt, nicht festgestellt werden konnte; nicht einmal der Versuch wurde von irgend einer Seite gemacht. Was Wirth will und was die Partei will, ist das Gleiche. Und Wirth selber erkannte das an, als er am Nachmittag des Tages, an dem er in der Frühe seinem Temperament die Zügel schießen ließ, zum letzten Mal sich zum Wort meldete und die Zentrumspartei als die Bannerträgerin der Freiheit feierte; dieser Fahne folge er und werde sich daher auch bemühen, wieder formell mit denen zusammen zu kommen, die politisch und weltanschaulich in gleicher Richtung mit ihm tätig seien. Damit ist die Grundlage zur letzten Einigung, zum Wiedereintritt in die Zentrumsfraktion des Reichstags vorhanden und ausdrücklich festgestellt. Das hat sofort der Vorsitzende Dr. Marx hervorgehoben. Und es muß der Wahrheit gemäß festgestellt werden, daß vielleicht niemand mit größerem Eifer sich bemühte, dies möglich zu machen, als Stegerwald, der immer als Gegenpol zu Wirth bezeichnet wird und in der Anwendung der parteipolitischen Mittel zum Ziel es vielleicht auch ist. Was den Willen zur Ueberwindung persönlicher Schwierigkeiten angeht, sei insbesondere auf die der Lage hervorragend gerecht gewordene Rede verwiesen, die Prälat Dr. Schofer in der Diskussion am Dienstag vormittag in ernster Stunde hielt.

Damit hat der Parteitag in Kassel seinen Willen zur Einigkeit auch in den taktischen Fragen in stärkster Weise bekundet, und der Wiedereintritt Dr. Wirths in die Zentrumsfraktion ist vorbereitet. Daß er auf diesem Parteitag schon erfolgen würde, konnte man schließlich nicht erwarten, da ein Alemannenkopf, wie der Wirths, immer seine besonderen Wege hat.

Im Bausch und Bogen unserer Meinung: Der Parteitag des Zentrums in Kassel ist ein Markstein in der Zentrumsbewegung. Er hat, wie keiner der bisherigen Parteitage nach dem Kriege, Klarheit nach allen Richtungen hin geschaffen und hat bewiesen, daß wir in unserer christlichen Weltanschauung den Wegweiser haben, der uns immer wieder die richtigen Wege weist zum Gedeihen des Vaterlandes und zum Wohl des deutschen Volkes in allen seinen Schichten. Darum klang am Schluß das Deutschlandlied, das ohne vorherige Ausmachung auf einmal von allen gesungen wurde.

Logen und Treppen und seiner so überreichen Zier an Plastiken und Stukkaturen erklang Richard Wagners Huldigungsmarsch; in diesem bezaubernden Rahmen sangen die jungen Mädchen der Stadt einen Jugendreigen; hier wurde uns Schillers Ode an die Künstler als Abschluß der Festouvertüre von Reinecke geboten, die den Nestor der Bayreuther Festspiele, Karl Kittel, ans Dirigentenpult führte. Sodann feierte Geheimrat Prof. Dr. Franz Munckert in seinem großangelegten Festvortrag Jean Paul als den treuen Sohn seiner oberfränkischen Heimat, als den Apologeten ihrer herb-lieblichen Landschaft. Er umriß das Schicksal des Dichters bis zu seinen Bayreuther Tagen. Endlich gab er noch eine Charakteristik der Gestalten in Jean Pauls Hauptwerken, um mit einer Betrachtung über den Stil und die literaturgeschichtliche Stellung des Dichters seinen Vortrag zu beschließen, der begeisterte Aufnahme fand.

Heinz Neuberger.

Bad. Landestheater. Shakespeares unsterbliche Komödie „Was Ihr wollt", deren Neueinstudierung und Neuinszenierung durch Felix Baumbach am Samstag, den 21. November, zum erstenmal in Szene geht, gelangt mit der Bühnenmusik von Günther Ramin und mit einer die einzelnen Szenen verbindenden Ueberleitungsmusik zur Darstellung, die für diesen besonderen Zweck von Heinrich Lewinger komponiert wurde. Insofern bei dieser Aufführung des Werks zum erstenmal nicht die solange gebräuchliche Schlegel-Tiecksche Uebersetzung, sondern die von Hans Rothe-Leipzig verwendet wird, dessen Uebertragungen einer Anzahl anderer Shakespeare-Dramen, wie „Macbeth", „König Lear", „Wie es Euch gefällt", „Richard der Zweite", „Kaufmann von Venedig", bereits durch andere führende Bühnen wiederholt benützt wurden und eingehende literarkritische Würdigung erfahren haben, darf sogar von einer „Erstaufführung" gesprochen und ein gesteigertes Interesse an diesem Shakespeare-Abend erwartet werden.

Die zweite Aufführung von Volkmar Andreaes erfolgreicher Oper in vier Akten „Abenteuer des Casanova", die am Freitag, den 20. November stattfindet, wird auf Einladung der Generaldirektion des Landestheaters der Komponist selbst dirigieren. — Am Sonntag, den 22. November geht unter musikalischer Leitung von Ferdinand Wagner „Lohengrin" in Szene. Den „Telramund" singt als Ehrengast Kammersänger Max Büttner, für den erkrankten Herrn Walter Warth. Den „Lohengrin" singt zum erstenmal Wilhelm Nentwig. Die übrige Besetzung ist die der Erstaufführung.

Karlsruher Künstler auswärts. Ueber ein Gastspiel der Karlsruher Kammersängerin Marie von Ernst am Mainzer Stadttheater schreibt eine dortige Zeitung: „Anstelle Frau von Hagens sang in der gestrigen „Fledermaus"-Aufführung Kammersängerin Maria von Ernst die Partie der Rosalinde. In dieser Künstlerin vereinigen sich die Vorzüge einer hervorragenden Sängerin mit denen einer geborenen und durch die Praxis zu letzter Bühnensicherheit gelangten Schauspielerin zu einer schlechthin idealen Einheit. Ein reines Entzücken, diesem schlanken, bis in die höchsten Lagen wundervoll ausgeglichenen und kristallklaren Sopran zu lauschen! Und welche Anmut und Schalkhaftigkeit des Spiels! Eine bessere Rosalinde hätte die Intendanz weit und breit nicht auftreiben können, und es ist nur zu wünschen, daß wir die ausgezeichnete Karlsruher Künstlerin recht bald wieder einmal in Mainz begrüßen dürfen."

Das Nationaltheater Mannheim hat die „Bacchantinnen des Euripides" in der Uebertragung von Berthold Viertel zur Uraufführung erworben. Die erforderliche Bühnenmusik wird auf Veranlassung des Intendanten Sioli von dem bekannten Mannheimer Komponisten Dr. Ernst Toch komponiert. — Am 25. November geht „Urfaust" in Inszenierung von Hermann Wlach erstmals in Mannheim in Szene. — **Kapellmeister Arthur Rosenstein** ist für die Dauer der Erkrankung von Werner von Bülow nach Mannheim verpflichtet worden.

Zwei Noten der Botschafter-Konferenz

Die Milderungen des Besatzungsregimes und die Räumung der Kölner Zone.

Von einem unserer außenpolitischen Mitarbeiter.

Zwei Noten der Botschafter-Konferenz sind fast gleichzeitig in die Hände der deutschen Regierung gelangt und von ihr veröffentlicht worden: Die Note über die Rückwirkungen und die Entwaffnungsnote, die zugleich den Termin über die Räumung Kölns bestimmt.

Auf den ersten Blick mag der Inhalt dieser beiden Noten weite Kreise enttäuschen, weil man sich vielleicht nach allem, was vorangegangen ist, viel mehr versprochen hatte. Das eine ist aber

nicht zu übersehen, daß immer und immer wieder als Hemmnis der „Vertrag von Versailles" bei allen Schritten Deutschlands und der Gegenseite hindernd im Wege steht. Nun ist an dem Vertrag von Versailles zur Zeit noch nichts zu ändern und zu rütteln. Das liegt einmal in den ganzen außenpolitischen Verhältnissen, und damit müssen wir uns vor der Hand abfinden. Zweifellos enthalten aber beide Noten doch schon den versöhnlichen Geist, der seit Locarno über Europa weht.

Durch den Vertrag von Locarno ist unter den furchtbaren Weltkrieg und die beinahe noch schlimmere Nachkriegszeit ein endgültiger Strich gezogen und das Verhältnis der Staaten untereinander neu geregelt worden. Die Entente als solche hat nunmehr aufgehört zu existieren und die Alliierten sind in gleichem Sinne Bundesgenossen von Deutschland, wie sie Bundesgenossen von Frankreich sind. Das ist ein so großer Fortschritt, daß man seine Folgen im Augenblick noch gar nicht übersehen kann, was hoffentlich nie der Fall sein wird, zur Zeit praktisch nicht auswirken.

Was aber vor allem für Deutschland der große Vorteil des Vertragswerkes von Locarno ist, das ist: Deutschland ist als völlig gleichberechtigter Machtfaktor wiederum in den Konzern der europäischen Mächte aufgenommen worden. Aeußerlich wird das demnächst auch noch seinen Ausdruck finden durch die Aufnahme in den Völkerbund. Und mit dem Eintreten Deutschlands in den Völkerbund wird sich die Position noch mehr zu unseren Gunsten verschieben und verstärken. Es lag in der Natur der Sache, daß bisher die Sieger mächte sich über das wenige Recht, was der Vertrag von Versailles noch gewährt hatte, mit der Macht des Stärkeren hinweggesetzt hatten. Mit Locarno ist dieser Geist des Imperialismus und Chauvinismus endgültig begraben und die tatsächliche Befreiung wieder in Europa eingekehrt.

Unter diesem Gesichtspunkte muß man auch die beiden obenerwähnten Noten betrachten. Ueberraschungen bieten die Rückwirkungen keineswegs, sie sind lediglich keine Rückkehr zu dem vertragsmäßigen Zustand, wie er im Vertrage von Versailles festgelegt ist. Es kommt hier in Betracht das sogenannte Rheinlandabkommen vom 28. Juli 1919, dessen grundlegender Artikel 3 dem Interalliierten Hohen Ausschuß lediglich die Befugnis gab, Verordnungen zu erlassen, soweit „das für die Gewährleistung des Unterhalts, der Unsicherheit und der Bedürfnisse der alliierten Streitkräfte notwendig" ist. Aus dieser rechtlich allgemein gefaßten Befugnis haben nun die Franzosen allmählich ein Verwaltungsnetz geschaffen, das die deutsche Verwaltungsmaschine vollständig brach legte und über das ganze Rheinland hin ein System von Einschränkungen breitete, das für die Bevölkerung schier unerträglich geworden war. Ursprünglich zählte, und das war der rechtliche Standpunkt des Rheinland-Instituts, der Interalliierte Ausschuß nur vier Personen, nämlich einen Franzosen, einen Engländer, einen Belgier und einen Amerikaner. Zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Abkommens bestand aber dieser Ausschuß aus nicht weniger als 1300 Köpfen, um weiterhin noch mehr anzuwachsen. Unter ihm standen eine Reihe Bezirksdelegierter und Kreisdelegierter, die nach einem dickbändigen Werk von vielen Ordonnanzen meist politischer Art das politische wie das gesamte öffentliche Leben des Rheinlandes fast brach legten. Wir erinnern hier an die vielen Versammlungs- und Vereinsverbote, Verkehrssperren, Einreiseverhinderungen, Ausweisungen, Unterbindungen deutscher Verwaltungsmaßnahmen, ja selbst Verbote von Erlassen der deutschen Regierung usw.

Nunmehr soll nach der neuesten Note der Botschafterkonferenz über die Rückwirkungen jede Einmischung in die Verwaltung aufhören. Vor allem sollen die zum größten Teil unhaltbaren Verordnungen der Kriegsgerichte revidiert und die Kriegsgerichte selbst wesentlich eingeschränkt werden. Was das für Vorteile sind, kann nur derjenige beurteilen, der im Rheinlande selbst lebt und der beständig Objekt und Zeuge dieser furchtbaren Gewaltmaßnahmen der Gegenseite war. Triumphieren können wir von deutscher Seite über diese Rückwirkungen in keiner Weise, im Gegenteil, sie bleiben noch weit hinter dem zurück, was wir eigentlich und auch vom Rechtsstandpunkte aus fordern können und fordern müssen. Aber so ist ein erster Anfang und im Verlaufe der gegenseitigen Annäherung und der weiteren Befriedung Europas müssen wir deutscherseits immer wieder darauf dringen, daß auch der letzte Rest einer Vergewaltigung Deutschlands und auch der letzte Schein derartiger Maßnahmen verschwindet, ja, daß im Laufe der Zeit der Versailler Vertrag selbst vollständig in den Hintergrund tritt und Deutschland, wie man das in den breiten Volksmassen von Anfang an erhofft hatte, vor der Zeit vollständig frei von fremder Besatzung wird. Wenn diese jetzt von zirka 140 000 Mann auf 40 000 Mann ermäßigt wird, so ist das ja immerhin schon ein Fortschritt, wenn man bedenkt, was bisher die fremden Besatzungen an Wohnraum, an Schulen und Kirchen für sich in Anspruch genommen haben.

Was die Note über die Räumung Kölns angeht, so ist aus ihr die immerhin erfreuliche Tatsache zu konstatieren, daß jetzt nicht nur der Anfangstermin, der 1. Dezember, bestimmt ist, sondern auch der Endtermin, der 31. Januar, äußerstenfalls der 20. Februar, „als der Zeitpunkt, an dem die Räumung beendet sein soll". Auch hier wird nur lediglich ein alter deutscher Rechtsanspruch erfüllt und große Genugtuung über das erreichte Ziel braucht man deshalb in Deutschland nicht einmal so sehr empfinden. Aber auch diese Note atmet immerhin schon von dem Geiste von Locarno, wenn man bedenkt, daß die Entente dieses Versprechen macht, ohne daß sämtliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und ihr über die Entwaffnung vollends aus dem Wege geräumt sind. Es stehen die beiden Hauptfragen noch zur Entscheidung, nämlich die Frage der Stellung des Generals Seeckt und die Frage der Schutzpolizei.

Ein amtliches Communique zu dem Notenwechsel mit der Botschafterkonferenz

Berlin, 17. Nov. (Funkspruch.) Das letzte Stadium der Verhandlungen über die Entwaffnungsfrage wird durch die nachfolgende Veröffentlichung derjenigen Schriftstücke, nämlich:

1. Die deutsche Note an die Botschafterkonferenz vom 23. v. Mts.,
2. die Note der Botschafterkonferenz vom 6. d. M.,
3. die mündliche Erklärung des Generalsekretärs der Botschafterkonferenz vom 14. ds. Mts., sowie

endlich durch die bereits heute morgen veröffentlichte Note über die Räumung der nördlichen Rheinzone gekennzeichnet. Wie sich aus diesen Schriftstücken ergibt, lagen zwischen der Note der Botschafterkonferenz vom 6. ds. Mts. und der Erklärung des Generalsekretärs der Botschafterkonferenz weitere Verhandlungen. Diese bezogen sich auf folgende Punkte:

1. Polizei: Die von der deutschen Regierung in dauernder Fühlung mit den Länderregierungen geführten Verhandlungen hatten über die meisten Fragen bereits zu einer Verständigung geführt. Offen waren nur noch drei Punkte geblieben, nämlich die Art der Schutzpolizeibeamten, die Amtsbezeichnung der Schutzpolizeioffiziere und die Stärke der kasernierten Polizei.

Die nunmehr vereinbarte Regelung bewegte sich den Wünschen der Länder entsprechend in der Richtung, daß die Schutzpolizeibeamten auf Grund der in den einzelnen Ländern geltenden allgemeinen beamtenrechtlichen Bestimmungen oder auf Grund der für die obige Polizei geltenden Sonderbestimmungen angestellt werden können. Hinsichtlich der Amtsbezeichnung der Polizeioffiziere sowie hinsichtlich der Kasernierung ist den polizeilichen Notwendigkeiten der deutschen Länder Rechnung getragen worden.

2. Oberbefehl: Bei der Frage des Oberbefehls handelt es sich um die Stelle des Chefs der Heeresleitung gemäß den Bestimmungen des Vertrages von Versailles. Seine Befugnisse sollen durch eine Verordnung umschrieben werden, die dem Artikel 8 des in Geltung befindlichen Wehrgesetzes vom 23. März 1921 entsprechen.

3. Ausbildung der Truppen: Hier waren noch einige Punkte strittig, die auf die Ausbildung der einzelnen Truppengattungen mit bestimmten Waffen sich bezogen. Für diese Punkte ist jetzt eine Regelung gefunden, die den militärischen Notwendigkeiten der Reichswehr in genügender Weise Rechnung trägt.

4. Festung Königsberg: Die noch offene Frage der Armierung der Festung ist dahin geregelt worden, daß die schweren Geschütze der Festung entsprechend den deutschen Wünschen ihre Lafetten behalten.

5. Die Handhabung der in Deutschland bestehenden privaten Verbände und Organisationen: Es handelt sich nicht um die Auflösung der Verbände, sondern die Handhabung des Gesetzes vom 22. März 1921, das die militärische Betätigung dieser Verbände verbietet. Das Gesetz wird durch eine Ausführungsverordnung erläutert werden.

Die vorstehend behandelten Fragen haben insgesamt schon seit langem den Gegenstand schwieriger Auseinandersetzungen mit der Interalliierten Militärkommission gebildet. Sie waren es in erster Linie, die bisher einer endgültigen Erledigung der Entwaffnungsfrage entgegenstanden. Nachdem nunmehr auch für diese Fragen die grundsätzliche Regelung gefunden ist, bleibt von der gesamten Entwaffnungsfrage nur noch die letzte technische Abwicklung von Einzelpunkten übrig, bei der neue Schwierigkeiten oder Meinungsverschiedenheiten mit den alliierten Regierungen nicht mehr zu befürchten sind. Dementsprechend ist auch die den Alliierten Militärkontrollkommissionen noch verbleibende Aufgabe nur eine rein technische, die nicht allzulange Zeit in Anspruch nehmen wird. Mit dem Abbau der Stellen ist bereits begonnen worden.

Hymans und Jaspar zu den Verträgen von Locarno

Brüssel, 17. Nov. In der belgischen Abgeordnetenkammer haben heute außer Vandervelde auch Hymans und der frühere Außenminister Jaspar über die Verträge von Locarno gesprochen. Hymans sagte, wir können zu der Garantie des Vertrages Vertrauen haben. Es sei zu hoffen, daß der Wille aller daran beteiligten Nationen die Herstellung eines dauerhaften Friedens ermögliche. Jaspar behandelte den Vertrag mit Vorbehalt und zweifelte, ob Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommen würde.

*

Amerika und die Beschränkung des U-Boot-Baues

Paris, 18. Nov. (Funkspruch.) Der „New-York-Herald" meldet über die Haltung des Weißen Hauses in der Frage der Unterseeboote, daß die amerikanische Regierung bereit sei, wohlwollend jeden Vorschlag Groß-Britanniens oder irgend einer anderen Macht, der auf die völlige Abschaffung der Unterseeboote hinausgehe, in Erwägung zu ziehen. Präsident Coolidge erklärte auf die Frage, daß die Politik der Vereinigten Staaten die Beschränkung der Seerüstungen aufgrund der Washingtoner Beschlüsse begünstigt. Nach dem „Petit Parisien" wird im Weißen Hause erklärt, daß, obwohl Frankreich es bisher versäumt habe, sich den Teil des Washingtoner Abkommens, der die Verwendung von Gasen betreffe, anzuschließen, die Ansicht des Präsidenten Coolidge dahingehe, daß eine Anregung in dieser Richtung von Frankreich ausgehen müsse, da es allein Sache der französischen Regierung sei, hierüber zu entscheiden. Ueber die Einberufung einer Abrüstungskonfrenz sei der Präsident der Ansicht, daß für den Augenblick keine Erklärung abgegeben werden könnte. Die Vereinigten Staaten hätten ihre Haltung inbezug auf die U-Boote, die sie auf der Konferenz von Washington eingenommen hätten, nicht geändert. Für den Augenblick sehe man auch keinen Grund zu einer solchen Abänderung. Der Präsident werde jedoch jeden Vorschlag in der U-Bootfrage, der ihm unterbreitet werde, in Erwägung ziehen.

„Petit Parisien" bemerkt dazu, daß, so verhüllt diese Erklärungen auch seien, man doch aus ihnen schließen könne, daß die amerikanische Regierung, wenigstens für den Augenblick, wenig bereit sei, eine Initiative zur Einberufung einer neuen Abrüstungskonferenz zu ergreifen. Ebenso werde auch keine Konferenz mit einem beschränkteren Ziel, wie etwa nur in der U-Bootfrage, einberufen werden. Man müsse darauf hinweisen, daß die Beschränkung des U-Bootbaues zwar von der öffentlichen Meinung begünstigt sei, aber die Sachverständigen des amerikanischen Marineamtes für die U-Bootwaffe der Ansicht seien, daß sie nach wie vor für die nationale Verteidigung notwendig sei.

*

Die Handelsvertrags-Verhandlungen mit Polen

Berlin, 18. Nov. (Funkspruch.) Ueber den Stand der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen erfährt der „Tag": Gestern trafen im Auswärtigen Amt die Ausschüsse der Delegationen unter dem Vorsitz der beiderseitigen Bevollmächtigten zu einer Besprechung über das nächste Arbeitsprogramm zusammen. Nach eingehender Aussprache einigte man sich dahin, eine Kommission für Industrie- und Agrarprodukte zu bilden, die im Laufe der nächsten Woche ihre Arbeit beginnen soll.

*

Zusammensetzung des tschechischen Abgeordnetenhauses

Prag, 18. Nov. (Funkspruch.) Das Abgeordnetenhauses wird sich nach Erledigung des zweiten Wahlganges am kommenden Sonntag wie folgt zusammensetzen:

Tschechische Agrarier 45 (42), Kommunisten 42 (27), tschechische Volkspartei 31 (21), tschechische Sozialdemokraten 29 (52), tschechische Nationalsozialisten 28 (27), Bund der Landwirte 24 (13), Slovakische Volkspartei 23 (11), deutsche Sozialdemokraten 18 (30), tschechische Nationaldemokraten 13 (22), tschechische Gewerbepartei 13 (6), deutsche christlich Sozialen 12 (9), deutsche Nationalpartei 10 (10), deutsche Nationalsozialisten 6 (3), ungarische christlich Sozialen 4 (4), polnischer Verband 1 (0), landwirtschaftliche Ruthenen 1 (0).

Die Koalitionsparteien, einschließlich der tschechischen Gewerbepartei dürfte also 159 Mandate erhalten, während die Oppositionspartei über 141 verfügt. Die Regierungsparteien erhielten im ganzen 3 185 801 Stimmen gegen 4 024 284 im Jahre 1920. Die Oppositionsparteien erhielten 3 920 487 Stimmen gegenüber 2 175 722 Stimmen. Der alte Prozentsatz der Regierungspartei betrug also 64,9 Pzt., während sich jetzt nur mehr 44,85 Pzt. ergeben. Die Oppositionspartei hat in dem alten Haus 33,9 Pzt. zu verzeichnen, während sie in dem neuen Haus 55,7 Pzt. einnehmen werden.

*

Verhaftung der Redakteure der „Zukunft"

Straßburg, 18. Nov. Der „Elsässer" von gestern meldet, in Straßburg behaupte sich das Gerücht von einem Gewaltstreich der Regierung gegen die „Zukunft", das Organ zur Verteidigung der elsässischen Heimatrechte. Das Redaktionspersonal und die Gründer des Blattes sollen verhaftet werden. Die Verhaftungsbefehle sollen bereits unterzeichnet sein.

Trotz der vielen Fehlgriffe, die Frankreich in den sieben Jahren in Elsaß-Lothringen begangen hat, halten wir die französische Regierung doch nicht für dermaßen unpolitisch, daß sie einen solchen Akt der Gewalt anordnete. Diese Vernichtung der Meinungs- und Pressefreiheit in Elsaß-Lothringen schlüge dem Faß den Boden aus und könnte der Bewegung der Heimatrechte nur förderlich sein. Was könnte die Berechtigung, ja die Notwendigkeit der elsässischen und lothringischen Heimatrechtsbewegung besser beweisen.

*

Das neue italienische Arbeitsgesetz

Mailand, 18. Nov. (Funkspruch.) Der heute zusammentretenden italienischen Kammer wird ein neues Arbeitsgesetz vorgelegt, das die Aussperrung und den Streik verbietet und anordnet, daß alle Interessen obligatorisch den Schlichtungsinstanzen beim Apellationsgericht überwiesen werden müssen. Den Industriellen, die Arbeiter aussperren, wird mit Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr und hohen Geldbußen gedroht, den Arbeitern mit 1 bis 3 Monaten Gefängnis, den Streikführern mit 1 bis 2 Jahren, streikenden Beamten sogar mit Zuchthaus. An Arbeiterorganisationen werden in Zukunft nur noch die faszistischen Gewerkschaften bestehen, in denen sich Unternehmer wie Arbeiter der verschiedenen Berufsgruppen zusammenschließen. Die Arbeitsverträge sind auch für die Nichtorganisierten bindend.

*

Ungarische Abschiedsworte für den deutschen Gesandten

Budapest, 17. Nov. (Funkspruch.) „Nemzeti-Ujsag" meldet, die Ernennung des Budapester deutschen Gesandten Graf Welczek zum Botschafter in Madrid sei auf die Absicht der deutschen Regierung zurückzuführen, die Wirtschaftsbeziehungen mit Spanien zu regeln. Hierzu sei Graf Welczek besonders geeignet, zumal er nicht nur die Verhältnisse und die Sprache Spaniens genau kenne, sondern auch eine Spanierin, die Nichte des gewesenen Präsidenten von Chile, Bacmazela, zur Frau habe. Graf Welczek, der sein neues Amt Anfang Februar antreten soll, reist heute nach Berlin ab, um Beratungen zu pflegen. In ungarischen politischen Kreisen wird die Abberufung des Grafen Welczek sehr bedauert, da er sich hier eine besonders gute Stellung geschaffen hatte und überall große Sympathie genoß. Die Beziehungen zwischen Ungarn und Deutschland, die eine Zeitlang durch Mißverständnisse getrübt waren und jetzt in breitesten Schichten als so eng empfunden wurden, wie seit Andrassyi und Bismarck nicht mehr, seien zum größten Teil seiner Tätigkeit zuzuschreiben.

*

Vorschlag zu einer Konferenz der Arbeitgeber und Arbeitnehmer

London, 17. Nov. (Funkspruch.) Harold Bowen, ein englischer Industrieller, schlug für Weihnachten den Zusammentritt einer aus sieben Arbeitgeber- und sieben Arbeitnehmervertretern zusammengesetzten Konferenz vor, die die Aufgabe haben soll, die großen sozialen Probleme Englands einer Lösung zuzuführen. Bowen nimmt die Kosten dieser Konferenz auf sich und verspricht sich, wenn die Teilnehmer den guten Geist der Delegierten von Locarno mitbringen, einen großen Erfolg auf sozialem Gebiet. Sie werde den Beginn einer neuen Aera friedlicher Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeiführen.

*

Bombenwurf bei Saloniki

London, 18. Nov. (Funkspruch.) In Florina bei Saloniki wurde eine Bombe in ein vollbesetztes Café geworfen. 10 Personen wurden schwer verletzt. In griechischen Kreisen glaubt man, es mit einem Attentat bulgarischer Komitatschas zu tun zu haben.

*

50 000 Mann Verstärkung für Syrien gefordert

Damaskus, 17. Nov. (Funkspruch.) Aus Damaskus wird gemeldet, daß der französische Oberkommandierende in Syrien der Pariser Regierung einen Bericht eingesandt habe, in dem er die Entsendung von 50000 Mann zur Verstärkung fordert, um die Lage in Syrien wieder herzustellen. An der Grenze Palästinas ist von den Engländern der Belagerungszustand verhängt worden.

*

Aufstandsbewegung der Turkmenen

Paris, 18. Nov. Nach Meldungen aus Konstantinopel hat die Bewegung unter den Turkmenen erheblich zugenommen. Zahlreiche Banden durchziehen das Land und greifen die Garnisonen der Roten Armee an. In Samarkand haben am 17. November unbekannte Völker ein großes Granatlager zur Explosion gebracht. Mehr als 50 000 Granaten wurden zerstört. 20 Soldaten sind tot und mehr als 50 wurden verletzt. Die Stadt selbst hat keinen Schaden erlitten.

*

Ein deutsch-spanisches Handelsprovisorium unterzeichnet

Madrid, 18. Nov. Funkspruch. Heute wird in Madrid ein modus vivendi von der deutschen und der spanischen Handelsdelegation unterzeichnet, wodurch der Zollkrieg aufhört. Das Provisorium gilt für 6 Monate. Die Verhandlungen über einen endgültigen Handelsvertrag werden sofort aufgenommen werden.

*

Zu Mussolinis Besuch in London

London, 18. Nov. Funkspruch. Wenn kein unvorhergesehenes Ereignis eintritt, wird Mussolini nun doch am 1. Dezember in London zur Unterzeichnung des Locarnovertrages eintreffen. Die Frage seiner persönlichen Sicherheit bereitet den Behörden die größten Sorgen. Es ist möglich, daß Mussolini im Gegensatz zu den anderen auswärtigen Staatsmännern, die im Hotel wohnen werden, in der italienischen Botschaft bleiben wird.

*

Der japanische Marineminister gegen den Gaskrieg

London, 18. Nov. Funkspruch. In einem Interview stimmte der japanische Marineminister Takarabo der Abschaffung der U-Boote prinzipiell zu; jedoch glaubt er, daß sich verschiedene Mächte gegen die Abschaffung aussprechen würden. Damit würden auch die anderen Staaten gezwungen werden, zum eigenen Schutz die U-Boote beizubehalten. Auf der Abrüstungskonferenz von Washington hätte Japan die U-Boote für nicht grausamer angesehen, als jede andere Waffe gegen ein Kriegsschiff. Gegen ein Handelsschiff aber dürfte die U-Bootwaffe nicht angewandt werden. Nach Takarabos Ansicht wäre es notwendig, gegen den Gaskrieg vorzugehen, der viel grausamer als das U-Boot sei.

*

Zur Ernennung Raditschs zum Unterrichtsminister

Belgrad, 18. Nov. Funkspruch. Nach dem Empfang des Kroatenführers Raditschs erklärte er Journalisten, daß er heute durch den König das Portefeuille des Unterrichtsministers übernehmen und der König heute seine Ernennung unterzeichnen werde. Er werde noch im Laufe des heutigen Tages den Eid in die Hand des Königs leisten. Der Kroatenführer führte ferner aus, daß der Hauptzweck seiner Politik auch künftighin die Verständigung zwischen Serbien und Kroatien sein werde, ohne die die wirtschaftliche und finanzielle Sanierung des Landes nicht durchgeführt werden könne.

*

Große Ueberschwemmungen in Slowenien

Mailand, 18. Nov. Funkspruch. Infolge heftiger Regengüsse sind die Flüsse Sloweniens und besonders die Nebenflüsse der Drau und Sau über die Ufer getreten. Zahlreiche Städte und Ortschaften wurden überschwemmt. Viele Häuser sind weggespült worden. In Kiralnhaza ist eine Eisenbahnbrücke eingestürzt. Die Zahl der Opfer ist noch unbekannt.

Die deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen

London, 18. Nov. Funkspruch. Die deutschen Zollsachverständigen, die in London zur Teilnahme an den Verhandlungen eingetroffen sind, haben den Delegierten eine sehr umfangreiche Denkschrift über die Wirkung der neuen englischen Zölle auf die deutsche Ausfuhr nach England überreicht. Besonders ausführlich ist die Wirkung der Seidenzölle behandelt worden.

*

Eine französisch-norwegische Nordpolexpedition

Paris, 18. Nov. Funkspruch. Wie „Petit Journal" aus Oslo berichtet, wird für das nächste Frühjahr eine französisch-norwegische Nordpolexpedition vorbereitet. Sie wird von dem französischen Seeoffizier Sales und dem Norweger Sverdrup, dem früheren Kapitän der Fram, geleitet. Die französisch-norwegische Expedition gedenkt Ende April Spitzbergen zu verlassen und wird zwei Wasserflugzeuge mit sich führen.

*

Schiffsbrand an der amerikanischen Küste

Newyork, 18. Nov. Funkspruch. Das Passagierschiff „Lenape", das mit 100 Passagieren von Newyork nach Florida unterwegs war, geriet nahe der Delaware-Mündung in Brand. Bisher konnte noch nicht festgestellt werden, wieviele Menschen dabei ums Leben gekommen sind.

*

Das Defizit der englischen Weltausstellung

London, 18. Nov. Funkspruch. Das Defizit der Reichsausstellung in Wembley beträgt nach den Angaben des Handelsministeriums rund 2 Millionen Pfund oder 40 Millionen Mark, wovon die Regierung 1 Million 100 000 Pfund zu tragen hat. Die Voranschläge sind bedeutend überschritten worden. Von der Oeffentlichkeit wird eine Untersuchung der allgemeinen Verwaltung der Ausstellung gefordert.

Der Dolchstoßprozeß

München, 18. Nov. (Funkspruch.) Die Verhandlungen am Mittwoch brachten die Auseinandersetzung zwischen den beiden Verteidigern. Rechtsanwalt Graf Pestalozza betonte, es sei unrichtig, daß die Geheimschrift der Marine während des Krieges unverändert geblieben sei. Falsch wiedergegeben in den Ausführungen Dr. Hirschbergs sei auch die Aeußerung Jochims über die ungenügsamen deutschen Soldaten. In der Tatsachenfeststellung des Obersten Jochim liege kein Vorwurf. Graf Pestalozza behauptet, daß Dittmann und Genossen sich nicht nur moralisch, sondern auch juristisch dringend einer strafbaren Handlung verdächtig gemacht hätte. Es habe ein besonderes Interesse bestanden, sich gerade mit der Person Dittmanns zu befassen, weil es nicht möglich gewesen sei, ihn als Zeugen herzuführen und weil Dittmann derjenige sein soll, der über seine eigenen Strafakten und über damit im Zusammenhang stehende Marineakten im parlamentarischen Untersuchungsausschuß berichten soll. Deshalb habe ein Interesse bestanden, die Dinge hier festzunageln, denn wenn man einmal so weit wäre, daß ein parlamentarischer Ausschuß sich ostentativ über die Autorität des Gerichtes hinwegsetzen könnte, dann wäre es schlecht um uns bestellt. Daß die ganze Einstellung, die von der Klagepartei im Prozeß gerade in Bezug auf die Marine eingenommen wurde, nicht ohne Grund sei, ergebe sich aus der Tatsache, die der Zeuge, Landgerichtsrat Dobrin, festgestellt habe, nämlich, daß der Heizer Beckers, als er ins Zuchthaus überführt werden sollte, die Parole ausgab: „Schont die Abgeordneten!" und der Redakteur der „Leipziger Volkszeitung" hat in einer Rede gesagt: „Die deutsche Eiche ist morsch. Es bedarf nur weniger Schläge, dann stürzt sie."

Rechtsanwalt Graf Pestalozza stellte zum Schluß noch den Antrag, das Gericht möge den Privatbeklagten gemäß dem Eröffnungsbeschluß zu einer angemessenen Strafe verurteilen und die Publikation nach seinem Ermessen in der Presse anordnen. Rechtsanwalt Dr. Hirschberg betonte, Dittmanns Erscheinen als Zeuge sei von der Gegenpartei beantragt worden. Das Gericht habe jedoch seine Ladung nicht beschlossen. Coßmann habe in seiner Einleitung gesagt, er würde sich freuen, wenn ihm nachgewiesen werden könnte, daß er übertrieben habe.

*

Das Urteil im Bothmerprozeß

in Berlin ist am Dienstag gefällt worden. In der Urteilsbegründung heißt es u. a.:

Die Angeklagte ist wegen Diebstahls in Polzin und in Potsdam zu bestrafen. Was das Strafmaß anbelangt, handelt es sich um groben Vertrauensbruch. Sie war nicht in der Not, die als strafmildernd gilt. Die Angeklagte ist leichtsinnig, und ihre Pflichtvergessenheit ist ihr zum Verhängnis geworden. Die Gräfin Bothmer wird daher wegen Diebstahls in vier Fällen gegenüber der Frau Dommer und in sechs Fällen gegenüber dem Landgerichtspräsidenten a. D. Rieck zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr Gefängnis verurteilt, wobei auf die Polziner Diebstähle 4 Monate und auf die Potsdamer Fälle 8 Monate angerechnet werden. (Bewegung.)

Die Angeklagte nahm das Urteil äußerlich mit Ruhe entgegen. Justizrat Josephsohn beantragte mit Rücksicht darauf, daß die Angeklagte seit vier Wochen in Haft sei, ihre sofortige Haftentlassung. Nach ganz kurzer Beratung lehnte das Gericht diesen Antrag ab. Der Vorsitzende begründete diesen Beschluß damit, daß die Gräfin Bothmer zweifellos die Urheberin aller Mystifikationen sei, und man könne mit der Gefahr rechnen, daß sie nach der Haftentlassung dieses Treiben fortsetzen werde. Das Berufungsgericht, das sich mit der Sache zu beschäftigen haben werde, könne letzten Endes die Haftentlassung der Gräfin beschließen. Damit waren die Verhandlungen abgeschlossen.

Als Motiv ihrer Diebstähle nahm das Gericht die zu zahlenden Wucherzinsen an, weil das Gehalt ihres Mannes nicht ausreichte.

*

Keine Sozialisierung der Luftschiffahrt

Essen, 17. Nov. (Funkspruch.) In einer Sitzung des Niederrheinischen Vereins für Luftschiffahrt, die in einer Erklärung an die Ministerien gegen die Monopolisierung der Luftschiffahrt Stellung nahm, gab der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums folgende autorisierte Erklärung ab: Bei der zukünftigen Gestaltung der Luftschiffahrtsunternehmungen ist weder eine Verreichlichung noch eine Verstaatlichung geplant. Das Luftschiffahrtunternehmen erhält eine rein wirtschaftliche Einstellung. In ihm haben die Wirtschaftskreise die unbedingte Majorität, der freie Wettbewerb der Industrie ist bei dem Luftunternehmen mit allen Mitteln zu fördern.

*

Ablehnung von Titeln für Arbeitervertreter

Neustadt, 18. Nov. Auf Einladung des Bürgermeisteramts Neustadt nahmen die Vertreter der Gewerkschaften beider Arbeiterrichtungen zu der beabsichtigten Verleihung von Titeln an Arbeiter durch das bayrische Staatsministerium in einer Besprechung Stellung. Die sämtlichen anwesenden Gewerkschaftsführer lehnten die Titelverleihung in der geplanten Form ab.

Baden

Einer, der es eilig hat

Das zu 50 Prozent volksparteiliche und zu 50 Prozent deutschnationale „Karlsruher Tagblatt" schreibt in seiner Nummer 536 unter anderem:

„Die Verhandlungen über die Regierungsbildung werden allmählich in einer Weise verschleppt, daß man nicht anders als von einem Skandal sprechen kann. Die Entscheidung liegt allein beim Zentrum, es ist endlich an der Zeit, daß das Land weiß, woran es ist. Dem Ansehen dieses fünfzigprozentigen Landtags dienen diese Verhandlungsmethode sicherlich nicht."

Wir haben noch nie gelesen, daß das Karlsruher Tagblatt sich darüber entrüstet hat, wenn im Reiche die ihm politisch nahestehenden Kreise mit wochen- und monatelangen Regierungskrisen spielten. Man merkt die Absicht des „Karlsruher Tagblatts" nur zu gut und wird darum nicht verstimmt. Wie die Regierungsbildung auch ausfallen wird, dem „Karlsruher Tagblatt" wird der Ausgang sicherlich nicht gefallen und das Zentrum wird sich darum durch die Anrempeleien des „Karlsruher Tagblatts" am allerwenigsten davon abbringen lassen, die Frage der Regierungsbildung in Baden mit der Gründlichkeit und dem Ernst zu betreiben, die der politischen Bedeutung der Angelegenheit entsprechen. Wir registrieren in diesem Zusammenhang noch eine Aeußerung des „Heidelberger Tagblatts", das für die Verzögerung der Regierungsbildung in erster Linie das Zentrum, dann aber auch die zuerst „übereilige" Sozialdemokratie und die Deutsche Volkspartei verantwortlich macht. Letztere habe „aus lauter Machtstreben" übereifrig die Forderung nach einem Ministerium erhoben und sich vom Zentrum Angebote machen lassen; statt das zu tun, was die gegebene Notwendigkeit hätte sein müssen, namentlich mit der Deutsch-Demokratischen Fraktion zu dem Zwecke Fühlung zu nehmen, wie man dem Uebergewicht des Zentrums Paroli bieten könne. Wegen der paar 100 Stimmen, die fast mit Zufall der Volkspartei das siebte Mandat verschafft haben, dürfte man so überselbstbewußt nicht auftreten, ansonsten man die Geschäfte eines anderen besorge. Das Heidelberger Demokratenblatt rät sodann den Demokraten, in der Frage einer Beteiligung an der Regierung eine noch peinlichere Reserve an.

Wir finden diese Aeußerung des „Heidelberger Tagblatts" interessant genug, sie auch unserem Leserkreis zu unterbreiten.

Ein Vorstoß der Deutschen Volkspartei gegen Innenminister Remmele

Wie die Organe der Deutschen Volkspartei Badens mitteilen, beschäftigte sich die Fraktion der Deutschen Volkspartei am Dienstag gemeinsam mit dem geschäftsführenden Vorstand des Landesverbandes mit der Art des Empfanges des Herrn Reichspräsidenten in Karlsruhe, der in weiten Kreisen der Bevölkerung lebhaften Unwillen hervorgerufen habe. Ganz besonders spricht die Fraktion wie der geschäftsführende Vorstand dem Herrn Innenminister Remmele das schärfste Mißfallen aus über das Verbot, schwarz-weiß-rote Flaggen zu führen, und erwartet, daß der Herr Innenminister in kürzester Zeit die Gründe zu seinem Vorgehen der Oeffentlichkeit bekannt gibt.

Hierzu bemerkt das Mannheimer Demokratenorgan, die „Neue Badische Landeszeitung": „Der Vorstoß, den die volksparteiliche Fraktion gegen den Innenminister Remmele unternimmt, liegt offensichtlich in der Richtung des Zieles, eine Regierung der Mitte vorzubereiten. Er steht allerdings im Widerspruch zu dem bisherigen Verhalten der Volkspartei, das auch der großen Koalition geneigt war, und ist jedenfalls nicht geeignet, den Widerstand der Mehrheit der Sozialdemokratie gegen die große Koalition zu verringern."

Eine Beschwerde der Deutschen Volkspartei

Anläßlich des Besuches des Reichspräsidenten in Karlsruhe wurden demselben im Staatsministerium durch den Landtagspräsidenten nur die Vizepräsidenten und die Fraktionsführer der Parteien des Landtags vorgestellt. Das gibt der Deutschen Volkspartei Anlaß, in einer gemeinsamen Sitzung von Fraktion und geschäftsführenden Vorstand des Landesverbandes „ihrem Befremden darüber Ausdruck zu geben, daß das Staatsministerium keinen Weg gefunden hat, um den gesamten Landtag dem Herrn Reichspräsidenten vorzustellen. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei wird alsbald im Landtag zu dieser Frage Stellung nehmen."

Justizminister Trunk zum „Fall Hau"

Kassel, 17. Nov. Der anläßlich der Tagung der Zentrumspartei hier weilende badische Justizminister Trunk wurde von einem Berichterstatter der „Neuen Badischen Landeszeitung" über die Angelegenheit des Rechtsanwalts Hau befragt. Justizminister Trunk wiederholte dabei die durch die Presseveröffentlichungen bereits bekannte Auffassung der badischen Behörden, daß Hau durch seine Veröffentlichungen über seinen Zuchthausaufenthalt in Bruchsal seinen „Strafurlaub auf Wohlverhalten" verwirkt habe. Außer in der sensationellen Aufmachung der Hau'schen Berichte sehe man das schlechte Verhalten in der Art, wie Hau die badischen Justizbeamten verleumdet und lächerlich gemacht habe. Hau habe seinen Urlaub auch schon dadurch verwirkt, daß er seinen Aufenthalt gewechselt habe, ohne die Zuchthausverwaltung davon in Kenntnis zu setzen, wie dies jeder Gefangene, der nur einen Strafaufschub erhalten habe, tun müsse. Justizminister Trunk betonte dann weiter, daß der Beschluß zur neuen Verhaftung vom badischen Gesamtministerium gefaßt worden sei, ebenso wie seinerzeit der Beschluß zu seiner Begnadigung. Ob Hau nur seine letzten sieben Monate abzusitzen habe oder wieder auf Lebenszeit eingesperrt würde, falls man seiner habhaft werde, darüber sagte der Minister nichts Definitives, fügte jedoch hinzu: „Wenn wir gewußt hätten, wie sich Hau nach seiner Begnadigung benehmen würde, hätten wir ihn nie freigelassen."

Gewerkschaftliches

Der drohende Konflikt in der Nordbayrischen Textilindustrie beigelegt

Nachdem die nordbayerischen Textilindustriellen sämtlichen Belegschaften zum 14. November 1925 kündigten, wurde beim Besuch des Herrn Ministerpräsidenten Dr. Held in Marktredwitz und Hof seitens der Vertreter der Industrie der Versuch gemacht, sowohl den Herrn Ministerpräsidenten, als auch die Oeffentlichkeit irre zu führen. Die Vertreter der Textilarbeiterschaft haben sich daraufhin in einem Schreiben vom 6. November 1925 an den Herrn Ministerpräsidenten Dr. Held gewandt. Zum 13. November wurde eine Vertretung der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber zum Herrn Ministerpräsidenten gelade.

Zu gleicher Zeit wurde in den Betrieben folgender Anschlag gemacht:

Bekanntmachung.

Nachdem vonseiten der Gewerkschaften eine Einigung in der Lohn- und Arbeitszeitfrage nicht gesucht wurde, sehen wir uns veranlaßt, in Vollzug des einstimmigen Beschlusses der Mitgliederversammlung der Landesgruppe Nordbayern des Verbandes Süddeutscher Textilarbeitgeber unsern Betrieb ab Montag, den 16. November 1925, zu schließen.

Restlohn und Papiere können ab Donnerstag, den 19. November, im Lohnbüro abgeholt werden.

....., den 18. November 1925.

gez. Unterschrift.

Die Arbeitnehmer erklärten sich außerstande, unter dem Druck der verhängten Aussperrungsmaßnahmen zu verhandeln. Daraufhin mußten die Arbeitgeber sich bequemen, folgenden Anschlag zu machen:

Bekanntmachung:

Auf dringenden Wunsch der bayerischen Staatsregierung wird die Schließung der Betriebe bis Mittwoch abend hinausgeschoben. Demnach wird ab Montag, bis Mittwoch wie bisher gearbeitet. Die Kündigung bleibt aufrecht erhalten. Wenn die morgen stattfindenden Verhandlungen zu einer Einigung führen, erfolgt Bekanntgabe.

....., den 14. November 1925.

gez. Unterschrift.

Nunmehr fanden am 14. 11. unter dem Vorsitz des Herrn Ministerpräsidenten unter Mitwirkung des Sozial- und Handelsministeriums Verhandlungen statt. Nach sechsstündigen, ununterbrochenen Verhandlungen haben sich beide Streitparteien einem rechtsverbindlichen Vorschlag des Herrn Ministerpräsidenten unterworfen. Der Entscheid lautet:

„Die beiden Streitteile haben erklärt, daß sie sich einem rechtsverbindlichen Entscheid des Ministerpräsidenten unterwerfen. Der Entscheid wird hiermit getroffen und lautet:

„Der Schiedsspruch des stellvertretenden Landesschlichters vom 27. Oktober 1925 wird für beide Teile als rechtsverbindlich erklärt mit dem Abmaße, daß die Mehrarbeitsstunden, die wöchentlich über 48 bis 54 Stunden geleistet werden, ab 1. April 1926 mit einem 5prozentigen Zuschlag entlohnt werden.

München, den 14. November 1925.

Der Bayrische Ministerpräsident:
gez. Dr. Held.

Arbeitgeber: gez. Fritz Nürnberger.
Arbeitnehmer: gez. Karl Schönleben.
gez. Peter Geier.

Damit ist der Wirtschaftsfrieden in der nordbayrischen Textilindustrie wiederhergestellt. Die Textilarbeiterschaft bekommt die berechtigte Lohnerhöhung. Die Scharfmacher der nordbayrischen Textilindustrie haben eine Niederlage erlitten. Es ist zu hoffen, daß die Arbeiterschaft die Konsequenzen aus dem Verhalten ihrer Industriellen zieht und sich restlos ihrer gewerkschaftlichen Organisation anschließt.

Gemeindepolitik.

Badischer Städtebund.

Der Badische Städtebund (Verband der mittleren Städte) hielt am 11. d. M. in Karlsruhe eine Ausschußsitzung ab, zu der nahezu 30 Bürgermeister des Landes erschienen waren. Zunächst wurde die Frage der Aufwertung der Gemeindeanleihen und Sparkassenguthaben an der Hand der Gesetzgebung eingehend erörtert und zu den einzelnen Punkten dieser die Interessen der Gemeinden schwerwiegend berührenden Materie Stellung genommen. Insbesondere wurde besprochen: Anleihealtbesitz und Anleiheneubesitz, Einheitssatz für die Aufwertung, Aufwertung von Dienstkautionen, Aufwertung von Sparkassenguthaben usw. Da zu erwarten ist, daß die Aufwertungsfragen in den einzelnen Städten in der nächsten Zeit eine große Rolle spielen werden, und eine Einheitlichkeit des Vorgehens geboten ist, wird beschlossen, bei der Geschäftsstelle eine Auskunftsstelle für die Aufwertungsangelegenheiten einzurichten. Die Mitwirkung der Gemeinden bei der Gesetzgebung ist den Gemeinden in § 20 der Verfassung zugesichert. Diese Verfassungsbestimmung ist in der letzten Zeit wiederholt nicht so gehandhabt worden, wie es die Gemeinden beanspruchen müssen. Es wird daher eine Ausführungsvorschrift zu der Verfassungsbestimmung für unbedingt notwendig gehalten. Bezüglich der Bezirkswohnungsverbände wird eine Abänderung der bestehenden Bestimmungen dahingehend einmütig verlangt, daß die mittleren Stadtgemeinden auf Antrag aus den Wohnungsverbänden ausscheiden können, und subsidiär, daß sich das Stimmrecht der Gemeinden in der Bezirksversammlung und in den Bezirksausschüssen nicht mehr nach der Einwohnerzahl, sondern nach dem Aufkommen der einzelnen Gemeinde im Verhältnis zum Gesamtaufkommen richtet. Die Regierung beabsichtigt, die fortlaufende Revision der elektrischen Anlagen durch Verordnung zu regeln. Die Städte erkennen die Notwendigkeit einer derartigen Revision an, müssen aber verlangen, daß die Revision den Inhabern des Leitungsnetzes oder den Stromlieferern übertragen wird, und lehnen die Belastung der Gemeinden mit den Kosten der Revisionen ab. Dem Landtag ist ein Antrag zugegangen, daß die Gebäudesondersteuer ab 1. 4. 1926 nur noch für Wohnzwecke, dagegen nicht mehr zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs verwendet werden soll. Die Städte müssen diesen Antrag nachdrücklichst ablehnen, solange ihnen nicht andere ausreichende Steuerquellen, insbesondere zur Deckung des außerordentlich angewachsenen Fürsorgeaufwandes, zur Verfügung gestellt sind.

Hochschulen

Freiburg i. Br., 18. Nov. (Immatrikulation.) Bei der zweiten und letzten Immatrikulation wurden 260 Studenten und Studentinnen neu aufgenommen. Nach der vorläufigen Feststellung beläuft sich die Gesamtzahl der Studierenden im Winter-Semester 1925/26 auf 2537.

Landwirtschaft

Zusammenfassende Darstellung über den badischen Herbst 1925.

Karlsruhe, 18. Nov. Nach den Berichten der Vertrauensmänner der landwirtschaftlichen Bezirksvereine für die Weingegenden Badens ergibt sich folgendes Bild über den Herbstausfall 1925. In der Seegegend betrug der Gesamtertrag an Weißwein 1600 Hektoliter, im Kaiserstuhl 900 Hektoliter, in der Ortenau und in der Bühler Gegend 12 871 Hektoliter und im Kraichgau 5475 Hektoliter. In der Seegegend wurden durchschnittlich 48—52 Mk., im Kaiserstuhl 40 Mk. pro Hektoliter bezahlt. In der Ortenau und in der Bühler Gegend sind die Preise sehr verschieden. An erster Stelle stehen die Reporte Thiergarten mit 140—150 Mk. pro Hektoliter und Durbach mit 115—130 Mk., 80—100 Mk. wurden in Neuweier und Varnhalt, 60—100 Mk. in Nesselried bezahlt; während in den anderen Orten die Preise zwischen 40—80 Mk. schwankten. Im Kraichgau bezahlte man pro Hektoliter 35—55 Mk.

Der Gesamtertrag an Rotwein betrug in der Seegegend 420 Hektoliter, in der Ortenau und in der Bühler Gegend 2108 Hektoliter und im Kraichgau 170 Hektoliter. Der Kaiserstuhl lieferte keinen Rotwein. Bezahlt wurde für das Hektoliter in der Seegegend 77—82 Mk. Die höchsten Preise erzielte auch für Rotwein die Gemeinde Thiergarten mit 100—125 Mk., es folgen Zell-Weierbach mit 110—120 Mk., Durbach mit 110 Mk., Nesselried mit 80—100 Mk. und Rammersweier mit 110 Mk. In Neuweier wurden 100 Mk., in Sasbachwalden 90 Mk., in der Offenburger Gegend 70—90 Mk. bezahlt. Im Kraichgau erzielte Rotwein 40—85 Mk.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Chronik

Mannheim, 18. Nov. (Folgenschwerer Ausgang eines Streites.) Eine Frau, die die Büroräume einer Versicherungsgesellschaft in dr Collinistraße in den Morgenstunden zu reinigen hatte, wurde auf ihrem Arbeitsweg von einem Mann durch unsittliche Worte und Anträge belästigt. Sie machte ihrem Manne davon Mitteilung und dieser ging der Sache nach. Er stellte den Verdächtigen zur Rede, die zu einem heftigen Wortwechsel führte, in dessen Verlauf der gekränkte Mann, ein 25 Jahre alter Schlosser, auf seinen Gegner, einen 54 Jahre alten Taglöhner aus der Neckarvorstadt, aus einem Revolver einen scharfen Schuß abgab und ihn schwer verletzte. Die Kugel drang dem Taglöhner in die linke Brustseite. Der Täter wurde festgenommen. — (Provisionsschwindler.) Als reisender Provisionsschwindler betätigt sich in einer Reihe größerer Städte z. Zt. der 59 Jahre alte Architekt Georg Ritter von hier. Bei Baumeistern schließt er Bauplätzeverkäufe und die Vergebung von Bauarbeiten ab und läßt sich dafür eine erhebliche Provision zahlen, mit der er verschwindet. Die Aufträge sind jedoch sämtliche erdichtet. Bis jetzt sind rund 30 Betrugsfälle festgestellt.

Weinheim, 18. Nov. (Bautätigkeit.) Bis jetzt sind hier mit Hilfe von Baudarlehen im Ganzen 139 Wohnungen erstellt worden. Im städtischen Haushalt sind für Baudarlehen weitere 495 000 Mk., für Notstandsarbeiten 100 000 Mk. bereit gestellt.

Wiesloch, 18. Nov. (Festgenommener Wilderer.) Im Revier Meckesheim konnte der Jagdaufseher des Freiherrn von Göler-Schatthausen einen Wilderer stellen und in der Richtung Meckesheim abführen. Da der Jagdaufseher keine Waffe bei sich hatte, konnte er die Flucht des Wilderers nicht verhindern. Mit Hilfe der Gendarmerie wurde er jedoch am folgenden Tage festgenommen und nach Wiesloch eingeliefert. Es handelt sich um einen mehrmals vorbestraften jungen Mann aus Baiertal.

Unterschwarzach, 17. Nov. (Brandstiftung.) Der Zögling der Erziehungsanstalt Schwarzacher Hof auf den der Verdacht fiel, die bei der Anstalt befindliche Feldscheune in Brand gesteckt zu haben, hat sich der Neckargemünder Gendarmerie gestellt und die Tat eingestanden.

Offenburg, 18. Nov. (Kein Ausbau der Renchtalbahn bis Griesbach.) Aus einem Beschluß des Kreisrates Offenburg am 13. d. M. geht hervor, daß die Reichsbahngesellschaft aus finanziellen Gründen den Ausbau der Renchtalbahn von Oppenau bis Griesbach abgelehnt hat. Dagegen ist sie bereit, die Bahnstrecke Oppenau bis Peterstal weiterzuführen. Die Gemeinden Peterstal und Ibach werden dadurch nochmals mit 175 000 Mk. belastet, nachdem sie schon in den vorhergehenden Stadien große Summen zur Verfügung stellen mußten. Der Kreisrat beschloß — vorbehaltlich der Genehmigung durch die Kreisversammlung, den genannten Gemeinden einen Kreisbeitrag von 40 000 Mk. zu bewilligen, dieses jedoch nur unter der Bedingung, daß der Ausbau der Bahnstrecke bis Peterstal sofort in Betrieb genommen und diese nach Fertigstellung in Vollbetrieb gesetzt wird.

Kehl, 18. Nov. (Verlegung der Mittelbadischen Eisenbahn A.-G. nach Mannheim.) Die Direktion der genannten Gesellschaft hat mit dem 16. November ihr Büro von Lahr nach Mannheim verlegt. Für die Nebenbahnen Kehl—Bühl, Rhein—Lahr—Seelbach, Kehl—Ottenheim—Altenheim — Offenburg und Rastatt—Schwarzach wurde eine Betriebsdirektion in Kehl a. Rh. errichtet. Die Verkehrskontrolle wird mit dem gleichen Tage von Lahr nach Kehl verlegt, die Hauptkasse bleibt bis auf weiteres in Lahr.

Freiburg i. Br., 18. Nov. (Steuerstundungs- und Nachlaß-Antrag.) Der Badische Bauernverein hat neuerdings beim badischen Finanzministerium den Antrag eingebracht, daß den im laufenden Jahr in erheblichem Maße von Hagelschlag betroffenen Landwirten nicht nur Steuerstundung, sondern namentlich auch bezüglich der Grund- und Gewerbesteuer ein dem Umfang des Hagelschadens entsprechender Nachlaß der Grund- und Gewerbesteuer gewährt wird. — (Verschiebung des Badischen Städtetages.) Der für die nächsten Tage in Freiburg in Aussicht genommene Zusammentritt des Badischen Städtetages kann aus verschiedenen Gründen nicht erfolgen. Die Tagung wird erst im Januar nächsten Jahres in Freiburg abgehalten werden.

Konstanz, 18. Nov. Zu dem Selbstmord eines Reichswehrsoldaten wird von zuständiger Stelle mitgeteilt: Der Jäger Fischer der 10. Kompagnie hat sich am 15. d. M. gegen 12.30 Uhr mittags, kurz vor seiner Ablösung als Posten der Schießstandwache mit seinem Dienstgewehr durch Herzschuß getötet. Er stand in dringendem Verdacht, am Freitag sich eines Kameradendiebstahls schuldig gemacht zu haben. Der Grund des Selbstmordes ist wohl in der Furcht vor Strafe und den für ihn als Soldaten daraus sich ergebenden Folgen zu suchen.

Feuerbach, 18. Nov. (Selbstmord und fahrlässige Töturg durch Gas.) In einem Hause der Mühlstraße verübte ein im Erdgeschoß wohnender 58 Jahre alter Buchhandlungsgehilfe in vergangener Nacht durch Einatmen von Gas Selbstmord. Er hatte das Verschlußstück der an der Zimmerdecke angebrachten Gasleitungsröhre gelöst, wodurch Gas ausströmte. Das Gas drang auch in das erste Stockwerk des Gebäudes und verursachte den Tod einer in diesem Stockwerk schlafenden 78 Jahre alten Witwe. Auch ein ebenfalls im ersten Stockwerk schlafendes Ehepaar trug durch das ausströmende Gas eine Vergiftung davon. Lebensgefahr besteht jedoch bei dem Ehepaar nicht.

Ludwigshafen a. Rh., 18. Nov. (Stadtamt für Leibesübungen.) Der Stadtrat beschloß in seiner letzten Sitzung die Errichtung eines Stadtamtes für Leibesübungen. Alle Parteien erklärten sich mit den in einer Denkschrift ausgearbeiteten Richtlinien einverstanden.

Das alpine Notsignal im Schwarzwald

Karlsruhe, 16. Nov. Der vermehrte Sportbetrieb des Winters durch Skilauf und Rodeln, aber auch der einfache Wanderbetrieb mit seiner häufigen anstrengenden Schneewaterei, die Erschöpfungs- und Schwächezustände zur Folge haben, bringen ein Anschwellen der Unfallziffer mit sich und machen vermehrte Hilfeleistung nötig. Die Bergwacht Schwarzwald, Karlsruhe, hat sich entschlossen, Kurse zur Ausbildung ihrer Mitglieder in der ersten Hilfeleistung einzurichten. Die Errichtung einer ständigen Unfallstelle im Gebiet der Hornisgrinde, wird der nächste Schritt auf diesem Wege sein. Als Verständigungsmittel durch das der in Not Befindliche auch auf weitere Entfernungen hin und zu jeder Tageszeit Hilfe herbei rufen kann, beschloß die Arbeitsgemeinschaft das alpine Notsignal anzunehmen. Das Signal besteht darin, daß innerhalb einer Minute sechsmal in regelmäßigen Zwischenräumen ein Zeichen gegeben wird, hierauf eine Pause von einer Minute eintritt, worauf wieder das Zeichen sechs mal in der Minute folgt, und so fort bis von irgend woher eine Antwort kommt. Die Antwort der Rettungsmannschaft wird erteilt, indem innerhalb einer Minute dreimal in regelmäßigen Zwischenräumen ein Zeichen gegeben wird. Die Zeichen können hörbar, Rufe, Pfeifen, Schießen und dergl. oder sichtbare (Heben eines weithin sichtbaren Gegenstandes, weißes Tuch, Spiegelung, Laterne und dergl.) sein.

Die Staatl. Landwirtschaftsschule Augustenberg

hat am Mittwoch, den 4. d. M., den Unterricht im 1. Kurs und am Montag, den 16. November, im 2. Kurs eröffnet. Die Schule ist in diesem Winter von 80 Schülern besucht, die sich auf das ganze Land Baden verteilen. Von der Schweizer Grenze bis zu den Ufern des Mains sind die jungen Bauernsöhne herbeigeeilt, um sich auch in der Theorie weiter zu bilden. Sie haben erkannt, daß in dem schweren Existenzkampf, den die Landwirtschaft heute durchzukämpfen hat, nur derjenige sich über Wasser halten kann, der neben einem praktischen Können über ein gewisses Maß von theoretischem Wissen verfügt. Es ist dankbar anzuerkennen, daß die Landwirte dies immer mehr einsehen und daß sie nicht die großen Opfer scheuen, die nun einmal mit dem Besuch einer auswärtigen Schule verbunden sind, um ihren Söhnen ein gediegenes Wissen zu verschaffen. Bedauerlich ist es, daß wir auch in diesem Jahr wieder eine größere Anzahl Schüler nicht in den 1. Kurs aufnehmen konnten, da die hierzu nötigen Räume fehlten. Wir wollen hoffen, daß in absehbarer Zeit uns der so notwendige weitere Schulsaal zur Verfügung gestellt werden kann.

Verein badischer Handelslehrer.

Auf der Generalversammlung des Vereins badischer Handelslehrer, die am Sonntag, den 15. November in Offenburg stattfand, wurde die „Vereinigung der wissenschaftlich gebildeten nichtetatmäßigen Lehrkräfte an badischen Handelsschulen" im Rahmen des Gesamtvereines gegründet. Die Vereinigung bezweckt, wie die der Lehramtsreferendare und -Assessoren, u. a. besonders die Förderung der wirtschaftlichen und dienstlichen Interessen ihrer Mitglieder.

Weitere Betriebseinschränkungen bei Lanz Mannheim.

Mannheim, 18. Nov. Die Firma Lanz hat gestern wieder 150 Arbeitern gekündigt und beabsichtigt ferner beim Gewerbeaufsichtsamt zu beantragen, wegen der Genehmigung zur Entlassung weiterer 550 Mann vorstellig zu werden. Die „Volksstimme" wendet sich gegen diese Absicht. Die Firma habe keine dringenden Gründe, weil die Fertigläger fast vollständig leer stünden.

Kirchliche Nachrichten

Die neuen Kardinäle.

Von den vier im nächsten Konsistorium zu ernennenden Kardinälen ist Msgr. Cerretti der bekannteste. Früher Unterstaatssekretär des Staatssekretariats, wurde er auf den schwierigen Posten des Pariser Nunzius berufen, welchen er in jeder Weise ausfüllt und sich auch den schwierigsten Situationen gewachsen zeigte. Der Sturz Poincares und der Sieg der in der Mehrheit kirchenfeindlichen Linken des französischen Parlaments stellte bekanntlich eine Zeitlang das Weiterbestehen der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Vatikan und Frankreich in Frage, welches durch die Geschicklichkeit des Kardinalstaatssekretärs Gasparri und Msgr. Cerettis vermieden wurde. Letzterer wird vorläufig als Pro-Nuntius in Paris bleiben, bis der Nachfolger eintrifft.

Als Nachfolger war allem Anscheine nach Msgr. Gasparri vorgesehen, der Nuntius in Brasilien und angeblich der französischen Regierung zum Agrément präsentiert worden. Seine gleichzeitige Ernennung zum Kardinal läßt die Versetzung nach Paris wohl ausgeschlossen erscheinen, da Kardinäle nicht als Nuntius fungieren. Das Heilige Kollegium wird also wieder zwei Verwandte als Mitglieder zählen, wie lange Zeit die beiden Brüder Vanutelli. Der neue Kardinal Gasparri gilt, wie sein Onkel, als einer der fähigsten Diplomaten im päpstlichen Dienste, welche an solchen nie arm war, und ist aus der Schule eines Leo XII. und Benedikt XV. hervorgegangen.

Weniger bekannt ist der dritte, Msgr. Verde, der Sekretär der Rotenkongregation, durch deren Hände die Heilig- und Seligsprechungsprozesse gehen und dadurch besonders in diesem an solchen reichen Jubeljahre bekannt wurde.

Der vierte neue Kardinal ist endlich der Primas von Irland der Nachfolger St. Patricks als Erzbischof von Armagh. Irland hatte immer einen Vertreter im Hl. Kollegium. Der letzte war Kardinal Logue, der im vorigen Jahre starb. Msgr. O'Donnel kam mit dem irischen Pilgerzuge nach Rom, zusammen mit dem Staatspräsidenten Crosby von Irland und wird bis zum Konsistorium hier bleiben.

Im öffentlichen Konsistorium wird auch die Kreierung der beiden im letzten Konsistorium ernannten spanischen Kardinäle erfolgen, denen der rote Hut — nach einem alten Privileg — bereits durch Vermittlung des Königs von Spanien überreicht worden ist.

Zum Feste der hl. Cäcilia.

Wenn wir anläßlich des Festes der hl. Cäcilia in den Kirchen, den Gottesdiensten und den Veranstaltungen der Cäcilienvereine der Sache der hl. Cäcilia gedenken, das ist des Kirchengesanges und der Kirchenmusik als einem wichtigen und schönen Bestandteil unserer herrlichen kirchlichen Liturgie, dann sollen auch die Cäcilienvereine und ihre Organisationen nicht vergessen werden. Dankbar wollen wir uns wieder erinnern: wenn die Kirchenmusik bei uns so hoch stand und wieder aufwärts strebt, und so eifrig gepflegt wird, daß wir das mit in erster Linie dem Cäcilienverein und seiner Organisation zu verdanken haben. In unserer Erzdiözese ist die Organisationsarbeit wieder frisch und kräftig am Werke und neues Leben erblüht. Allerwärts erstehen wieder die Pfarrcäcilienvereine und die Bezirksvereine. Auch der Diözesanverband hat wieder neuen Impuls bekommen durch die sachkundige, tüchtige Leitung des Diözesanpräses Domkapellmeister Schweitzer in Freiburg. Unter seiner kenntnisreichen Redaktion steht auch das wiedererstandene Diözesanblatt der Cäcilienvereine „Der Kirchensänger". Zu Nutz und Frommen der res Cäciliana sollte ein jeder Cäcilienverein es als seine Pflicht ansehen, das Sprachorgan seiner Ideale zum kirchenmusikalischen Gedankenaustausch zu benützen. Wenn der „Kirchensänger" zum richtigen Verständnis der Kirchenmusik und ihrer Ideale anleiten und zum eifrigen Tun entflammen will, so müssen wir ihn auch lebensfähig erhalten, d. h. ihn durch Mitarbeit und Abonnement unterstützen. Auch in Beratung guter Kirchenmusikalien und deren Anzeige ist gerade jetzt, solange der Cäcilienvereinskatalog nicht wiedererscheint, „Der Kirchensänger" von recht wichtiger Bedeutung. Es heißt also die Sache der hl. Cäcilia fördern, wenn wir unser Vereinsorgan durch Abonnement unterstützen und durch eifriges Studium desselben uns belehren und aneifern lassen. Möge durch die Fürbitte der hl. Cäcilia die Pflege der Kirchenmusik in unserer Erzdiözese neuen Aufstieg erleben. A.

Karlsruhe

den 19. November 1925

Poesie im Kleinen

Die Gegenwart ist poetisch doch weitaus leistungsfähiger, als sich die materielle Gesinnung ihrer erwerbstätigen Söhne und Töchter träumen läßt. Man muß nur sehende Augen für die „Poesie im Kleinen" haben.

Unter „Poesie im Kleinen" — welch ein Hauch rührender Sentimentalität schwebt über diesem Begriff — ist in diesem Falle eine an sich sehr unpoetische Angelegenheit zu verstehen, und zwar — der Müllcimer. Müllcimer (amtliche Bezeichnung „Victor") sind — sofern sie in der Morgenfrühe träumend am blumenlosen Rand des Rinnsteines stehen und der Entleerung durch berufene Hände harren— Stillleben eigener Art. Stillleben, die die Mannigfaltigkeit des Lebens in farbigem Abglanz schweigend widerspiegeln. Stillleben, die auch einen tiefen Blick in die Seelen derer gewähren, auf deren Veranlassung sie aus einem verschwiegenen Hauswinkel ans Licht der Oeffentlichkeit gezerrt wurden.

Viele Müllcimer schwärmen für die hutlose Mode und haben daher keinen Deckel. Daneben zeichnet ein überquellendes Lebensgefühl die deckellosen Müllcimer aus. Daraus erklärt es sich, daß ihr Inhalt bestrebt ist, über Bord zu klimmen.

Ich machte in diesen traurig kalten Tagen stolpernd die herzerwärmende Bekanntschaft mit einem Müllgefäß, das ein Veteran seiner Gattung sein mag und sicherlich manchen Sturm erlebt hat. Der Kampf ums Dasein hatte ihm mancherlei Wunden in Form von faustgroßen Beulen geschlagen. Ueber den Rand dieses Gefäßes für Müll guckte neugierig ein nicht gerade taufrischer Blumenstrauß. Mitten drin stak eine des Lebens überdrüssige und kahlgewordene Zahnbürste, was „ersterem" (dem Blumenstrauß) aus Prestigegründen sicherlich peinlich war. (Wer hätte zwischen wogenden Kornfeldern und blutrotem Mohn jemals Zahnbürsten wachsen sehen?) Daneben hatte es sich eine leere Oelsardinenbüchse bequem gemacht, der man ansah, daß sie dem Oelsardinenesser beim Oeffnen wegen ihrer passiven Resistenz sehr unbequem geworden war.

Zweifellos hatte dies Müllgefäß viel Sinn für bildende Kunst. Mit einem gewissen Stolz präsentierte es nämlich eine Postkarte, auf der girrende Turteltauben bunkfarben gedruckt waren. Die Schönheit dieser Postkarte war eher verdoppelt, denn auf die Hälfte dadurch vermindert worden, daß sie gerade zwischen dem schnäbelnden Taubenpärchen entzweigerissen war. Handelte es sich (jetzt kommt einer der versprochenen psychologischen Tiefblicke in Form einer rhetorischen Frage!) . . . handelte es sich hier um das tragische Ende eines kurzen Liebesfrühlings?

Mit einem fassungslos betrübten Blick starrt ein nicht einmal notdürftig bekleidetes Püppchen auf die durch Schicksalsgewalt getrennt im Müllgefäß lebenden Turteltauben. Das Püppchen achtet im Anblick des fremden Leids nicht der eigenen Schmerzen, die ihm durch eine klaffende Wunde bereitet werden, aus der dünne Sägespähne rieseln.

Das Ganze: Stillleben . . . Poesie im Kleinen!

Carl Ludwig Herbst.

Die Ueberführung v. Richthofens

Obgleich die französische Behörde eine Feier zu Ehren Richthofens bei der Abfahrt in Kehl verboten hatte, fand dort am Vorabend der Ueberführung aus dem Willen der Bevölkerung heraus eine kurze, sehr eindrucksvolle Ehrung statt. Postdirektor Stier sprach im Namen der Kehler Beamtenschaft, Rechtsanwalt Mayer im Namen der Frontsoldaten und Bürgermeister-Stellvertreter Baumgärtner im Namen der Stadt, worauf eine Reihe von Kränzen niedergelegt wurden.

Am andern Morgen (18. November) übernahmen Vertreter der im Karlsruher Fliegerbund zusammengeschlossenen ehemaligen Frontflieger den Sarg und fuhren mit ihm nach Appenweier. Dort widmeten Vertreter der Kampfstaffel O. H. L. I aus Freiburg, Jungdeutscher Orden, Stahlhelm und der Militärverein Appenweier einen kurzen Akt des Gedächtnisses, wobei ebenfalls zahlreiche Kränze niedergelegt wurden. Auf der ganzen Fahrt zeigte sich sodann die Teilnahme des badischen Volkes, ausgedrückt durch Vertretungen der vaterländischen Verbände und Militärvereine auf den Bahnhöfen Achern, Bühl, Oos und Rastatt, während ein Flieger den Zug begleitete.

In Karlsruhe, wo der Zug nur kurzen Aufenthalt hatte, fand ebenfalls eine kleine Gedächtniskundgebung statt. Auch hier waren die militärischen Vereine und die vaterländischen Organisationen, wie auch die Studentenschaft mit Abordnungen zahlreich vertreten, und wurde eine Reihe von Kränzen am Sarg niedergelegt, der in einem offenen Packwagen aufgebahrt war. Auch diese kleine Feier verlief überaus eindrucksvoll und es war den Teilnehmern ein schmerzlicher Abschied von den letzten Ueberresten Richthofens, die nun in Berlin im Invalidenfriedhof endgültig eine Ruhestätte finden werden. Eine weitere Trauerfeier fand auf dem Bahnhof Heidelberg statt.

Artillerie-Bund St. Barbara Karlsruhe.

Der Verein beging am Sonntag, den 15. d. M., im Saale zu den „Drei Linden" Mühlburg, nachmittags 3 Uhr, mit einem auserlesenen Programm und unter sehr starker Beteiligung die Feier seines 33. Stiftungsfestes. Nach einem von einer Abteilung der Feuerwehrkapelle flott gespielten Eröffnungsmarsch und nachfolgender Festouvertüre brachte der Männerchor des Artilleriebundes unter der bewährten Leitung seines Chormeisters, Herrn Hauptlehrer Emil Staab, „Mein Lieben" von Türk zum Vortrag und zeigte damit, daß er in guter Schulung steht. Nach der Begrüßungsansprache des 1. Vorstandes, Kameraden Schröder, erfreute Frau Mondlange-Rothenberger die Zuhörer durch die vorzügliche Wiedergabe von Liedern von Schubert und Hildach, Herr Hauptlehrer Staab war ihr am Flügel ein feinsiniger Begleiter. Herr Generalmajor Freiherr Röder von Diersburg, Ehrenmitglied des Vereins, überbrachte die Glückwünsche des Präsidiums des Badischen Kriegerbundes. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß die alten Soldatentugenden Treue und Kameradschaft im Artilleriebund eine so gute Pflegestätte gefunden haben. Sein Hoch galt dem deutschen Vaterland, welches mit dem Absingen des Deutschlandliedes bekräftigt wurde. Namens der Karlsruher Regiments- und Waffenvereine übermittelte der Gauvorsitzende, Kamerad Reber, die besten Wünsche. Auch unsere Brudervereine von Bruchsal und Sandhausen waren mit einer stattlichen Anzahl Kameraden erschienen, um durch ihre Anwesenheit unser Fest zu verschönen. Der Festredner, Ehrenmitglied Dipl.-Ing. H. Kürz, hat es verstanden, in formvollendeter, schwungvoller, von echtem kameradschaftlichem Geist getragene Rede helle Begeisterung in den Anwesenden wachzurufen. Sein Hoch galt dem bedrängten, aber umso mehr geliebten Vaterland. Es folgten noch verschiedene gut gespielte Musikstücke, auch Frau Mondlange-Rothenberger erfreute die Zuhörer nochmals durch ihre Kunst und der Männerchor des Vereins legte weitere Proben seines Könnens ab. Nach einem von 16 Damen aufgeführten, von Kamerad Meyer sehr gut eingeübten und mit großem Beifall aufgenommenen Reigen, wurden 18 Kameraden durch den 1. Vorstand, Kamerad Schröder, die Auszeichnung für 25jährige treue Mitgliedschaft verliehen. Herr Generalmajor Freiherr Röder von Diersburg beglückwünschte die Ausgezeichneten im Namen des Präsidiums des Badischen Kriegerbundes. Der Männerchor brachte den Ausgezeichneten das Deutsche Sängerhoch dar. Kamerad Linder sprach im Namen der Dekorierten den Dank aus. Anschließend wurde dem Chormeister, Herrn Hauptlehrer Staab, der in kurzer Zeit es verstanden hat, den Chor zur jetzigen Höhe zu bringen, durch den Sängervorstand als äußeres Zeichen der Anerkennung ein Blumengebinde überreicht. Der 1. Vorstand, Kamerad Schröder, wurde für seine ersprießliche Tätigkeit für den Verein durch Kamerad Meyer ebenfalls mit Blumen bedacht. Den Schluß des Programms bildete eine Theateraufführung „Der Universalmensch". Die Mitwirkenden bewältigten ihre Rollen in hervorragender Weise und durften reichen Beifall ernten. Damit auch die Jugend zu ihrem Recht kam, beschloß ein Ball die von echtem kameradschaftlichem Geiste getragene Veranstaltung, die wohl allen Teilnehmern in angenehmer Erinnerung bleiben wird.

Die Ziehung der Wohltätigkeitslotterie

der Pfarrei St. Bernhard hier ist vom 20. auf den 28. November verlegt worden.

Wanderungen im besetzten Gebiet.

L. A. Das Ministerium für Volkswohlfahrt teilt mit: Vor einiger Zeit sind bei einer Wanderung im besetzten Gebiet mehrere aus dem unbesetzten Gebiet stammende junge Leute von den Besatzungsbehörden festgehalten worden, weil sie einen farbigen Wimpel mitführten. Nach einer Entscheidung der Interalliierten Rheinlandkommission aus dem Jahre 1922 müssen auch Wandervögel, Pfadfinder und ähnliche Vereine, wenn sie im besetzten Gebiet Wimpel zeigen wollen, gemäß der Verordnung 30 dies dem Kreisdelegierten vorher anzeigen. Wenngleich die Delegierten damals Anweisung erhalten haben, diese Ordonnanz nicht engherzig zu handhaben, so sind doch, wie der neuerliche Fall zeigt, Vereine usw. aus dem unbesetzten Gebiet, die aus Unkenntnis diese Bestimmung unbeachtet lassen, stets der Gefahr eines Konfliktes mit Besatzungsorganen ausgesetzt. Ich ersuche ergebenst, die Jugend- und Wandervereinigungen auf diese Bestimmung aufmerksam machen zu lassen.

Lichtbildervortrag Z. R. III.

Am letzten Montag sprach Ingenieur Sauer im leider sehr schlecht besuchten Konzerthaussaal über Zweck und Notwendigkeit der Zeppelin-Luftschiffe. In außerordentlich interessanter Weise führte der Redner durch Wort und Bild die Zuhörer in das ungeheure Werk des Grafen Zeppelin ein. Die erste Hälfte des Vortrages gewährte Einblick in die Entstehung des Schiffes. Der ursprüngliche Typ wurde verbessert, und heute haben wir im zuletzt gebauten Luftschiff Z. R. 3 den in jeder Hinsicht vollendeten Typ. Von der Zeichnung des Konstrukteurs bis zur Vollendung des Schiffes erläuterte der Redner in fesselnder Weise die Einzelheiten dieses gigantischen Baues. Der zweite Teil umfaßte die Probeflüge über ganz Deutschland und vor allem die Amerikafahrt. In reicher Abwechslung folgten Städte, Länder und Ozean, immer wieder unterbrochen durch interessante Innenaufnahmen und Operationen im Luftschiff selbst. Zum Schluß streifte der Redner noch kurz die politische Seite. Zurückgreifend auf die Katastrophe in Echterdingen und die Gefährdung der Zukunft der Zeppeline, zog er eine Parallele zu dem heutigen Bauverbot im Versailler Vertrag. Mit der eindringlichen Bitte an das ganze deutsche Volk, in finanzieller Hinsicht mitzuhelfen und sein möglichstes zu spenden, schloß Ingenieur Sauer seine spannenden Ausführungen, die mit reichem Beifall aufgenommen wurden. H. H.

Schädigende Gerüchte.

Die außerordentliche Nervosität, die sich infolge der allgemeinen Geldknappheit weitester Kreise bemächtigt hat, veranlaßt gegenwärtig wieder Gerüchte über die angebliche Zahlungsunfähigkeit angesehener hiesiger Firmen. Wir möchten nicht unterlassen, wiederholt darauf hinzuweisen, daß die Weiterverbreitung derartiger haltloser Gerüchte im höchsten Grade unmoralisch ist und sowohl zivilrechtlich wie auch strafrechtlich verfolgt werden kann. Schon manches, an sich durchaus gutfundierte Geschäftshaus ist durch derartige Schwätzereien in arge Bedrängnis gekommen und es ist daher Pflicht der Allgemeinheit, mitzuhelfen, daß jenen unverantwortlichen Personen, die derartige Verleumdungen aufbringen und weitertragen, das Handwerk gelegt wird.

Auto und Landstraßen.

Der Badische Automobil-Klub beabsichtigt, sich gemeinsam mit den anderen am Kraftfahrzeugverkehr interessierten badischen Verbänden und Klubs zu besprechen über die Unterhaltung des badischen Landstraßennetzes und über die Neuregelung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes, um den Behörden die im Interesse der deutschen Wirtschaft gelegenen Wünsche unterbreiten zu können.

Beim Spielen mit bengalischen Zündhölzern

durch Kinder in einem Hause der Waldhornstraße entstand gestern nachmittag dadurch ein Brand, daß eines der Hölzer in einen Schuppen fiel, in welchem sich Stroh, Holzkisten und Salz befanden. Hierdurch entstand ein Brand, der durch die herbeigerufene Feuerwache bald wieder gelöscht werden konnte. Der verursachte Schaden ist gering.

Ein Zusammenstoß

erfolgte gestern nacht 11 Uhr beim Durlachertor zwischen einem Kraftwagen und einem Motorradfahrer weil der Kraftwagenführer nach links in kurzem, anstatt in weitem Bogen in die Kapellenstraße einbog. Der Motorradfahrer wurde leicht verletzt, beide Fahrzeuge sind beschädigt worden.

Kaminbrand.

Infolge Ueberhitzung entstand gestern vormittag in einem Hause in der Kaiserstraße ein Kaminbrand, der durch die Feuerwache gelöscht wurde.

Rohes Benehmen.

Gestern abend kurz vor 11 Uhr hat ein in der Degenfeldstraße wohnender Möbelpacker, welcher in angetrunkenem Zustand nach Hause kam, seine krank zu Bett liegende Ehefrau geschlagen und aus dem Bett geworfen. Er wurde bis zur Wiedererlangung der Nüchternheit nach der Polizeiwache Durlachertor verbracht.

Festgenommen wurden

bei einer Polizeistreife 15 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen.

Veranstaltungen

Unterhaltungsabend des Vereins Karlsruher Presse. Der Verein Karlsruher Presse veranstaltet am kommenden Samstag, den 21. November, halb 9 Uhr abends, in den Räumen des Schloßhotels wieder einen seiner Unterhaltungsabende mit Tanz und Vorführungen. Der Vorstand macht darauf aufmerksam, daß Gäste nur durch Mitglieder des Vereins eingeführt werden können.

Kammersänger Heinrich Schlusnus gibt nach mehrjähriger Abwesenheit kommenden Freitag, den 20. November, abends 8 Uhr, in der großen Festhalle seinen zweiten Karlsruher Liederabend. Den Klavierpart wird der ständige Begleiter des Herrn Kammersänger Schlusnus: Herr Franz Rupp übernehmen. Die Kartenausgabe in der Konzertdirektion Kurt Neufeldt ist in vollem Gange.

Liederabend Schlusnus. Der mit Spannung erwartete Lieder- und Arien-Abend des berühmten Heldenbaritons der Berliner Staatsoper: Kammersänger Heinrich Schlusnus, findet morgen Freitag, den 20. November, abends 8 Uhr, in der großen Festhalle statt. Es sind noch Karten in allen Preislagen bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 89, eine Treppe hoch, und ab halb 8 Uhr an der Abendkasse erhältlich.

2. Schweizer Konzert. Heute, Donnerstag, den 19. November wird abends 8 Uhr, in der kleinen Festhalle die wiederholt angekündigte erste Wiedergabe der „Elegie" von Schöck dargeboten werden unter Leitung des Komponisten, der das aus 16 Herren bestehende Kammerorchester unseres Landestheaterorchesters dirigieren wird. Die aus 24 Gesängen nach Gedichten von Lenau und Eichendorff bestehende Liederfolge wird der hervorragende Konzertsänger Felix Loeffel aus Bern (Bariton) zum Vortrag bringen. Karten sind noch im Vorverkauf bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 89 und an der Abendkasse erhältlich.

Spiel und Sport

Deutsche Jugendkraft

Gau Mittelbaden.

Spielverbot: Sämtliche Verbandsspiele fallen am nächsten Sonntag wegen Buß- und Bettag aus. Ebenso fällt die Vertreterversammlung am nächsten Samstag, den 21. November 1925 aus. Termine für die Spiele und Versammlung sind durch besonderes Rundschreiben bekannt gegeben.

Nachstehende Resultate vom letzten Sonntag:

Mittelstadt I — Beiertheim I 2:3
Mittelstadt II — Beiertheim II 3:1
Baden West I — Pforzheim I 3:1
Baden West II — Pforzheim II 0:[illegible]
Malsch I — Oos II 1:0

Terminliste: (Vorrunde.)

Gauklasse:

29. Nov.: Mittelstadt — Ersingen.
29. Nov.: Pforzheim — Mühlburg.
6. Dez.: Mittelstadt — Baden West.
6. Dez.: Beiertheim — Pforzheim.
13. Dez.: Ersingen — Baden West.
13. Dez.: Mittelstadt — Mühlburg.

A-Klasse:

29. Nov.: Oos — Daxlanden.
6. Dez.: Bühl — Oos.
13. Dez.: Oos — Bühl.

B-Klasse:

29. Nov.: Aue a. Rh. — Mörsch.
29. Nov. — Malsch — Haueneberstein
6. Dez.: Haueneberstein — Oos II.

Badischer Landesverband für Pferdezucht.

Offenburg, 17. Nov. Am Sonntag tagte hier der Landesverband für Zucht und Prüfung des badischen Pferdes unter dem Vorsitz seines Präsidenten Pauwels. Unter anderem waren auch der Rennverein Freudenstadt und der pfälzische Rennverein Haßloch vertreten, die erklärten, daß sie eine Interessengemeinschaft mit den badischen Verbänden vereine. Für 1926 wurde eine Rennordnung angenommen. Im Laufe der Unterhaltung kam noch das große Rennen, das 1926 stattfinden soll, zur Sprache. Der Landesverband regte an, dieses Rennen durch Offenburg abzuhalten. Stadtrat Bauer begrüßte diesen Vorschlag im Interesse der Stadt sehr lebhaft; eine bindende Zusage über die von der Stadt Offenburg zu leistende Garantie konnte er selbstverständlich noch nicht machen.

Fußball.

Das Bezirksligatreffen 1. F. C. Pforzheim gegen Stuttgarter Kickers, das am kommenden Sonntag stattfinden sollte, fällt aus, da in Baden sämtliche sportliche Veranstaltungen am Buß- und Bettag verboten sind. Das Spiel wird erst im Januar steigen.

Boxen.

Vergangenen Samstag konnte der 1. Badische Faustkampf-Klub Pforzheim in Karlsruhe gegen B. V. Karlsruhe einen schönen Sieg erringen. 10:6 Punkte endigte der Kampf. Hamberger II-Pforzheim konnte gegen Hettmannsberger-Karlsruhe nach Punkten siegen. Desgleichen siegte Hamberger I-Pforzheim gegen Kuhn-Karlsruhe. Im dritten Kampf blieb Böhm-Pforzheim gegen Hettel-Karlsruhe Sieger. Höckele-Pforzheim, der im Mittelgewicht starten sollte, war erkrankt. Die Punkte fielen kampflos an Karlsruhe. Ried-Pforzheim zwang in der zweiten Runde seinen Gegner Klebsattel-Karlsruhe zur Aufgabe des Kampfes.

Literatur

„Die Bergstadt". Eine Meisterleistung Paul Kellers ist sein neuer Roman Marie Heinrich, dessen erste Fortsetzung das Novemberheft der Bergstadt (Bergstadtverlag Wilh. Gottl. Korn, Breslau) enthält. Paul Kellers frische, humorvolle Art, hinter der sich ein großer sittlicher Ernst und seelische Tiefe birgt, offenbart sich aufs schönste in seinem neuesten Werk. Die schlichte, aber packende Handlung, deren prachtvolle Gestalt des herben und starken Mädchens Marie Heinrich immer mehr in den Vordergrund stellt, ist reizvoll belebt durch ein reiches Rankenwerk heiterer anekdotischer Züge. Neben Kellers Roman wirkt sich in der großen Novelle „Zwischen grünen Hügeln und Träumen" die Eigenart des großen Schweizer Erzählers Heinrich Federer voll und ganz aus. In der behaglichen Erzählung des munteren beweglichen Appenzellers ersteht kraftvolles und reiches, doch schlichtes Menschentum, das zu Verstand und Herzen spricht. Die gewaltige schweizerische Alpenwelt bildet den weiten und mächtigen Rahmen für das starke Geschehen. Ferner enthält das Heft unter anderen novellistischen Beiträgen die düstere, unheimliche Novelle „Das Totmoor" von Kurt Felscher, die kraftvolle Skizze „Die Lumpenmannsgritt" von Alfred Bock und die tiefempfundene „Herbstnacht" von Barbara Starke. Besonderen Reiz verleihen dem Novemberheft die zahlreichen illustrierten Aufsätze. Kasimir Edschmid steuert eine anregend geschriebene Plauderei über den Russen-Zoo in der Nähe von Nizza bei, die Erna Pinner mit hübschen Tierbildchen leicht und graziös illustriert. Ein temperamentvoller Aufsatz ist dem reichen, eigenartigen Schaffen der Wiener Graphikerin Sascha Kronburg gewidmet; zahlr. Abbildungen beweisen, daß wir in Sascha Kronburg eine Künstlerin von starker persönlicher Note und ungewöhnlichem Können zu sehen haben. Von „Architektur, die nicht gebaut wurde" berichtet ein gehaltvoller Aufsatz von R. C. Muschler, der, in Anlehnung an Josef Pontens Buch über das gleiche Thema, auch für das Gebiet der Architektur nachweist, was für alles Kunstschaffen gilt, daß das fertige Kunstwerk immer hinter der Unendlichkeit der Idee zurückbleiben muß. Das Heft gefällt dem Auge durch seine Buntheit und Vielgestaltigkeit, die durch zahlreiche Bildtafeln noch gesteigert und erhöht wird.

Katholiken werbet für Eure Presse!

„Der Gral". Monatsschrift für schöne Literatur. Herausgegeben von Franz Eichert und Friedrich Muckermann, S. J. Verlag Fredebeul u. Koenen, Essen.

Aus dem Inhalt des Novemberheftes: Jean Paul. Ein Gedenkblatt. Von Dr. Richard von Schaukal. — Herbst. Gedichte von Josef Georg Oberkofler. — Morgendämmerung. Erzählung von Anna Bernard. — Aus einer dramatischen Legende: Die hl. Elisabeth. Gedichte an Gott. Von Karl Röttger. — Conrad Ferdinand Meyers religiöse Entwicklung. Von Dr. Karl Lusser. — Dichtung und Leben: Auf der Gralwarte. Von Friedrich Muckermann, S. J. — Ein unveröffentlichter Nachruf auf Abraham a Santa Clara aus dem Jahre 1710. Von Professor Dr. Karl Bertsche. — Dichtung des In- und Auslandes: Carl Röttger oder von der Ueberwindung der Einsamkeit. Von Dr. W. Hermanns. — Zum 50. Geburtstag von Henriette Brey. Von J. Boesch. — G. K. Chestertan über das zeitgenössische England. Autorisierte Uebertragung von Dr. Alfons Adams. — Neue Bücher. — Kleine Anzeigen. — Als Kunstbeilage: Dies irae. Von Bruno Zwiener.

„Die Magd von Domremy", Roman von Georg Terramare. Verlag Josef Kösel u. Friedrich Pustet, K.-G. München.

Man spricht viel von der Duplizität der Fälle, die nicht nur im täglichen Leben, sondern auch beim künstlerischen Schaffen beobachtet werden kann. Wie seinerzeit Hauptmann und Stucken im „Weißen Heiland" und in den „Weißen Göttern" das gleiche Thema aufgriffen, so haben auch jetzt wieder zwei Dichter unabhängig von einander ein gleiches Motiv, nämlich das Schicksal der Jeanne d'Arc behandelt: Bernhard Shaw in der „Heiligen Johanna" und Georg Terramare in der „Magd von Domremy". Der österreichische Dichter, der Verfasser des schönen Franziskusbuches „Stimmen am Wege" begann seinen Roman bereits 1916 und vollendete ihn im Jahre 1917. Eine Beeinflussung durch Shaw kann also nicht stattgefunden haben. Und doch zeigen sich in der Auffassung und Darstellung der Heldin gewisse Berührungspunkte, die allerdings nicht entscheidend sind. Denn die Grundstimmung, die weltanschauliche Einstellung in Terramares Werk ist durchaus verschieden von der sarkastisch-ironischen Atmosphäre des englischen Schauspiels. Ohne der Gestalt den Glanz des Wunders und der Größe zu nehmen, betont Terramare mehr noch als Shaw das rein Menschliche, vor allem das Weiblich-Mütterliche und Kindlich-Gläubige im Charakter Johannas. In blindem Gehorsam, nachtwandlerisch sicher folgt sie der Stimme, die ihr die Rettung des Vaterlandes befiehlt. „Gott sendet mich" — „Gott hat mich gesandt" — das ist ihre ständige Antwort auf alle Fragen und Verhöre. — Terramare hat es als Erster verstanden, die vielumstrittene „Heilige" dem Herzen nahe zu bringen. Er schildert sie als leidenden Menschen und doch als echte Heldin, die das schwere gottgewollte Los auf sich nimmt und ihr Werk siegreich zu Ende führt. —ll.

Joseph August Lux, „Ein Jahrtausend deutscher Romantik". Zur Revision der deutschen Literaturauffassung. Geschmackvoller Halbleinenband mit farbigem Schutzumschlag. Verlagsanstalt Tyrolia A.-G., Innsbruck-Wien-München.

Der herrschenden Schulwissenschaft und ihrem einseitigen Literaturschematismus gegenüber hat sich Lux in seinem jüngsten Werke „Ein Jahrtausend deutscher Romantik" die Aufgabe gestellt, das vielfach verleugnete katholische Geistesgut der deutschen Nationaldichtung und den trotz Weimar erheblichen Anteil des süddeutschen bezw. österreichischen Genius an der deutschen Nationalliteratur wieder in eine zentrale Beleuchtung zu stellen und seine interessanten geschichtlichen und kulturellen Beweisführungen durch schlagende dichterische Proben zu belegen. Im Gegensatz zur herrschenden Berliner Literaturauffassung geht Lux grundsätzlich nicht nur von der ästhetischen Form, sondern vor allem zugleich von dem Werte der Idee und dem Ewigkeitsgehalt der Dichtung aus und ist auf diese Weise zu einer völligen Neuorientierung im Sinne des universellen Gedankens und der vertieften Auffassung der Romantik gelangt. Das war seine Tat, die von größter Tragweite für die Literaturauffassung und für das bessere Literaturverständnis ist. Bahnbrechend sind seine Ausführungen über das Parzivalerlebnis als Grundidee der mittelalterlichen Dichtung, über die unbekannte Schönheit der Barockkultur, über die österreichische Volksromantik und besonders über die österreichische Hochromantik, die als Begriff seine eigene Prägung ist und ein völlig neues wesenhaftes Kultur- und Entwicklungsbild erzeugt. Die Dichterporträts der österreichischen Hochromantik und deren führende Stellung, die neuartige Wertung der Dichtungen Grillparzers und Raimunds, die lebevolle psychologische Durchleuchtung der tragischen Muse Lenaus, Stifters und anderer sind Meisterstücke der poetischen Einführung und Charakterisierungskunst.

Handel und Wirtschaft

Geschäftsberichte

A.-G. für Seilindustrie vorm. F. Wollf, Mannheim. Nach angemessenen Abschreibungen soll der verbleibende Reingewinn des Geschäftsjahres 1924/25 in Höhe von 44 939 RM. auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Kahn & Mayer A.-G., Mannheim. Nach angemessenen Abschreibungen ergibt sich für das Geschäftsjahr 1924/25 ein Reingewinn in Höhe von 13 325 RM., der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll.

Geschäftsaufsicht

Donaueschingen, 17. Nov. Ueber das Vermögen des Fahrradhändlers Reinhard Simon hier wurde auf eignen Antrag Geschäftsaufsicht angeordnet.

Warenmärkte

Hopfen

Nürnberger Hopfenbericht vom 17. Nov. Auf dem heutigen Hopfenmarkt war eine Zufuhr von 50 Ballen zu verzeichnen. Demgegenüber stand ein Umsatz von 20 Ballen bei unveränderter Tendenz. Markthopfen wurden zu 520 Mk., Hallertauer zu 480—500 Mk. verkauft.

Tabak

Vom süddeutschen Tabakmarkt. Die Frage nach neuem Sandblatt ist recht rege, die Entwicklung in der Fermentation ist durchaus zufriedenstellend. In Heddesheim ist ein Teil des Oberguts von den Pflanzern zu 36 bis 40 Mk. verkauft worden, die Pflanzer, die nicht verkauft haben, setzten selbst zur Vergärung zusammen. Der Tabak hat die Farbe der Hoffnung „Grün". Ausser Friedrichstal und Heddesheim ist von Obergut noch nicht verkauft. Nach alten Tabaken ist, der Südd. Tabakzeitung zufolge, die Nachfrage andauernd besonders rege.

Vieh

Pforzheimer Schweinemarkt vom 18. Nov. Zufuhr: 5 Läufer- und 32 Milchschweine. Verkauft wurde das Paar Läufer zu 105 Mk., das Paar Milchschweine zu 50—78 Mk. Der Handel war recht lebhaft. Die Schweinemärkte finden wieder regelmässig jeden Mittwoch auf dem Kappelhofplatz statt.

Engen, 18. Nov. Auf dem Vieh- u. Schweinemarkt kosteten Ochsen 470—980 Mk., Kühe 300—580 Mk., Kalbinnen 500—730 Mk., Rinder und Kälber 220—380 Mk. pro Stück. Das Paar Milchschweine wurde zu 45—70—80 Mk. und das Paar Läufer zu 80 Mk. abgesetzt.

Metalle

Pforzheimer Edelmetalle vom 18. November. Gold 2800—2809; Silber 95,20—95,70 bis 97,20; Platin 14,25—14,95.

Holz

Vom Holzmarkt in Baden. Für Nadelstammholz ist während des Monats Oktober eine geringe Senkung der Preise eingetreten, der Markt hat aber ziemliche Widerstandsfähigkeit bewahrt. Das gleiche gilt für den Papierholzmarkt, wo die Versuche der Zellstoff- und Holzstoff-Fabriken, die Preise zu drücken, scheiterten, da das Angebot der Nachfrage bei weitem nicht genügte. Ausserordentlich schlecht ist das Geschäft auf dem Brettermarkt, da die Sägewerke ausser Stande sind, zu den niedrigen Angeboten zu liefern. Auf dem Bauholzmarkt hat sich bei spärlichen Aufträgen der Wettbewerb neuerlich verschärft.

Kohlen

Aenderung im Briketgrosshandel. Das Rheinische Braunkohlensyndikat hat laut Fr. Ztg., die Konkurrenzklausel gegen sächsische Briketts nunmehr fallen gelassen, da der Bedarf an Union Briketts für den süddeutschen Markt nicht mehr erfüllt werden konnte, so dass das Syndikat dazu übergegangen ist, selbst sächsische Briketts anzubieten. Nach der Kartellgesetzgebung ist damit der Kohlengrosshandel berechtigt, sämtliche Briketts neben Unionbriketts zu handeln.

Karlsruher Standesbuchauszüge.

Todesfälle. 17. Nov.: Mathilde Schoch, Witwe von Albert Schoch, Geheimerat, 84 Jahre alt. — 18. Nov.: Elisabeth Kiefer, Ehefrau von Josef Kiefer, Steueraufseher a. D., 80 J. alt; Hans Stark, Privatmann, ledig, 71 Jahre alt; Wilhelm Soulier, Finanzobersekretär, ledig, 54 Jahre alt.

Badische Landeswetterwarte

Der gestrige Tag brachte in der Rheinebene Temperaturen, die 2 Grad unter dem normalen lagen Das Maximum betrug 8 Grad, auf dem Feldberg 2 Grad. Die Ebene lag unter einer Hochnebelschicht, der Hochschwarzwald ragte darüber hinaus und hatte Sonne. — Die Druckverteilung hat sich nicht wesentlich verändert: Das Hoch liegt über Dänemark und hat sich allseitig verstärkt, über Italien ist der Druck weiter gefallen, und über dem Golf von Genua hat sich eine Zyklone entwickelt. Es ist wahrscheinlich, daß bei dieser Lage in einigen Tagen, besonders in Südbaden, Niederschläge (Schnee) fallen werden.

Wetteraussichten für Donnerstag, 19. Nov.: Vielfach tiefe Wolken, zeitweise Aufhellungen, noch meist trocken, Nordostwind, Temperatur wenig verändert.

Wasserstand des Rheins am 18. Nov., morgens 6 Uhr: Schusterinsel 90, gef. 3; Kehl 192, gef. 5; Maxau 381, gef. 2; Mannheim 264, gef. 10 Zentimeter.

Herausgeber und Verleger: **Badenia, A.-G. für Verlag und Druckerei, Direktor Wilhelm Johner,** Karlsruhe i. B.. Hauptschriftleitung: J. Th. Meyer. Verantwortlich für Nachrichtendienst, innere Politik und Handelsteil: Dr. **Willy Müller-Reif,** für auswärtige Politik und Feuilleton: Dr. **H. A. Berger,** für Anzeigen u. Reklamen: **Joseph Huber,** sämtliche in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Rotationsdruck der Badenia, A.-G.

Sprechstunde der Redaktion nur 5—6 Uhr. Außer dieser Zeit nur auf telephonischen Anruf.

Berliner Redaktion:
Joh. Hoffmann, Berlin NW 23, Brückenallee 13.

Erfülle Deine Pflicht

und gib für die Zeppelin-Eckener-Spende. Wirke auch in Deinem Freundeskreise und betrachte es als Ehrensache, überall an die Sammlung zu erinnern. Spenden nehmen alle Banken u. Sparkassen und das Postscheck-Konto Stuttgart 5845 entgegen.

für eine deutsche Sache

Danksagung.

Für die überaus zahlreiche herzliche Anteilnahme an dem Tode unserer lieben nun in Gott ruhenden Mutter, Frau

Walburga Müller Witwe

sagen tiefgefühlten herzlichen Dank.

Karlsruhe-Mühlburg, den 18. Novbr. 1925.
Rheinstrasse 55 9998

Die trauernden Hinterbliebenen.

Statt besonderer Anzeige.

TODES-ANZEIGE!

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere herzensgute Tochter, Schwester und Nichte

TRUDL

im Alter von 23 Jahren, nach langem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden, wohlvorbereitet mit den hl Sterbesakramenten, heute vorm. 11 Uhr, in die ewige Heimat abzurufen.

Karlsruhe, / Salzburg, den 18. November 1925.

In tiefstem Trauerschmerz:

Karl Messang und Frau Josefine, geb. Jüngert.
Geschwister: Karl, Liesel, Eugen.

Beerdigung: Freitag, den 20. November, nachm. 1/4 4 Uhr, von der Friedhofkapelle aus.

Trauerhaus: Kriegstrasse 238. 9994

Und wenn ich tausend Frauen

hätte, würde ich doch jede zum „Büffeln" erziehen und sagen: Deinen Körper pflegst Du, Deine Kinder, Deinen Hund, sogar mich, weshalb nur nicht Deine Bretterböden und Treppen, „Büffle!" Der Büffel im Sechseck ist das Sinnbild höchster Qualität. Büffeln bedeutet die naturgemäße Pflege von Bretterböden, Treppen und abgenutzten gestrichenen Böden mit dem färbenden Bohnerwachs Büffel-Beize. Gibt Farbe, Glanz, ist naßwischbar und erhält Böden und Treppen leicht und billig dauernd in bestem Stand. Deshalb

büffeln alle Hausfrauen!

Deutsch-Griechische Gesellschaft e. V. und Vereinigung der Freunde des humanistischen Gymnasiums.

Freitag, den 20. November, abends 8 1/4 Uhr, findet im großen Hörsaal des Chemischen Instituts der Technischen Hochschule ein

Lichtbildervortrag

von Prof. Dr. Breithaupt-Konstanz, statt.

Thema:

Meine Griechenland-Reise im Frühjahr 1925.

Hierzu ist jedermann freundlichst eingeladen. Freiwillige Beiträge zur Unkostendeckung werden am Saaleingang mit Dank angenommen. 1004

Molkerei Ludwig Mayer
Telephon 2740 empfiehlt Rüppurrerstr. 102

Kur- u. Kindermilch

von tuberkulosefreien, geimpften Kühen unter bezirkstierärztlicher Kontrolle gewonnen mit

Trockenfütterung.

(Wird in Flaschen zugeführt) 8256

✝

Marianische Jungfrauen-Congregation St. Bonifaz

Allen Mitschwestern die Trauernachricht, dass unsere liebe

Trudel Messang

nach langem, schwerem Leiden, wohlvorbereitet uns in die ewige Heimat vorausgegangen ist. Die Seele der Heimgegangenen wird dem Gebete aller empfohlen.

Beerdigung Freitag 1/24 Uhr, Trauerhaus: Kriegsstrasse 238.

10000 **Der Magistrat.**

Sprechapparate Schallplatten jeder Art empfiehlt in allen Preislagen u. gross. Auswahl, auch bei Teilzahlung 9930
Pianohaus **HEINR. MÜLLER** Schützenstr. 8 nächst der Ettlingerstr. Sämtliche Reparaturen werden bei billigster Berechnung ausgeführt

Kaufe Lumpen, Altpapier Keller und Speicherkram. 7594
Philipp Weniger, Schwerkriegsbeschädigt Blücherstr. 3

Matratzen, Bettröste Chaiselongs., Divans hat billigst abzugeben **Kehrsdorf,** Schützenst. 2

Colosseum
Die Frau mit den ? 1000 Augen ?

Wecker-Uhr wie Abbildung, mit Garantie 9890 Stück Mk. 4.—
Gold- und Silberwaren empfiehlt
Chr. Fränkle, Goldschmied Karlsruhe, Kaiser-Passage.

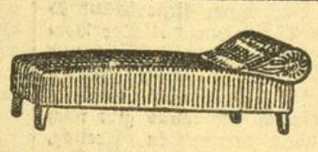
Linoleum! Große Auswahl! Billige Preise!
Fritz Merkel, Kreuzstraße 25
Verlegearbeit wird übernommen.

Schlafzimmer-Bilder Preiswert. Bilder für alle Räume. Einrahmungen
Valentin Schäfers Kunsthandlung, Kaiserstr. 38

Karlsruher Familien-Krankenkasse
Unter staatlicher Aufsicht. Gegründet 1890
Geschäftsstelle: Ostendstraße 6. Tel. 4159

Filialen:
Weststadt: Kriegsstraße 169 I
Mittelstadt: Markgrafenstr. 26 III
Südstadt: Luisenstraße 91 III
Oststadt: Rudolfstraße 26 III
Wirkungskreis Karlsruhe u. dessen Vororte
Freie Arztbehandlung freie Medikamente — Sterbekasse

Aufnahmeformulare und Satzungen sowie jede weitere Auskunft durch die Geschäftsstelle und durch die obengenannten Filialen

Chaiselongue neue von 35 Mark an.

Polstermöbelhaus R. Köhler, Schützenstr. 25.

Liederhalle Karlsruhe.
Samstag, 21. ds Mts., abends 8 1/4 Uhr
Herrenabend mit F. B.
im Vereinsheim Löwenrachen, wozu wir auch unsere Passiven einladen. 10000
Der Vorstand.

Schröder & Fränkel
Karlsruhe
Kaiserstraße 211
Feine Herren-Schneiderei

6/16 PS. **Stoewer** elektr. Licht u. Anlasser sehr gut erhalten, verkauft billig E. Fischer Karlsruhe-Beiertheim, Marie-Alexandrastr. 37 Tel. 6365. 10002

Qualitäts-Zigarren in Fehlfarben
10
12
15 Pfennig.
Emmericher Waren-Expedition Kaiserstrasse 152. 1895

Wer würde einem alleinstehenden Frl. an tadellosem Ruf und sicherer Stellung ein

leeres Zimmer

mit Küche oder geeignetem Nebenraum vermieten? Erwünscht Mittel- oder Oststadt. Gefl. Ang. u. 9992 an die Geschäftsstelle

Karlsruhe
3—4 Zimmer-Wohnung mit Zubehör wird von älter Beamtenehepaar auf Frühj. od Sommer gesucht. Evtl. Bauzusch. kann gegeben werden. Ausführl. Angebote unt. 11103 an die Geschäftsst.

Für den Erstkommunion-Unterricht!

Soeben erschien in unserem Verlag:

Des Erstkommunikanten Tempelbau
VON
KARL FISCHER

Neue Folge der Briefe an die lb. Erstkommunikanten

Preis broschiert Mk. —.75

Vorliegendes Büchlein will die Kinder aszetisch, gleichlaufend mit dem katechetischen Unterricht, für den heiligsten Lebenstag vorbereiten. Um ja nicht den „Briefe an die lieben Erstkommunikanten" (30. Tausend) selbstgeschaffene Konkurrenz zu schaffen, wurde Wiederholung tunlichst vermieden, so daß dieses Büchlein sowohl als Ergänzung der „Briefe an die lieben Erstkommunikanten", wie auch unabhängig von denselben gebraucht werden kann. Wird in den „Briefe an die lieben Erstkommunikanten" mehr Wert auf die Bekämpfung der Fehler, so hier das Hauptgewicht auf die zu erwerbenden Tugenden des Kindes gelegt. — Möge der Religionslehrer diese Briefe jedem Kinde zu seiner Vorbereitung auf den schönsten Tag seines Lebens in die Hand drücken, er wird damit gute Saat in die Herzen der Kinder pflanzen.

Einem langgehegten Wunsch der jungen Leser und Leserinnen folgend, wurde dem Büchlein das Bildnis des Verfassers mitgegeben.

Badenia A.G. für Verlag und Druckerei **Karlsruhe**

5000 St. Rasiermesser Nr. 1900 „Brillant"
Ia. Qualität, hohl geschliffen, scharf und gebrauchsfertig abgezogen, verkaufe ich anlässlich des **hundertjährigen Bestehens meiner Firma** um neue Kunden zu werben und sie von der **Güte und Preiswürdigkeit** meiner Ware zu überzeugen, solange der Vorrat reicht, **zum Spottpreise von**

Mk. 2.— per Stück

Sicherheits-Schutzvorrichtung für Ungeübte, zu obigem Rasiermesser passend 50 Pfg per Stück

Nr. 1902. Sicherheitsrasierapparat „Brillant" in versilberter Ausführung mit 6 Ja zweischneidigen, dünnen Stahlklingen in hübschem Etui **per Stück nur Mk. 2.—**

Nr. 500. Komplette Rasiergarnitur unübertroffen, praktisch und billig. Fein polierter Holzkasten mit Schloss und verstellbarem Rasierspiegel, enthaltend sämtliche Rasierutensilien: 1 fein hohlgeschliffenes Rasiermesser für jeden Bart passend, fertig zum Gebrauch, 1 Streichriemen, 1 Dose Pasta, 1 St. Rasierseife, 1 Rasierpinsel, 1 vernickelter Rasiernapf . . . alles zusammen **nur Mk. 4.—**

10000 Stück Haarschneidemaschinen Nr. 1925
1/2, 3, 5 mm schneidend mit Innenfeder und 2 Aufschiebekämmen. Jedermann ist im Stande, mit dieser Maschine ohne vorherige Uebung das Haar sofort tadellos zu schneiden. **Per Stück nur Mk. 3.-**

Versand direkt an Private unter Nachnahme oder Vorauszahlung des Betrages

Carl Friedr. Machenbach, Solingen
Stahlwarenfabrik und Versandhaus
Gegründet 1825 Gegründet 1825
Postscheckkonto Nr. 11606 Köln.

Garantieschein: Nichtgefallende Ware tausche ich bereitwilligst um oder zahle den Betrag zurück

Jubiläumskatalog mit vielen tausenden Gegenständen aller Warengattungen sowie Weihnachtskatalog über Spielwaren u. Christbaumschmuck versende umsonst und portofrei.

Qualitätsware wie im Frieden.

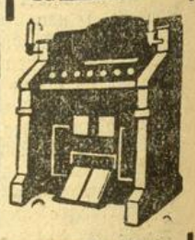
Stellenvermittlung des Augustinus-Vereins

4384. Tüchtig. Lokalredakteur gesucht, der imstand ist, bei allen Klassen d. Bevölkerung beste Beziehungen zu unterhalten u. vorwärts strebend gerechten Ausgleich zu fördern. Offert. m. Lebenslauf, Zeugn., Refer. u. Gehaltsanspr. an Generalsekretär D. P. Weilbächer, Düsseldorf, Talstr. 55.

4385. Angeseh. Provinzialblatt Mitteldeutschl. sucht Expeditionsvorsteher. Umsichtig., autoritäre Kraft in all. Sparten d. Zeitungswesens erfahren. Offerten mit Lebensl., Referenz., Zeugn. u. Gehaltsanspr. an Generalsekr. Dr. P. Weilbächer, Düsseldorf, Talstr 55

4386. Geschäftsführer — Filialleiter, kath., ledig 35 Jahre alt mehrere Jahre in leit. Stellung, sucht umständehalber zum 1. 1. 26 anderweit. gleichartige Stellung in gut kath. Verlagshause. Beste Referenzen zu Diensten. Angebote an Generalsekr. Dr. P. Weilbacher, Düsseldorf, Talstr. 55.

Badisches Landestheater
Donnerstag, 19. November
A 8, Th. Gem. 401—500
Die Räuber
Trauerspiel in 5 Akten von Schiller.
In Szene ges. v. F. Baumbach
Personen:
Maximilian v. d. Trenck
Karl Kruchen
Franz Dahlen
Amalie Moeller
Spiegelberg Brand
Schweizer Kloeble
Roller Lieb
Grimm Mehner
Razmann Nitsl
Schwarz Schneider
Schufterle Weber
Kosinsky Leitgeb
Hermann Dr. Storz
Pastor Moser Prüter
Ein Pater Hess
Daniel Gemmecke
Anfang 7 Uhr
Ende gegen 11 Uhr.
Sperrsitz 1 5.20 Mk.
Haupt-Kartenverkauf in der Stadt durchgehend von 8—6 Uhr in der Musikalienhandlg. Fritz Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße.

Harmonium

von Mk. 150 an Katalog umsonst
Teilzahlung Franko-Lieferung
H. Maurer Kaiserstraße 176 Ecke Hirschstr

Gänseleber kauft fortwährend zu den allerhöchsten Preisen
Carl Pfefferle, Erbprinzenstr. 23. 9330